



7. Hofst / 6. April 1911

LEO ARONS · REGIERUNGSPRÄSIDENT, SOZIAL-DEMOKRATEN UND GEMEINDEBÜDGET

GENAU so wie im Reich und in den Einzelstaaten pocht die Finanznot seit Jahren auch in den Gemeindeverwaltungen immer stärker an die Pforten. Von Jahr zu Jahr gestaltet sich in Berlin und in den Vorortgemeinden der Ausgleich zwischen Einnahme und Ausgabe schwieriger. Den preußischen Gemeinden stehen als direkte Steuern die Einkommensteuer, die Grund- und Gebäudesteuer und die Gewerbesteuer zur Verfügung; sie können ohne weiteres bis 100 % Zuschlag zur staatlichen Einkommensteuer und 150 % der vom Staat veranlagten, aber nicht erhobenen Grundsteuer und Gewerbesteuer erheben. Eine Überschreitung dieser Sätze ist an die Genehmigung durch die Staatsbehörden gebunden, die dadurch einen Einfluß auf die Gestaltung des Gemeindehaushaltsplans gewinnen können. Seit Jahren sind die weitaus meisten Gemeinden Groß Berlins bei 100 % Einkommensteuerezuschlag angelangt; ihr ganzes Bestreben ist darauf gerichtet diese Grenze nicht zu überschreiten, unbekümmert darum, daß wichtige Kulturaufgaben ungelöst bleiben, ja daß die Gemeindefinanzen in bedenkliche Zerrüttung geraten. Schon im Jahr 1910 hatte der Magistrat von Berlin einen Haushaltsplan vorgelegt, in dem die Einkommensteuer mit 105 % Zuschlag veranlagt war. Durch unerhörte Streichungen in den Ausgaben und willkürliche Erhöhung von Einnahmeposten erzwang die bürgerliche Mehrheit gegen den Protest der sozialdemokratischen Partei den Ausgleich mit 100 %. Als Grund für dieses Vorgehen wurde in erster Linie angegeben, daß man der Staatsbehörde keine Gelegenheit zur Einnischung in die Selbstverwaltung geben wollte. Daß dieser Grund nicht stichhaltig ist, ergibt sich daraus, daß eine Reihe von Vorortgemeinden zwar auch den Einkommensteuerezuschlag auf 100 % hielten, dagegen die Grundsteuer mit mehr als 150 % ansetzten — so Charlottenburg im Jahr 1910 mit rund 190% —, wozu sie ebenfalls die staatliche Genehmigung einholen mußte; genau so verfuhr die Berliner Stadtverordnetenversammlung, wie unten dargelegt wird, im Jahr 1911. Gewichtiger erscheint die Befürchtung, daß große Steuerzahler bei erheblichen Unterschieden in der

Veranlagung der Einkommensteuer den so bequemen Umzug von der höher besteuerten Gemeinde in die niedriger besteuerte bewirken würden. Mit größter Genugtuung wurde es deshalb begrüßt, als vor einiger Zeit der Potsdamer Regierungspräsident, dessen Bezirk die Berliner Vorortgemeinden (aber nicht Berlin selbst) angehören, eine günstige Gelegenheit benutzte, um die Stadt Wilmersdorf zu veranlassen ihren Einkommensteuersatz von 90 auf 100 % zu erhöhen. Daß aber der eigentliche Grund gegen das Überschreiten des 100 % Einkommensteuerzuschlags bei der überwiegenen Mehrheit der Gemeindevertreter und ihres Anhangs die nackte Sorge für den Geldbeutel ist, hat sich soeben in aller Deutlichkeit gezeigt.

Schon seit Jahren verhandelte der Potsdamer Regierungspräsident mit Vertretern der einzelnen Vorortgemeinden wegen Erhöhung des Einkommensteuerzuschlags über 100 %. Veranlassung dazu gab ihm das immer höhere Anschwellen der Anleihen in den einzelnen Vorortgemeinden:

Seit Jahren habe die Staatsbehörde die Genehmigung zu Anleihen erteilt, die weder bezüglich des Anleihezweckes noch bezüglich der Tilgungsbedingungen den gerechten Vorschriften des Ministers des Innern entsprächen. Dadurch sei allmählich eine Überschuldung der Einzelgemeinden eingetreten. Immer wieder aber sei der Staatsbehörde vorgehalten worden, daß die Gemeinde den Anleihezweck nicht aus laufenden Einnahmen befriedigen und eine höhere Tilgungsrate nicht eintreten lassen könne, ohne mit ihrem Einkommensteuersatz über die Berliner Sätze oder diejenigen der Nachbargemeinden zu gehen, daß die Einzelgemeinde aber im Fall der einseitigen Steuererhöhung in der Konkurrenz mit den Nachbargemeinden nicht würden bestehen können.

Der Regierungspräsident verhehlte nicht, daß die Staatsbehörde auf die Dauer die milde Praxis in Anleihe-sachen nicht beibehalten würde, betonte aber, daß der zweckmäßigste Weg, um aus allen Verlegenheiten herauszukommen, eine freie Verständigung der Gemeinden über eine gemeinsame gleichzeitige Erhöhung der Einkommensteuer wäre. Er berief sich darauf, daß ihm ein Eingriff in die Selbstverwaltung auf Grund des Genehmigungsrechts völlig fernliege; habe er doch im August 1910 den Minister des Innern in einem Bericht gebeten die betreffenden Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes entweder ganz streichen oder wenigstens auf die Fälle einschränken zu lassen, in denen mehr als 150 % Zuschlag zur Staatseinkommensteuer erhoben werden sollten.

Eine Schwierigkeit für die freie Verständigung bestand darin, daß an den Beratungen Berlin nicht beteiligt war, das ja dem Regierungsbezirk nicht angehört. Erfreulicherweise zeigte sich der Berliner Oberbürgermeister Kirschner auf eine Anfrage bereit an einer gemeinschaftlichen Besprechung teilzunehmen. Sie fand am 23. Februar dieses Jahres statt. Inzwischen hatte der Berliner Magistrat der Stadtverordnetenversammlung bereits einen Haushaltsplan vorgelegt, in dem die Einkommensteuer mit 110 % Zuschlag, die beiden anderen direkten Steuern mit je 165 % angesetzt waren. Die Vertreter der übrigen Städte beschlossen ihren Gemeindebehörden einen Antrag zu unterbreiten, wonach für das Etatsjahr 1911 die Erhebung der Einkommensteuer in Höhe von 110 % Zuschlag erfolgen solle, falls auch die übrigen Stadtgemeinden Groß Berlins bis zum 12. März 1911 einen entsprechenden Beschluß faßten. Man hätte erwarten sollen, daß dieses Ergebnis allgemein Befriedigung erweckte: endlich bot sich die Möglichkeit ohne Gefährdung von Sonderinteressen eine

Gesundung des städtischen Haushalts herbeizuführen und den Weg zur Lösung dringender kultureller und sozialer Aufgaben frei zu machen. Das Gegenteil fand statt. In der liberalen Presse erhob sich ein Sturm gegen den Regierungspräsidenten von Potsdam, der sich einen schnöden Eingriff in die Selbstverwaltung gestattet habe; hier gelte es mit Bürgermut die bürokratische Anmaßung zurückzuweisen. Das ließen sich die wackeren Stadtväter, die keine Freunde vom Steuerbewilligen, noch weniger vom Steuerzahlen sind, nicht zweimal sagen: In sämtlichen Groß Berliner Stadtgemeinden ist der Stadthaushaltsplan mit 100 % Einkommensteuerzuschlag beschlossen worden! Die Sozialdemokratie hat häufig genug erfahren, daß gegenüber der Groß Berliner sogenannten *liberalen Selbstverwaltung* die Regierung den fortschrittlichen Standpunkt vertritt; sie ist deshalb nicht so leicht geneigt in das Gezeiter der Spießbürger über Verletzung der Selbstverwaltung einzustimmen; kühl und klar sucht sie ihre Entscheidung zu treffen. Erst kürzlich hat sie unbeeirrt von philisterhaftem Gerede in mustergültiger Weise zu dem Gesetzesentwurf betreffend den Zwangszweckverband von Groß Berlin Stellung genommen.¹⁾ Um so bedauerlicher ist es, daß sich in der Einkommensteuerfrage sozialdemokratische Stadtverordnete dazu verleiten ließen mit den Liberalen in das gleiche Horn zu stoßen. Zu den ernstesten Bedenken aber gibt die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei im Berliner Rathaus zum diesjährigen Etatsentwurf Anlaß. Gewiß ist es anzuerkennen, daß ihre Vertreter im Etatsausschuß am Beginn der Beratung einen Vorstoß zugunsten des vom Potsdamer Regierungspräsidenten angeregten gemeinsamen Vorgehens in der Einkommensteuerfrage machten, der freilich ohne Erfolg blieb. Aber gerade der Berliner Etatsentwurf hätte ein früheres, bei weitem energischeres und zielbewußtes Auftreten gefordert.

Wie bereits oben erwähnt, hatte der Berliner Magistrat in seinem Etatsentwurf den Einkommensteuerzuschlag auf 110 % und dementsprechend die Grund- und Gebäudesteuer ebenso wie die Gewerbesteuer auf 165 % des vom Staat veranlagten Solls ansetzen müssen, um Einnahme und Ausgabe ins Gleichgewicht zu bringen. Aber dieser Entwurf mußte die schwersten Bedenken erregen. Zunächst war eine Einnahme von rund 1 Million Mark aus der Lustbarkeitssteuer eingesetzt; die Lustbarkeitssteuer war aber noch gar nicht beschlossen, ihre Annahme höchst zweifelhaft; unter diesen Umständen erschien das Einsetzen einer Einnahme aus ihr finanzpolitisch gefährlich, ganz abgesehen davon, daß damit ein Druck auf die Stadtverordnetenversammlung ausgeübt werden sollte. Auf der andern Seite waren die von den einzelnen Verwaltungsdeputationen unter genauer Erwägung der Verhältnisse eingesetzten Bauraten für die von beiden Gemeindebehörden längst beschlossenen Bauten vom Magistrat teils ganz gestrichen teils in bedenklichster Weise gekürzt worden. So hatte die Schuldeputation für den Bau von Gemeindeschulen rund 5 Millionen eingesetzt, der Magistrat hatte davon 3 gestrichen und nur 2 Millionen in den Etat eingestellt. Endlich erschien das Dispositionsquantum für unvorhergesehene Ausgaben von 600 000 Mark bei weitem zu niedrig. Schon im laufenden Rechnungsjahr hatte der Kämmerer bereits vor Beginn des

¹⁾Siehe das Protokoll der Konferenz der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter Groß Berlins vom 15. Januar 1911 / Berlin 1911; ferner auch Schröder *Das Projekt des Zwangszweckverbands für Groß Berlin* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 187 ff.

letzten Quartals erklären müssen, daß das Dispositionsquantum erschöpft sei. Bei den überall äußerst knappen Ausgabeansätzen des neuen Etats — oben sind nur Beispiele angeführt — hätte das Dispositionsquantum ganz außerordentlich verstärkt werden müssen: verfügt doch zum Beispiel Charlottenburg mit seinem so ungleich niedrigeren Gesamtetat über ein Dispositionsquantum von 450 000 Mark. Trotzalledem wußte man, daß eine einflußreiche Gruppe bürgerlicher Stadtverordneter alles daran setzen wollte den Etat auch in diesem Jahr wieder mit 100 % Einkommensteuerzuschlag fertigzustellen. Unter diesen Umständen war es Pflicht der sozialdemokratischen Partei mit Aufbieten aller Mittel eine solche Etatsaufstellung zu verhindern; eine derartige Finanzgebarung hindert ja nicht nur die Erfüllung wichtiger kultureller und sozialer Aufgaben für das eine Jahr, sie lähmt vielmehr den Fortschritt auf Jahre hinaus: So müssen die gestrichenen Bauraten den künftigen Etats zur Last fallen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß in Berlin schon seit dem Jahr 1907 die Einnahmen nicht mehr die Ausgaben decken, daß vielmehr seit dieser Zeit die in Einnahme aufgeführten Überschüsse früherer Jahre aufgebraucht werden. Ob das Jahr 1910 überhaupt noch einen Überschuß aufweisen wird, ist außerordentlich zweifelhaft. Eine Schwierigkeit für den energischen Kampf der Sozialdemokratie bildete die in Berlin übliche, obwohl überflüssige, Gesamtabstimmung über den Etat und die bisher von der Partei dazu eingenommene Stellung. Daß die Partei in ihren Anfängen nicht für den Gesamtetat gestimmt hatte, ist aus der Stimmung zu begreifen, die damals in Berliner Parteikreisen gegenüber der Beteiligung an den Arbeiten im Rathaus herrschte. Mindestens ein Jahrzehnt lang war dann die Stellungnahme der Partei bei der Etatsabstimmung völlig unbeachtet geblieben. Noch der amtliche stenographische Bericht von 1908 meldet nichts von einer Erklärung vor der Abstimmung, nichts über die Abstimmung selbst. Ganz nüchtern heißt es hier: »Vorsteher Michelet: Meine Herren wir sind mit unserer Etatsberatung fertig und haben nunmehr den gesamten Stadthaushaltsetat für 1908 in seiner Schlußsumme festzusetzen. Er balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 159 082 112 Mark. (Die Versammlung stellt den Stadthaushaltsetat mit dieser Summe fest).«²⁾ Man sieht, es handelt sich eigentlich gar nicht um einen Beschluß sondern um die rechnerische Feststellung des Ergebnisses der vorher gefaßten Einzelbeschlüsse; ein Einwand hätte eigentlich nur gegen die Richtigkeit der Addition vorgebracht werden können. Seither hat sich aber die Sache geändert. Bedauerlicherweise war auf dem Nürnberger Parteitag /1908/ auch die Stellung zu den Gemeindefets, im besondern zum Berliner in die unglückselige Budgetdebatte hineingezogen worden, und zwar mit der unrichtigen Behauptung, die Berliner sozialdemokratischen Stadtverordneten stimmten für den Gesamtetat. Mit vollem Recht wies Kautsky, der sonst auf dem Boden der striktesten Budgetverweigerung steht, darauf hin, daß die Abstimmung über den Gemeindefet mit derjenigen über einen Staatsetat gar nicht zu vergleichen sei³⁾, eine Anschauung, die Bebel in Magdeburg /1910/ noch ausführlich begründete.⁴⁾ Aber in Nürnberg hatten sich die anwesenden Berliner Stadtverordneten zu der

²⁾ Siehe den stenographischen Bericht über die öffentliche Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 24. März 1908, pag. 189.

³⁾ Siehe das Protokoll des Parteitags in Nürnberg / Berlin 1908/, pag. 386.

⁴⁾ Siehe das Protokoll des Parteitags in Magdeburg / Berlin 1910/, pag. 353.

prinzipiellen Ablehnung bekannt, und das machten sich die bürgerlichen Parteien zunutze. Bei der Etatsberatung im März 1909 beantragten sie namentliche Abstimmung über den Gesamtetat, und die im Saal anwesenden Sozialdemokraten stimmten mit *Nein*. Die Sozialdemokraten verdankten es der Bemühung ihrer Gegner, daß sie diese *eindrucksvolle Demonstration* veranstalten durften.

Der Etatsentwurf für 1910 war vom Magistrat notdürftig mit einem Einkommensteuerzuschlag von 105 % balanciert; trotz allen Widerspruchs der Sozialdemokraten hatte der Ausschuß durch Streichung wichtiger Ausgaben und durch Einsetzen willkürlich bemessener Einnahmen eine Balancierung mit 100 % zuwege gebracht. Hier bot sich die Gelegenheit, um aus der unbequemen Lage herauszukommen und die Bahn für später freizumachen; sie wurde nicht übersehen: In der Fraktionssitzung wurde nach kurzer Diskussion beschlossen dieses Mal selbst den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Gesamtetat einzubringen mit der Begründung, daß man feststellen wolle, wer gemeinsam mit den Sozialdemokraten die Verantwortung für einen derartigen Etat ablehnen wolle. Bedauerlicherweise wurde der eigentliche Zweck durch die gewundene Begründung des Sprechers der Fraktion vereitelt. Er erklärte nämlich, offenbar um auch die doktrinärsten *Radikalen* zu befriedigen, daß die Sozialdemokraten zwar prinzipiell den Etat ablehnten, aber usw. Natürlich wurde diese Erklärung von den Gegnern mit fröhlichem Lachen aufgenommen, und die Sozialdemokraten blieben mit ihrem *Nein* allein. Nun besteht die Gefahr des prinzipiell ablehnenden Standpunkts keineswegs darin, daß sich die Gegner den billigen Scherz leisten können bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten darauf hinzuweisen: das macht bald auf niemand mehr Eindruck, wenn es überhaupt jemals einen Eindruck gemacht haben sollte. Die Gefahr ist vielmehr eine sachliche. Besteht einmal die GesamtAbstimmung über den Etat, so müssen sich die einzelnen, die Verbesserungen herbeiführen oder Verschlechterungen verhüten wollen, schon bei den Abstimmungen über die Einzelstats klar machen, wie weit sie gehen können, ohne bei der GesamtAbstimmung, von den Sozialdemokraten verlassen, in der Minorität zu bleiben. Genau die selbe Überlegung muß der Magistrat und im besondern der Kämmerer bei der Etatsaufstellung und bei der Vertretung der einzelnen Positionen anstellen. Ist mit Hilfe der Sozialdemokratie bei den Einzelabstimmungen ein Etat zustande gekommen, der bei der GesamtAbstimmung ohne sie in der Minorität bleiben würde, so wäre damit nicht etwa der Magistrat *gestürzt*, sondern die Staatsbehörde würde eine Zwangsetatisierung vornehmen; ganz abgesehen davon, daß bei nicht rechtzeitiger Fertigstellung des Stats nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts eine Vierteljahrsrate der direkten Steuern nicht erhoben werden könnte. Dieser Gefahr, so unwahrscheinlich ihre Verwirklichung sein mag, wird sich niemand aussetzen wollen. Durch ihre prinzipielle Ablehnung des Stats beraubt sich also die Sozialdemokratie ihres Einflusses bei der Vorbereitung und bei der Feststellung des Stats: Grund genug für die Gegner immer wieder die Erklärung des prinzipiell ablehnenden Standpunkts herauszufordern.

Aus dieser Erwägung heraus war es gegenüber dem diesjährigen traurigen Etatsentwurf des Berliner Magistrats und gegenüber den bekannten Gelüsten

ihn noch zu verschlechtern unbedingt notwendig, daß der Redner der Partei schon bei der 1. Beratung erklärte, man wolle angesichts der Notlage der prinzipiellen Ablehnung entsagen. Eine einwandfreie Form dafür war leicht zu finden. In der Fraktionssitzung wurde eine Erklärung vorgeschlagen, die die Zustimmung der Sozialdemokraten zum Etat in Aussicht stellte, wenn im Etatsausschuß bestimmte Verbesserungen zuwege gebracht würden: höhere Steuersätze für die direkten Steuern; demgegenüber Streichung der Million aus der Lustbarkeitssteuer, Erhöhung des Dispositionsquantums auf mehr als das Doppelte; Verwendung des Restes zur bessern Ausstattung des Einzeletats, namentlich mit Hinblick auf die vom Magistrat ganz gestrichenen oder ungebührlich gekürzten Bauraten; soweit sich eine Einigung über die Posten, die in erster Linie einer Verstärkung bedurften, nicht sofort erzielen lasse, sollten die aus den erhöhten Steuern verfügbaren Beträge vorläufig dem Dispositionsquantum zwecks späterer Entscheidung zugeführt werden. Wenn auch vorauszusehen war, daß dieser Vorschlag im Lauf der Ausschlußberatungen nicht vollständig durchdringen würde, so war doch die Möglichkeit gegeben mit den nicht ausschließlich durch die Steuerfurcht beherrschten Elementen aus den bürgerlichen Parteien zu einer Verständigung zu gelangen, zum mindesten war denjenigen, die auf alle Fälle den Etat auf 100 % Einkommensteuerzuschlag herunterstreichen wollten, ein Damm entgegengestellt: Die sozialdemokratische Fraktion wäre zur Führerin derjenigen geworden, die das schlimmste abwenden wollten. Von nicht geringer Bedeutung dabei war, daß die Sozialdemokraten erklärten auch in der Gesamtabstimmung gegebenenfalls die Verantwortung für die höheren Steuersätze nicht von sich abwälzen zu wollen. Der Antrag fand in der Fraktionssitzung eine glatte Ablehnung, für ihn erhoben sich 2 Stimmen. Man betonte, daß man keinen Anlaß habe von der *altbewährten Taktik* abzugehen. Zur Begründung dieser Taktik wurden alle alten Ladenhüter hervorgekramt, obgleich sie selbst von Bebel in Magdeburg für die Gemeindeverwaltung als gänzlich belanglos nachgewiesen waren. Da marschierten die Polizeikosten auf, die doch durch Landesgesetz auf Heller und Pfennig vorgeschrieben sind: auch eine sozialdemokratische Majorität müßte sie bewilligen oder sich der Zwangsetatisierung für das Ganze aussetzen; da wurde erklärt, man müsse gegen das Dreiklassenwahlsystem protestieren: das doch nur durch Landesgesetzgebung beseitigt werden kann; die Einkommensteuer sei nicht genügend abgestuft: und doch müßte auch eine sozialdemokratische Mehrheit auf ihr den Etat aufbauen, solange sie nicht durch Landesgesetzgebung geändert ist; man dürfe dem Magistrat nicht ein Vertrauensvotum geben: und doch stimmen die selben Sozialdemokraten einmütig für die Wiederwahl des Oberbürgermeisters, und zwar nicht etwa um die Wahl eines schlechtern zu verhindern, denn ein Gegenkandidat ist gar nicht aufgestellt. Es ist fast unbegreiflich, daß diese Gründe wirkten, aber sie schlugen durch. . . .

Ich glaube diese Vorgänge aus der Fraktion hier zur Sprache bringen zu sollen, weil nur bei ihrer Kenntnis sich die Parteigenossen ein selbständiges Urteil bilden können. Ein Bedenken steht dieser Erörterung nicht entgegen, da die Aktion bereits völlig abgeschlossen ist. Die sozialdemokratische Etatsrede wurde also in der üblichen Weise gehalten. Im Etatsausschuß wurde wacker kritisiert, wurden Anträge gestellt . . . Und der Erfolg? Die Mehrheit hat es durchgesetzt den Etat mit 100 % Einkommensteuerzuschlag ins Gleich-

EDUARD BERNSTEIN · DAS GRUNDSÄTZLICHE IN DER FRAGE DER HANDELSPOLITIK



MAN begegnet nicht nur in bürgerlichen sondern auch in sozialdemokratischen Kreisen immer wieder der Anschauung, daß die Fragen der Handelspolitik lediglich Zweckmäßigkeitfragen seien. Selbst bei Leuten, die sich für sehr entschiedene Gegner der zurzeit in Deutschland bestehenden Zölle halten, kann man auf Äußerungen dieser Art stoßen. Sie sehen nicht, daß sie mit der Erklärung, wie sie sie dann gewöhnlich formulieren, nämlich, daß für sie die Frage *Schutzzoll oder Freihandel?* keine Frage des Prinzips sondern eine solche der Zweckmäßigkeit sei, sich prinzipiell gegen den Freihandel und für den Schutzzoll aussprechen.

Das Wirtschaftsleben der Gesellschaftsordnung, in der wir vorläufig noch leben, hat zur Grundlage das Privateigentum und die freie Konkurrenz. Wie viel Eigentum auch in neuerer Zeit Staats- und Gemeindegewirtschaft dem Privatbesitz entzogen, wie starke Einschnitte die Gesetzgebung, die staatlichen und die kapitalistischen Monopole auch in die Konkurrenzwirtschaft gemacht haben, am ganzen Wirtschaftsgetriebe der Gegenwart gemessen sind es immer nur erst Ausnahmen, die seinen Charakter nicht wesentlich verändern. Denn das in Ländereien, Waldungen, Verkehrsmitteln usw. bestehende Eigentum von Staat und Gemeinden wird zum größten Teil in Hinblick auf die Abwerfung von Überschüssen verwaltet, es steht also unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaft in keinem grundsätzlichen Gegensatz zum Privateigentum. Vielfach konkurrieren sogar Staats- oder Gemeindebetriebe mit Privatunternehmungen, und auch der Mehrzahl ihrer Angestellten gegenüber halten Staat und Gemeinden, unbeschadet der Disziplinargerichte und Besoldungsordnungen, an dem Fundamentalgedanken der Konkurrenzwirtschaft fest. Freie Konkurrenz heißt aber **Konkurrenzkampf** in seinen verschiedenen Abstufungen und damit Gegensätzlichkeit der wirtschaftlichen Interessen von Individuen, Gruppen, Berufsschichten und Klassen. Nicht mehr völlig in dem Grad wie zu den Zeiten des *Kommunistischen Manifests* und vielfach in anderen Formen ist die Gesellschaft der Kulturländer auch heute noch auf den Gegensatz der Interessen begründet, in der Sprache des Manifests ausgedrückt, **antagonistische** Natur.

In einer solchen Gesellschaft nun werden fast alle Gesetze und sonstigen staatlichen Maßnahmen die verschiedenen Interessengruppen, aus denen sie sich zusammensetzt, verschieden treffen, entweder den einen mehr und den anderen weniger zum Vorteil oder Schaden gereichen oder den einen Vorteil und anderen sogar direkt Schaden bringen. Das gilt für Gebiete des sozialen Lebens, die, wie zum Beispiel das öffentliche Unterrichtswesen, mit den Wirtschaftskämpfen anscheinend gar keine oder nur ganz entfernte Beziehung haben, es gilt aber mit besonderer Kraft von Maßnahmen, die direkt in das Wirtschaftsleben eingreifen. Hier ist jedesmal die Tatsache eines Unterschieds oder Gegensatzes der Interessen von Wirtschaftsgruppen oder Klassen an ihnen geradezu mit Händen zu greifen. Ein gleiches Interesse aller an einer wirtschaftspolitischen Maßregel oder einer Wirtschaftspolitik ist der allerunwahrscheinlichste Fall und kaum je in der Welt passiert. Eine Binsenwahrheit, die keines Beweises bedarf, und die ein typischer Vertreter der Kapitalistenklasse, der frühere Kolo-

nialminister Dernburg, in seiner soeben veröffentlichten Schrift *Kapital und Staatsaufsicht* behufs Verteidigung der von deutschen Großbanken betriebenen Überschwemmung des deutschen Marktes mit fremdländischen Wertpapieren sowie des damit verbundenen Kapitalexports mit einer gewissen brutalen Offenherzigkeit in die Worte gekleidet hat:

»Früher pflegte man den Sparer mehr zu loben als den Borger, heute kann man von offiziellen Stellen den Borger gar nicht genug unterstützen zu Lasten des Sparers. Zu jedem Geschäft in Geld gehören 2: der Borger, der am niedrigen Geldsatz, der Leiher, der an hohem Geldsatz ein Interesse hat. Das Interesse an dem Geldsatz ist also in 2 Gruppen genau gleich verteilt, und von einem allgemeinen Interesse kann überhaupt nicht gesprochen werden.«

Die Handelsredaktion des *Berliner Tageblatts* tritt in der Abendausgabe vom 21. März Dernburgs Ausspruch mit der Bemerkung entgegen, es könne im Angesicht der Tatsache, daß ein sehr großer Teil der Produktion wie überhaupt des Wirtschaftslebens Deutschlands sich auf Leihkapital aufbaue, mit gutem Fug geantwortet werden: »Billiges Geld ist ein Interesse der Allgemeinheit.« Obwohl im wesentlichen freihändlerisch gesinnt, steht die Redaktion dem Freihandel in Kapital, wie ihn Dernburg vertritt, skeptisch ablehnend gegenüber. Über die Bedeutung dieses Gegensatzes für die Freihandelsfrage weiter unten. Hier sei vorerst nur festgestellt, daß Dernburg ein allgemeines Interesse am Geldsatz (Zinshöhe) leugnet, der Handelsredakteur des *Tageblatts* es behauptet. Wie ist dieser Gegensatz zu verstehen? Motivatorisch kann man ihn damit erklären, daß man sagt, Dernburg spreche als Anwalt der Banken, die am Freihandel in Kapital interessiert sind, der Redakteur des *Tageblatts* als Anwalt des großen Kreises der Geschäftsleute, die billigen Zins brauchen, und des heute durchaus nicht kleinen Kreises der Inhaber von deutschen Anlagepapieren, die diese nicht durch Flutwellen exotischer Werte im Kurs gedrückt sehen möchten. Aber diese, dem Geschichtsmaterialisten so naheliegende Begründung erklärt, soweit sie zutrifft, eben nur die *Antriebe* zu jenem gegensätzlichen Urteil, aber nicht seine *Logik*. Diese haben wir darin zu suchen, daß Dernburg im wesentlichen privatwirtschaftlich, sein Kritiker volkswirtschaftlich argumentiert, was sich deutlich in der verschiedenartigen Anwendung des Begriffs *allgemein* bei ihnen zeigt. Wenn Dernburg sagt, es gebe kein allgemeines Interesse, so meint er damit, es gebe keine Übereinstimmung in dem Interesse der vielen einzelnen, so löst er begrifflich die Volkswirtschaft in lauter Privatwirtschaften auf. Seinem Kritiker aber bilden diese Privatwirtschaften zusammen ein *Ganzes*, für dessen Gedeihen es bestimmte, aus dem Funktionsverhältnis seiner Elemente zu einander abzuleitende Gesetze gibt. Nur in dieser Auffassung hat es Sinn bei Wirtschaftsfragen von *Allgemeinheit* zu reden.

Die Argumentierung Dernburgs ist nun, genauer betrachtet, die der radikalen — oder sagen wir lieber: der *extremen* — Freihändler, für die die unbeschränkte freie Konkurrenz den höchsten Reichtum der Gesellschaft und damit die höchste Wohlstandsmöglichkeit für deren Elemente verbürgt, sofern diese sich den Anforderungen des Wirtschaftslebens und des Arbeitsmarkts *ansupassen* verstehen. Mit dieser anarchistisch gerichteten Freihandelslehre verbindet sich gewöhnlich auch die Forderung des freien Austausches zwischen den Nationen, der Niederreißung der nationalen Schlagbäume, und weil diese Forderung geschichtlich zuerst in Verbindung mit jener Lehre aufgetreten ist, hat sie auch die gleiche Bezeichnung wie sie erhalten. Leider, muß man sagen,

Denn sie ist keineswegs mit ihr identisch, wird aber infolge der Gleichheit der Bezeichnung von den meisten mit ihr verwechselt, und selbst von denen, die den begrifflichen Unterschied wohl kennen, oft mit ihr zusammengeworfen.

Es ist bekannt, wie Rodbertus, der noch mit einflußreichen Vertretern jenes extremen, in der Praxis als Lobredner des Kapitalismus und Beschöniger aller Arten von Ausbeutung sich betätigenden Freihändlertums zu kämpfen hatte, die Verwechslung durch Prägen eines besondern Ausdrucks für die Forderung des zollfreien internationalen Austausches aus der Welt zu schaffen suchte. Ein seinerzeit erfolgloses, aber durchaus kein überflüssiges Bemühen. Denn unter nichts leidet die Auseinandersetzung über Streitfragen mehr als unter der Vieldeutigkeit der Ausdrücke. Verschwommenheit der Begriffe fälscht jede Diskussion, unter Umständen sogar auch Aktionen. Daß der zollfreie Austausch von Land zu Land und die Preisgabe der Volkswirtschaft an bald konkurrierende und bald sich koalierende Privateigentümer nicht nur zwei streng zu unterscheidende Dinge sind sondern auch ohne einander existieren können, braucht aber keines langen Beweises. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind im Innern fast noch mehr als einst England Freihandelsland im Sinn der extremen Freihandelschule und schützen sich dabei doch durch einen hohen Zollwall gegen die Produkte des Gewerbefleißes anderer Länder. Zugleich verbietet aber nichts die Hypothese, daß Staaten, in denen durch eine Reihe sozialistischer Maßnahmen der Handel von Privaten so gut wie ausgeschaltet wäre, den radikalen Schritt tun alle Einfuhrzölle abzuschaffen. Ja, die Beseitigung der Zölle würde sogar die notwendige Folge solcher Vergesellschaftung des Austauschs sein, denn im Angesicht ihrer noch Zölle fortzuerheben wäre der Widersinn einer Selbstbezollung um nichts und wieder nichts: Die in Frage kommenden Gemeinwesen würden dabei zwecklos sich selbst eine Steuer zahlen. Nun kann man sagen, das sei eine Deduktion aus der Utopie und deshalb für die Gegenwart beweisunkräftig. Aber als Anschauungsmittel für die Bestimmung einer Tendenz kann die Konstruierung eines solchen *reinen Falles* doch von Wert sein. Was hier als durchgeführt vorausgesetzt wird, bildet tatsächlich eines der wesentlichen Elemente der sozialistischen Bestrebungen, und so zeigt unsere Hypothese das eine an, daß selbst unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten niemals von Sozialisten der Schutzzoll als prinzipiell gleichwertig mit dem freien Austausch von Nation zu Nation betrachtet werden kann. Der erstere kann immer nur als zeitweilige Maßregel Geltung beanspruchen, ist aber als Ziel gesellschaftlicher Entwicklung ein Unding, während die Beseitigung der nationalen Zollschränken nicht nur geeignet ist ein solches Ziel abzugeben sondern mit dem Vergesellschaftungsgedanken des Sozialismus durchaus zusammenfällt.

Zum gleichen Resultat führt übrigens auch die *genetische* Betrachtung, das heißt die Veranschaulichung des tatsächlichen geschichtlichen Verlaufs der Dinge. In der Geschichte der Ökonomik ist der Schutzzoll die Wirtschaftsdoktrin der Epoche der aufkommenden Kapitalherrschaft, die in den meisten Ländern europäischer Kultur zunächst durch den Staat der absoluten Monarchie repräsentiert wird. Dieser Staat räumt um seiner politischen Zwecke willen mit den Schranken auf, die die Sonderhoheit der Städte, Gutsherrschaften und Provinzen im Zeitalter des Spätfeudalismus dem Handel in den Weg gelegt hatten. Um seiner politischen Macht nach innen und außen willen hilft er den *inneren Markt*

ausbilden. Er hebt die meisten lokalen Zollschranken im Innern seines Gebiets auf und entwickelt dafür, durch sein steigendes Geldbedürfnis getrieben, um so systematischer die nationalen Einfuhr- und Ausfuhrzölle. So ist das System der nationalen Zölle bei seinem Entstehen eine Freihandelsmaßregel, es erwirkt für den Handel im eigenen Land eine Bewegungsfreiheit, die dieser bis dahin nicht hatte. So weit trägt es denn auch ein fortschrittliches Gesicht. Aber aus der ursprünglich wesentlich fiskalischen Maßregel wird dann immer mehr ein Mittel gewissen Produzentengruppen unbequeme Konkurrenten vom Hals zu halten, der nationale Zoll wird in steigendem Maß Begünstigungszoll teils für Gewerbe, deren Entwicklung sich aus allgemeinen Gründen (im Staatsinteresse) empfiehlt, teils für Produktionszweige, deren Vertreter einflußreich genug sind der Staatsregierung Begünstigung ihrer Sonderinteressen abzunötigen. *Begünstigungszoll*: ich wähle absichtlich diesen Ausdruck, weil er die Sache prägnanter ausdrückt als das zum verschwommenen Begriff gewordene Wort *Schutzoll*. Jede Bezollung von Einfuhren ist entweder eine fiskalische Maßregel, das heißt die Erzwingung einer indirekten Steuer zugunsten des Staats, oder eine Maßregel der Begünstigung bestimmter Produktionszweige, und häufig genug ist sie beides. Sie ist auch als Begünstigungszoll noch nicht unter allen Umständen verurteilt, aber es ist mit dieser Bezeichnung, was mir sehr notwendig erscheint, ihr wahrer Charakter deutlich gekennzeichnet. Beim Wort *Schutzoll* drängt sich, sobald er — wie das in unseren Diskussionen meist der Fall ist — verallgemeinernd für ein ganzes System von Zöllen gebraucht wird, die Vorstellung auf, es handle sich dabei um einen gleichen Schutz für die ganze Volkswirtschaft eines Landes. Einen solchen Schutz hat es aber noch nicht gegeben und wird es auch auf dem Boden dieser Wirtschaftsordnung nicht geben. Das verhindert eben ihr eingangs gekennzeichneten antagonistischen Charakter. In der Regel sind für die Bestimmung der Zölle Machtfragen, gemildert durch Zweckmäßigkeitserwägungen, maßgebend gewesen, oder man hat gesucht ganz bestimmte Produktionszweige um der ihnen zugeschriebenen Bedeutung willen durch besondere Zölle zu fördern, sei es, daß es sich um Erziehung und Aufzucht neuer oder um Erhaltung schon vorhandener und in ihren Lebensbedingungen für bedroht erachteter Produktionen handelte. Schließlich ist man in der Neuzeit darauf verfallen durch sehr spezialisierte Zolltarife auf dem Weg des Kompromisses eine annähernde Gleichheit der Zollbegünstigungen herbeizuführen. Aber selbst ihre Urheber und Verfechter geben zu, daß diese Zolltarife von wirklicher Proportionalität des *Schutzes* noch weit entfernt sind. Es kann auch gar nicht anders sein. Erstens spielen bei der Herstellung der Kompromisse in den Parlamenten und Parlamentskommissionen die Einflüsse von Interessengruppen eine viel zu große Rolle, um eine Gleichmäßigkeit der Berücksichtigungen zustande kommen zu lassen. Man erinnere sich der Legionen von Protesten aus der deutschen Geschäftswelt gegen die Zusammensetzung und dann das Werk des wirtschaftlichen Ausschusses, der den letzten deutschen Zolltarif ausgearbeitet hat. Trotz seines eifrigen Bemühens ist es ihm nicht gelungen einen Ausgleich der Interessen zustande zu bringen. Denn zweitens übersteigt es in unserm Zeitalter sich überstürzender technischer Neuerungen allen Menschenwitz das Proportionsverhältnis der etwaigen Zollbedürftigkeiten rechnerisch genau festzustellen. *Schätzung* ist da das Lösungswort, und die geht oft genug fehl. Auch bei diesem System wird der eine Wirt-

schaftszweig mehr, der andere weniger gut wegkommen, und daher ist auch bei ihm als Allgemeinbegriff der Ausdruck *Begünstigungszölle* am Platz. In Einzelfällen mögen Worte wie *Aufsuchtszoll*, *Förderungszoll*, *Erhaltungszoll* die richtigen Bezeichnungen sein, womit aber auch nur der Ausnahmecharakter des Zolls zum Ausdruck gebracht würde.

Es wird nun niemand bestreiten können, daß wir in den meisten Kulturländern längst über das Entwicklungsstadium hinaus sind, wo die Ausbildung nationaler Grenzzölle schlechthin ein wirtschaftlicher Fortschritt war. Diese Zölle sind wirtschaftstheoretisch als Überbleibsel einer durch die Entwicklung des Weltverkehrs und der Weltwirtschaft im wesentlichen überholten Wirtschaftsverfassung oder als Rückfälle in diese zu betrachten und zu werten, wie wir ja auf politischem Gebiet auch noch in den meisten Staaten mit Resten feudalistischer und absolutistischer Einrichtungen zu tun haben. Ob sie im Einzelfall durch besondere Umstände zu rechtfertigen, als das *kleinere Übel* zu betrachten sind, ist eine andere Frage, die nur durch Eingehen auf die Tatsachen des jeweiligen Falls überzeugend behandelt werden kann. Aber die Sozialdemokratie als die Partei der rückhaltlos die moderne Entwicklung vertretenden Gesellschaftsklasse und insbesondere als die Partei der Internationalität und des Völkerfriedens, kann meines Erachtens in den Fragen der Handelspolitik grundsätzlich nur die Ansicht vertreten und als Ausgangspunkt ihrer Entscheidungen nehmen, daß Schutzzöllnererei und internationale Austauschfreiheit nicht gleichwertige Zweckmäßighkeitsfragen sind sondern als Maximen der Handelspolitik sich zu einander verhalten, wie Beharrung und Vorwärtsbewegung, nämlich Beharrung im gegebenen Gesellschaftszustand und Vorwärtsbewegung zu einer höhern Gesellschaftsordnung.

Wer das nicht gelten lassen will, dem möchte ich eine Frage vorlegen. Niemand wird heute die realpolitische Bedeutung des Rufes *Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!* bestreiten. Es hat lange gedauert, bis das bedeutungsvolle Wort in nennenswertem Umfang Tat wurde, und auch heute noch hat die Umsetzung in die volle Wirklichkeit mit vielerlei Schwierigkeiten zu kämpfen. Aber ein achtunggebietender, greifbarer Anfang ist da, und Schritt für Schritt gewinnt die Arbeiterbewegung in ihrer internationalen Betätigung an Wirkungskraft. Nun ist wiederholt schon von freihändlerischer Seite nach dem Muster jenes Rufes das Wort *Freihändler aller Länder, vereinigt euch!* gebraucht worden. Und wenn man Freihandel in der oben entwickelten Auffassung als Forderung des freien Austauschs zwischen den Nationen nimmt, hat das Wort auch seinen guten Sinn, liegt seine Verwirklichung auf der Linie der Ziele der Arbeiterbewegung. Ließe sich das gleiche, von dem Ausruf *Schutzzöllner aller Länder vereinigt euch!* sagen? Er ist noch nie gehört worden und wird nie gehört werden. Indem ich diese Ausführungen niederschreibe, verkenne ich selbstverständlich durchaus nicht, daß es auch heute noch notwendig werden kann heimischen Produktionen aus allgemeinen Mitteln gegen erdrückende Konkurrenz des Auslands Schutz angedeihen zu lassen. So fest ich an den Bund der Völker glaube, so wenig glaube ich an eine in absehbarer Zeit bevorstehende Auflösung der Nationen, und das Wort *Der Arbeiter hat kein Vaterland* steht nicht in meinem Register. Die Arbeiterklasse hat so gut nationale Aufgaben wie sie internationale Aufgaben hat, und ebenso hat sie auch nationale Interessen.

Darunter nicht zuletzt das Interesse an gedeihlicher Entwicklung der Produktion im eigenen Land. Ich habe in anderm Zusammenhang von der *Pflicht zur Gesundheit* als einer sozialen Pflicht jedes einzelnen gegenüber der Allgemeinheit gesprochen. In gleicher Weise gibt es meines Erachtens eine Pflicht zu nationaler Gesundheit gegenüber der großen Republik der Völker. Nur kann ihr anders als durch Zölle Genüge geleistet werden.

Um jedoch auf konkrete Fragen des Tages einzugehen: Für das Deutsche Reich hängt die Frage *Schutzsoll oder Freihandel?* zurzeit an der Frage des Agrarschutzes. Die deutsche Eisenproduktion ist der Notwendigkeit des Schutzes durch Zölle, selbst zugegeben, daß sie vor 30 Jahren auf ihn angewiesen war, längst entwachsen, und mit dem Fall der Eisenzölle würde der ganze Bau der Industriezölle hinfällig werden. Der Umstand, daß sich ganze Reihen von Industrien, die zusammen viele Hunderttausende von Arbeitern umfassen, auf ihn eingerichtet haben, kann gewiß für allmähliche Abtragung der ihn bildenden Zölle ins Feld geführt werden, spricht aber nicht für seine Lebensverlängerung ins Unbestimmte hinein. Denn bei solcher allgemeinen und schrittweise vollzogenen Abtragung können die Industrien ihre Anpassungsfähigkeit bewahren. Anders soll es jedoch mit der Landwirtschaft stehen, und zugegeben muß werden, daß, wenn sie auch wesentlich anpassungsfähiger ist als man das von interessierter Seite hinzustellen liebt, der Prozeß aus einer ganzen Reihe von Gründen bei ihr meist viel langwieriger ist als in der Industrie. Hinzu kommt, daß die technische Entwicklung wohl für wachsende Massen von Industriearbeitern die Schwierigkeiten des Wechsels der Beschäftigung vermindert hat, das Geheimnis aber noch nicht entdeckt worden ist an das städtische Leben gewöhnte Arbeiter auf das Land zurückzubringen. Nur eine Politik, die sozusagen von der Hand in den Mund lebt, kann daher die Frage, wie gewisse Konkurrenzverhältnisse der Landwirtschaft auf die Abwanderung vom Land zurückwirken, als gleichgültig beiseite lassen und das ganze Interesse auf die eine Frage der jeweilig größten Billigkeit der Nahrungsmittel beschränken. Das mag für bürgerlich radikale Parteien passen, ist aber kein sozialistisches Verhalten. Einen Sozialdemokraten darf die Gegnerschaft gegen die Schutzzöllerei nicht darüber hinwegtäuschen, daß es eine Billigkeit geben kann, die unter dem Gesichtspunkt der Volkswirtschaft als ein Ganzes zu teuer erkaufte wird. Letzteres wäre zum Beispiel der Fall, wenn infolge bestimmter Vorgänge auf dem Weltmarkt der Preis von Haupterzeugnissen der Landwirtschaft eines Landes auf einen Satz fielen, bei dem Landwirte in Massen zugrunde gehen, und das Land sich entvölkert, jedoch hinterher, nachdem die Entvölkerung eingetreten, neue Preiserhöhung erfolgte, und durch Änderungen der Weltmarktbeziehungen für das betreffende Land sogar die Versorgung sich ungünstiger gestaltete als für die mit ihm konkurrierenden Länder. Solche Konstellationen, die in Handel und Industrie oft von Interessenten künstlich herbeigeführt werden, um Monopole zu schaffen, können, wo es sich um die Landwirtschaft eines Landes handelt, Ausnahmemaßregeln zu ihrer Erhaltung rechtfertigen.

Ich brauche nicht erst zu bemerken, daß die hier entwickelte Hypothese die Hauptmomente zusammenfaßt, die eine Anzahl Sozialdemokraten bewegen die schlechthinige Verwerfung aller Agrarzölle für verfehlt zu erklären. Jedenfalls bildet sie in meinen Augen das diskutabelste Argument dar, das überhaupt unter den heutigen Verhältnissen für einen Agrarschutz ins Feld geführt wer-

den kann, und daher auch der Prüfung wert ist. Es liegt mir sehr fern Untersuchungen darüber, ob wir auf dem Weltmarkt Verschlechterungen in den Bezugsbedingungen für wichtige Agrarprodukte entgegengehen, als unverdienstlich zu betrachten. Werden sie mit der nötigen Umsicht und lediglich zu dem Zweck unternommen den durch die Tendenz gefärbten Angaben von Schutzzöllnern und kapitalistisch interessierten Freihändlern gegenüber der Wahrheit auf den Grund zu kommen, so sind sie sicherlich nur aufs wärmste zu begrüßen. Nur darf nach meiner Auffassung der oben entwickelte Gesichtspunkt nicht außer Augen gelassen werden, daß der zollfreie Austausch das richtunggebende Prinzip der sozialdemokratischen Handelspolitik sein muß. Die allgemeinen politischen Bestrebungen der Sozialdemokratie machen dies zur unerläßlichen Bedingung. Der große Kampf der Sozialdemokratie gegen das Wettrüsten zu Wasser und zu Lande und die nationalpolitischen Verhetzungen wird meines Erachtens zur Halbheit, wenn er nicht grundsätzlich mit dem Kampf gegen das Schutzzollsystem, diese Quelle so vieler Gegensätze zwischen den Nationen, verbunden wird.

Schließlich soll man auch ein bedeutsames entwicklungstheoretisches Moment nicht außer acht lassen. Maßnahmen gegen die Entvölkerung des platten Landes sind schon ganz gut, aber sie dürfen nicht mit dem Hinwirken auf die Entwicklung der wirtschaftlich leistungsfähigsten Betriebsformen in Widerspruch stehen, die Antriebe zu deren Ausbildung nicht durchkreuzen oder abschwächen; sonst werden sie im Effekt antisozialistische Maßregeln. Beim Schutzzoll nun, da er die Betriebe nicht differenziert sondern alle mit den gleichen Zollsätzen begünstigt, ist, wie die Erfahrung gezeigt hat, gerade bei der Landwirtschaft die Gefahr nicht gering, daß er Betriebsformen, die ökonomisch keine Existenzberechtigung mehr haben, künstlich über Wasser hält und den Übergang von Kulturen, die durch die Weltmarktsverhältnisse relativ unwichtig geworden sind, zu wichtigeren Produktionen verlangsamt, wenn nicht verhindert. Da alle Untersuchungen über die kommende Gestaltung des Weltmarkts ein starkes Element von Mutmaßungen enthalten, Wahrscheinlichkeitsrechnungen sind, bei denen verschiedene Größen das Zeichen *unbekannt* tragen, muß die *Anpassung an den Weltmarkt* die Richtschnur jeder rationellen Wirtschaftspolitik bleiben.

Im vorstehenden ist der Sache nach enthalten, was ich Gerhard Hildebrand auf seine Ausführungen im Artikel *Zwischen Amerika und England*, der im vorigen Heft dieser Zeitschrift erschien, Grundsätzliches zu erwidern habe. Ich werfe ihm nicht vor, daß seine Besprechung des kanadisch-amerikanischen Handelsabkommens des leitenden Gesichtspunkts entbehrte. Das wäre der allerletzte Vorwurf, den man ihm machen könnte. Was mir die Feder zur Gegenäußerung in die Hand drückte, war, daß dieser Artikel in Sprache und Deduktion sich auf dem Standpunkt der Schutzzollpresse stellte, daß er das Abkommen im Licht jener als neue *Niederlage des Freihandels* hinstellte. Daß es dies seiner ganzen Entstehungsgeschichte nach nicht ist, wird durch die mittlerweile offiziell bekannt gegebene Tatsache bekräftigt, daß Englands Botschafter in Washington, Herr James Bryce, im Einverständnis mit der englischen Regierung die Verhandlungen zwischen den Regierungen Kanadas und der Vereinigten Staaten über das Abkommen *angebahnt* und in ihrem Fortgang, über den er beständig auf dem Laufenden gehalten wurde, in jeder Weise *gefördert*

hat. Gegenüber diesem Tatbestand wollen für die Frage, um die es sich hier handelt, die Vermutungen russischer Getreidehändler über die Wirkung des Abkommens auf die Gestaltung von Englands Getreidehandel und die platonischen Erklärungen kanadischer Minister mit Bezug auf die Vorschläge der englischen Reichszollverbändler gar nichts besagen. Über die voraussichtlichen Wirkungen des Abkommens kann man natürlich verschiedener Meinung sein, und daß es für Deutschland bei dem heutigen Stand seiner handelspolitischen Beziehungen zu den Vertragsschließenden seine bedenklichen Seiten hat, habe ich selbst betont. Gegen eine sachgemäße Beleuchtung dieses Punktes und der amerikanistischen Tendenzen hätte ich daher nicht das mindeste einzuwenden. Aber die Warnungen vor übertriebenem Optimismus bei der Beurteilung der Aussichten des internationalen freien Austauschs dürfen nach meinem Dafürhalten nicht zum Einstimmen in die tendenziösen Berichte seiner Gegner führen.

XX

MAX MAURENBRECHER · AGRARISCHER SOZIALISMUS



EDE Art Sozialismus geht von der Kritik der industriellen Entwicklung aus. Karl Marx' ganzes System beruhte eben darauf die Widersinnigkeit dieser Entwicklung nachzuweisen. Im Industrialismus liegt, wie Marx uns darlegte, der Trieb sich immer mehr zu entfalten. Es werden immer mehr Fabriken errichtet, immer mehr Gebrauchsgüter werden erzeugt, und doch verarmt die Masse immer mehr, die die Produkte zu kaufen vermöchte. Der Industrialismus hilft sich dadurch, daß er um die ganze Erdkugel jagt, ein Absatzgebiet nach dem andern sich neu eröffnet, damit aber immer nur ein Land nach dem andern in den Industrialismus hineinreißt. Schließlich werden alle Länder ihre eigene Industrie besitzen, und trotzdem wird jede Industrie nur leben können, wenn sie gleichzeitig nach einer Masse anderer Länder zu exportieren vermag; denn die Heimatländer der Industrien werden nicht in der Lage sein die Produkte ihrer heimatlichen Industrien ganz in sich aufzunehmen. So wird der Weltmarkt sinnlos von Industrieprodukten überschwemmt: Der Preissturz, der allgemeine Zusammenbruch ist die notwendige Folge. In diesem Zusammenbruch nun, so folgerte Marx, wird das Proletariat sich erheben; es wird das allgemeine Elend am stärksten zu tragen haben und den Widerspruch der aufgehäuften Verbrauchsgüter mit den hungernden Massen am stärksten empfinden. Eben aus dieser Empfindung heraus wird ihm nach Marx die Energie zuwachsen im allgemeinen Zusammenbruch die politische Herrschaft in den Kulturstaaten an sich zu reißen, um dann mit schöpferischer Organisation die Produktion der ganzen Menschheit zu regeln.

Dies ist das Grundschema des Marxschen Systems, soweit es sich auf die Zukunft und auf die politische Aktion der Arbeiterklasse bezieht. Aber dieses Schema ist immer wieder der Kritik ausgesetzt worden. Immer wieder haben sich bei schärferm Nachdenken Zweifel ergeben, ob diese Zukunftsrechnungen mit der Wirklichkeit tatsächlich übereinstimmen, ob man auf sie die Hoffnungen der Masse nach Besserung ihres Lebens und ihrer Kultur wirklich aufbauen könne. Die Fragen, die hier entstehen, sind doppelter Art: Sie

sind psychologischer und weltwirtschaftlicher Natur. Nach der psychologischen Seite hat man gefragt, und zwar mit Recht, ob das degenerierte Proletariat, auf dem Gipfelpunkt seiner Verelendung angelangt, noch die moralische und organisatorische Kraft besitzen werde den Kampf um die Macht bis zum glücklichen Ende zu führen und dann im Zusammenbruch des Staates und der ganzen Gesellschaft eine neue Ordnung aus sich heraus zu schaffen. Schon Marx selbst hat die Erfahrungen der Pariser Kommune dahin zusammengefaßt, daß das heutige Proletariat nicht fähig sei diese Arbeiten von heute auf morgen zu leisten. Und die praktische Politik der sozialistischen Parteien aller Länder hat unternommen die Lebenslage, die Intelligenz, den Willen, die Disziplin und die Organisationskraft des Proletariats durch eine jahrzehntelange Arbeit zu schulen, um es für diese große Tat fähig zu machen.

Aber, je mehr dieser sozialistische Reformismus in allen Kulturländern wenigstens in der Praxis die Herrschaft gewann — wenn auch in den weniger kultivierten Ländern ihm in der Theorie die radikale Formulierung immer noch überlegen blieb —, um so stärker tauchten auf Grund weltwirtschaftlicher Erwägungen wiederum neue Fragen und Zweifel gegenüber dem frühern marxistischen Schema auf. Wenn das zukünftige Schicksal der Welt die übermäßige Entwicklung der industriellen Produktion ist, wenn alle Länder der Welt, eins nach dem andern, in sich selbst eine industrielle Produktion zu erzeugen beginnen, wird dann für diese ungeheure Industrialisierung die agrarische Grundlage in der Welt noch reichen? Werden die ungeheuren Arbeitermassen, die über die ganze Welt zerstreut in Fabriken arbeiten, noch die genügenden Lebensmittel finden, um sich zu ernähren und zwar, um sich besser und reichlicher zu ernähren als heute? Und werden sie die genügenden Rohstoffe, nicht nur Eisen und Kohle sondern auch Baumwolle und Gummi und andere Erzeugnisse bäuerlicher Produktion besitzen? Kurz, wo soll sowohl in der Nahrung als auch in der Kleidung und in der Versorgung der Industrie mit Rohstoffen das aus der bäuerlichen Produktion stammende Rohmaterial herkommen, das der ins Ungeheure gesteigerten industriellen Entwicklung überhaupt erst die Möglichkeit zu einer weitem Existenz gibt?

Von diesem Problem nahm die nationalsoziale Agitation der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ihren Ausgang, freilich nur in Beschränkung auf den deutschen Industrialismus. Naumanns Kritik am Marxismus läßt sich in den einen Satz zusammenfassen: Der Marxismus bespricht das Problem der Güterverteilung, ohne vorher das Problem der Gütererzeugung näher erörtert zu haben. Der Marxismus behandelt die Frage, wieviel vom gesamten industriellen Produkt der Unternehmer, und wieviel der Arbeiter als Lohn für seine Arbeit erkämpfen kann; er untersucht aber nicht die Vorfrage, auf welchem Weg überhaupt der Ertrag industrieller Tätigkeit gesteigert werden kann. Naumann erkannte die Abhängigkeit der nationalen Industrie vom Weltmarkt. Er sagte: Wir werden auf absehbare Zeit damit rechnen müssen einen großen Teil unserer Nahrung und einen noch größern Teil unserer industriellen Rohstoffe vom Ausland beziehen zu müssen; das können wir aber nur, wenn wir die agrarischen Produkte des Auslands durch industrielle Produkte des Inlands bezahlen, und wenn wir uns die Stetigkeit des Bezugs ausländischer Produkte sichern. Daraus folgte für Naumanns Politik einerseits die Wendung zum bewußten und einseitigen Industrialismus, andererseits die Empfehlung mög-

lichst gesteigerter militärischer Rüstung und möglichst kräftiger auswärtiger Politik. Wir müssen durch billige Nahrung, billigen Rohstoff, gute Erziehung und durch Stärkung des künstlerischen Sinns in unseren Arbeitern die Leistungsfähigkeit unserer Industrie bis zum Höchstmaß steigern, damit wir in der Konkurrenz des Weltmarkts durch die Qualität unserer Produkte jeden Wettbewerb schlagen; und wir müssen uns gleichzeitig durch eine starke Flotte und eine weitausschauende Kolonialpolitik den Verkehr mit agrarischen Produktionsländern für alle Zukunft offen halten. Die Hoffnung auf die Erhöhung der Lebenshaltung der Masse beruht für Deutschland nach Naumann einerseits auf der Qualitätssteigerung unserer Arbeit, andererseits auf der Beherrschung des Weltmeers und der Monopolisierung der agrarischen Zufuhr aus bestimmten kolonialen Gebieten.

In der sozialdemokratischen Partei, oder wenigstens in den Kreisen ihrer offiziellen Wortführer, ist lange Zeit gar nicht erkannt worden, daß hier für den Marxismus ein wirkliches Problem lag, das von jedem, dem die Erhöhung der Lebenshaltung der Masse das ernsteste Streben seines Lebens ist, ernsthaft durchdacht und gewürdigt zu werden verdiente. Aber da Naumann das Problem nur vom einseitig deutschen Standpunkt aus sah, so ließ seine Formulierung gerade die Hauptschwierigkeit offen, auf die sie keine Antwort zu geben vermochte. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat nämlich bewiesen, daß eins der Agrarländer nach dem andern dazu übergegangen ist oder in der nächsten Zeit dazu übergehen wird eine eigene Industrie in sich zu erzeugen, um seinen industriellen Bedarf billiger und zuverlässiger zu decken als es durch die Verkettungen der Weltwirtschaft möglich wäre. Und damit wacht die ursprüngliche Fragestellung des *Kommunistischen Manifestes* von neuem auf; aber sie zwingt zu einer veränderten Antwort. Schon Marx hatte gesagt, daß langsam alle Länder zur Industrieproduktion übergehen würden. Das heißt, daß die Zweiteilung der Welt in Agrarproduktion und Industrieproduktion immer nur eine vorübergehende Erscheinung bleibt. Das bewies für die Zeit, in der Marx die Grundgedanken seines Systems durchdachte, einen ungeheuren Weitblick; denn in dieser Zeit hatte die Industrialisierung der Welt eben erst in England und Frankreich und Belgien begonnen; selbst Deutschland noch war ein vorwiegend agrarisches Land, von Österreich, Nordamerika, Rußland und Japan gar nicht zu reden. Trotzdem erkannte der Scharfblick des genialen Mannes die Situation schon 60 Jahre zuvor, wie sie im letzten Jahrzehnt sich tatsächlich zu entwickeln begonnen hat. Aber eben, nachdem wir nun vor der Wirklichkeit dieser Situation stehen, können wir uns heute mit dem rein phantastischen Heilmittel nicht mehr begnügen, das Marx damals in der Elendsrevolution der Proletarier zu erkennen glaubte. Wir müssen vielmehr realistisch die Tatsachen sehen, wie sie wirklich sind, selbst wenn sie unserer Voreingenommenheit und unseren überkommenen Meinungen nicht mehr entsprechen.

Und da scheint sich uns zunächst die Perspektive zu eröffnen, daß jede Politik, die rein auf den Industrialismus hinausläuft, in dem Zusammenbruch und in der Verelendung der Masse auszulaufen Gefahr droht. Wie soll ein reines Industrievolk, und wenn seine Flotte noch so stark, und wenn seine industrielle Geschicklichkeit noch so groß ist, eine hohe Lebenshaltung behaupten, wenn die Agrarvölker anfangen die große Masse ihrer industriellen Bedürfnisse

selbständig durch eigene Industrien zu decken? Denn einmal werden damit die nötigen Nahrungsmittel und Rohstoffe, die die Agrarländer bisher exportierten, nun fast ganz in den Agrarländern selber verbraucht; zugleich aber wird der Absatzspielraum für die Industrieprodukte der Industrieländer immer enger. Wir müßten als reines Industrievolk mit den Preisen derart herabgehen, daß wir an eine Erhaltung auch nur der heutigen Lebenslage der Arbeiterklasse überhaupt nicht mehr denken könnten. Darum fordert das Interesse der städtischen Arbeiterschaft, daß wir uns einen Absatzmarkt für unsere Industrie in der eigenen Kleinbauernschaft halten, und daß wir wenigstens unsern Nahrungsbedarf so viel wie irgend möglich im eigenen Land erzeugen. Dazu kommt dann weiter, daß die industrielle Arbeiterschaft ein Lebensinteresse daran hat, daß wir mit tropischen Produktionsgebieten in enge Beziehung kommen, aus denen wir uns den Bezug der für die Kleidung und für die übrige Industrie notwendigen Rohstoffe auf absehbare Zeit zu sichern vermögen. Diese Sicherung aber erfordert Kolonialpolitik, und militärische Macht. Nur hat die nationalsoziale Flottenagitation diesen Gedanken nicht zu Ende gedacht. Sie hat Kolonialpolitik und militärischen Schutz als eine Angelegenheit jedes einzelnen europäischen Kleinstaats für sich allein aufgefaßt. Darin aber hat die sozialistische Kritik des Militarismus jedenfalls recht, daß eine militärische Bewaffnung bis an die Zähne, die das Deutsche Reich oder Frankreich oder England jedem ihrer Nachbarn und jeder möglichen Koalition ihrer Nachbarn gewachsen machte, auf die Dauer einfach unmöglich ist; sie verschlingt einen so hohen Bruchteil der Gesamtproduktion der Nation, daß für die Befriedigung steigender Lebensbedürfnisse der Masse unter der Herrschaft dieses Militarismus kaum noch eine Möglichkeit bleibt. Darum müssen wir auch hier den Gedanken bis zu dem Satz weiterführen, daß die Erhaltung tropischer Produktionsgebiete und die Garantie des überseeischen Verkehrs nicht eine isolierte Angelegenheit jedes einzelnen europäischen Staates für sich sondern eine gemeinsame Angelegenheit der mittel- und westeuropäischen Kulturländer ist. Das führt dann auf die Idee, daß wir dazu kommen müssen aus den vereinigten Staaten von Mittel- und Westeuropa sowohl handelspolitisch als auch militärpolitisch eine organisierte Einheit und eine sich nicht in sich zerfleischende sondern in gemeinsamem Willen sich organisierende Kulturgemeinschaft zu machen.

Dieser neue Gedankengang eines sowohl agrarfreundlichen als auch kolonialpolitischen, aber westeuropäisch und nicht nur national orientierten Sozialismus hat sich im letzten Jahrzehnt herauszubilden begonnen. Er stand mehr oder minder deutlich hinter Schippels Büchern und Artikeln und ist jahrelang von Schippel in gänzlicher Vereinsamung durchgehalten worden. Dann sind langsam von hierher und dorthier andere auf ungefähr die gleichen Bahnen gekommen. Aber noch nirgendwo ist diese neue Formulierung des Sozialismus mit solcher Schärfe durchgeführt worden wie in einem Buch des Genossen Gerhard Hildebrand, über das in der Rubrik *Wirtschaft* der *Sozialistischen Monatshefte* bereits referiert worden ist. Hildebrand ist vor seinem Eintritt in die Partei Nationalsozialer gewesen und hat 1902-1903 die politische Redaktion der *Hilfe* geführt. Im Kreis der Nationalsozialen gehörte er zum sozialistischen, an Marx geschulten Flügel und hat auch nach seinem Übertritt zur Sozialdemokratie noch einige Jahre an das Studium von Marx gesetzt.

In einem Artikel in der *Hilfe* hat er neuerdings selbst gesagt, sein Buch sei, auch wenn es in der Form nicht polemisch sei, doch im Grunde von vorn bis hinten nur ein großes Zwiegespräch mit Marx und Naumann gewesen. Eben darum aber, weil er gleichmäßig von Marx und Naumann gelernt hat, wurde er fähig nunmehr die Kritik des Industrialismus mit realistischer Schärfe bis zu dem Punkt zu führen, wo sie in eine neue, nachmarxistische agrarisch-industrielle Theorie der Arbeiterbewegung mündet. Es ward schon gesagt, daß Hildebrand nicht der erste und nicht der einzige unter den Marxschülern ist, der diesen Weg fand. Aber es gibt zurzeit noch kein zweites Buch, wo diese Gedanken so geschlossen und vollständig, so einheitlich aus einer Wurzel heraus entwickelt sind wie in diesem. Demgegenüber kommen gelegentliche Übertreibungen und allzu scharfe Pointierungen des Standpunkts für das Gesamturteil weniger in Betracht. Hildebrand hat seinem Buch den etwas schwerfälligen Titel *Die Erschütterung der Industriegherrschaft und des Industriesozialismus* gegeben. Er hat damit den Grundgedanken des Buches gleich im Titel prägnant aussprechen wollen, die Antithese gegen Liberalismus und Marxismus zugleich. Dieser Grundgedanke läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß eine Industrie ohne die unbedingt nötige Bauerngrundlage auf die Dauer sich einfach gar nicht erhalten kann; daß die Teilung in Industriestaaten und Agrarstaaten nicht eine ewige und endgültige Teilung der Nationen ist, sondern daß alle Agrarstaaten im Lauf weniger Generationen dazu übergehen eine eigene Industrie in sich zu erzeugen, und daß deshalb die Zukunft der Industriearbeiterschaft ein grenzenloses Elend sein wird, wenn es ihr nicht gelingt rechtzeitig dem eigenen Staat einen gemischt agrarisch-industriellen Charakter zu geben oder zu erhalten. Die praktische Politik, die Hildebrand der europäischen und insonderheit der deutschen Arbeiterbewegung vorschlägt, läuft darauf hinaus, daß sie um ihrer eigenen Lebenserhaltung für die Zukunft willen sich einerseits den kolonialisatorischen Arbeiten der Nation und andererseits der Erhaltung eines kräftigen und wohlhabenden Bauerntums nicht widersetze, sondern daß sie um ihrer selbst willen, aus Selbstinteresse und nicht aus Altruismus, sowohl Kolonial- als auch Agrarpolitik treiben müsse. Die Gründe, die Hildebrand für diesen Gedankengang anführt, im einzelnen zu prüfen wird die Arbeit derjenigen sein, die die weltwirtschaftliche Statistik besser verfolgt haben als ich. Aber auch unabhängig davon, ob jede Tabelle die ihr zugeschriebene Beweiskraft hat, bleibt die allgemeine Grundlage dieser Argumentation von solcher Bedeutung, daß auch wir anderen, die wir nicht Spezialisten in weltwirtschaftlicher Statistik sind, uns das Recht nehmen dürfen über diese Dinge zu urteilen und von da aus unsere bisherigen Gedanken eventuell zum Teil umzudenken.

Es leuchtet auf den ersten Blick ein, daß vom Schema des ursprünglichen Marxismus in dieser Zukunftsperspektive so gut wie nichts mehr übrigbleibt. Das ist nicht so zu verstehen, als ob Hildebrand kein Marxist mehr sei; im Gegenteil, er erfaßt den Marxismus treuer und methodisch richtiger als die meisten der Epigonen, die heute mit ihrem Geschrei die Meinung der Partei erfüllen. Alles, was Hildebrand über die Gefahren der Überfütterung des Industrialismus sagt, stammt ja aus Marx und ist im wesentlichen bereits in den grundlegenden Abschnitten des *Kommunistischen Manifests* enthalten. Es ist nur eben heute aus den Erfahrungen der letzten 60 Jahre heraus gelesen und

hat daher einen etwas andern Klang als die rein begrifflichen Auseinandersetzungen im *Kommunistischen Manifest*. Worin also Hildebrand sich von Marx unterscheidet, das ist nicht die Kritik des Kapitalismus und die Erkenntnis seiner Bewegungsgesetze sondern die praktische Frage, wie auf Grund dieser Bewegungsgesetze die Zukunft der Arbeiterbewegung sich gestalten wird, und was man wollen muß, um sie möglichst günstig zu gestalten. Und da kennt Hildebrand für die Zukunft der überschüssig gewordenen Industriebevölkerung keine andere Hilfe, als daß sie wieder in agrarische Tätigkeit zurückkehrt, sei es, daß sie über See auswandert in südamerikanische Bauernkolonien, sei es, daß sie im eigenen Land eine neue Möglichkeit für lohnende bäuerliche Tätigkeit findet. Nur wenn wir in der innern Siedlung den bäuerlichen Markt für unsere Industrie dauernd beleben, nur dann, so schließt er, können die Arbeiter, die noch in der Industrie bleiben, ebenfalls auf eine dauernde Steigerung ihrer Lebenshaltung hoffen. Auch eine sozialistische Verwaltung des Gemeinwesens wird daher immer damit rechnen müssen einen möglichst großen Teil der Bevölkerung auf die agrarische Seite der Produktion zurückzuschieben oder darin festzuhalten. Auch bei sozialistischer Staatsverwaltung also muß die bäuerliche Produktion lohnend bleiben. Daraus folgt zunächst, daß die Arbeiterbewegung um ihrer selbst willen darauf sehen muß, daß auch die agrarische Produktion lohnend bleibt; ferner aber ergibt sich daraus das ungeheuer schwierige, aber vielleicht doch nicht unmögliche Ziel die *Volkserziehung* so zu gestalten, daß der zukünftige Nachwuchs der Arbeiterklasse die Amphibienatur wiedergewinnt, die er heute fast völlig verloren hat, nämlich die Möglichkeit sowohl in der Fabrik als auch in der agrarischen Arbeit auf dem Land je nach der Konjunktur sein Fortkommen zu finden.

Das ist freilich etwas anderes als was uns in der sozialdemokratischen Agitation als der Normaltypus des sozialistischen Zukunftsarbeiters erscheint. Wir können uns das an zwei Einzelfällen klarmachen. Vor einigen Jahren hörte ich aus Bremen ein sehr charakteristisches Beispiel. Dort war noch eine verhältnismäßig große Anzahl von Arbeitern in der Stadt beschäftigt, die von früheren Zeiten her ein kleines Häuschen und einen kleinen Garten besaßen oder auch neu pachteten, wenn sie einer solchen Tätigkeit noch nahe genug standen, um sie als wünschenswert zu erkennen. Das sozialdemokratische Parteiblatt am Ort betrachtete aber diese gartenbesitzenden Arbeiter als eine ungeheure Erschwerung der parteipolitischen Organisation. Die Leute steckten in ihren Gärten und bauten ihr Gemüse und bekümmerten sich nicht um den Wahlverein, um die Zeitung und um das ganze Getriebe der großen Politik. Da holte die Redaktion zu einem großen Schlag aus und versuchte durch eine Reihe von Artikeln mit der Überschrift *Los vom Land!* diesen Arbeitern ihren Gartenbesitz zu vereckeln und die Parteigenossen darauf hinzuweisen, daß sie im kleinen Kreis dafür agitieren sollten, daß diese Arbeiter sich möglichst vom Gartenbesitz unabhängig machten, um reine lohnempfangende Industriearbeiter zu werden. Die Tatsache zeigt, wie bewußt die *marxistische* Redaktion sich hier dem Instinkt der gartenbesitzenden Masse der eigentlichen Arbeiter entgegenzustellen versucht hat. Es war keine Rede davon, daß die Redaktion ihr Klassenbewußtsein aus dem realen Leben der Arbeiterschaft schöpfte; sie schöpfte das, was sie für proletarisches Klassenbewußtsein hielt, rein aus einer Doktrin und wollte den Arbeitern die Erfahrungen des praktischen Lebens zugunsten

eines schematischen Gedankengangs verwickeln. Ein zweites Beispiel, wie gerade hier die landläufige sozialistische Theorie und die praktische Empfindung weiter Kreise der Arbeiterklasse gegeneinander stoßen, bieten diejenigen Industriearbeiter auf dem Land, die noch ein kleines Haus und Grundstück haben und neben ihrem Lohn zugleich von ihren eigenen Kartoffeln und ihrer eigenen Schweinemast leben. Gerade diese Schichten sind es gewesen, die bei den Wahlen von 1907 zu Tausenden die Reihen der Sozialdemokratie verlassen und sich auf die agrarische Seite gestellt haben. Sie hatten aus dem ganzen Wahlkampf nur herausgehört, daß die Sozialdemokratie für billiges Schweinefleisch sei, und hatten sie deshalb als Feindin ihrer eigenen Interessen empfunden, obgleich sie ihrer ganzen sozialen Stellung nach unbedingt in die Reihen der Arbeiterbewegung gehört hätten. Von seiten der Parteitheorie aus hat man diese schweinezüchtenden Industriearbeiter für Rudimente aus früherer Zeit erklärt, für eine rückständige Bildung, die immer mehr verschwinden und immer mehr dem reinen Großstadtproletariertypus Platz machen müsse. In Wahrheit aber ist diese Schicht im Wachsen. Und sie ist ziemlich gleichmäßig über die große Mehrzahl der Reichstagswahlkreise verbreitet und hat, wie die letzten Wahlen gezeigt haben, die Entscheidung über die Mandate sehr oft in ihrer Hand. Schon das wäre Grund genug sich in die Psychologie dieser Schicht etwas tiefer zu versenken und ihre Interessen als durchaus berechtigt anzuerkennen.

Immer wieder aber entsteht für den praktischen Politiker und Agitator die Frage, wie denn das Interesse des Arbeiters am billigen Fleisch und das Interesse des Bauern und Landarbeiters an gutem Erlös für das von ihm gezüchtete Vieh zu vereinigen sei. Hier bliebe nun nichts anderes übrig als eine Vermittelung darin zu finden, daß man die heutige Organisation des Viehhändler- und Fleischerhandels als in ihrer Wurzel verfehlt erkennt und möglichst rasch zu beseitigen versucht. Wir Städter dürfen nicht sagen, daß wir unter allen Umständen das billigste Fleisch auf der ganzen Welt essen wollen; denn die Wirkung eines solchen Satzes könnte sein, daß unsere Kinder und Kindeskiner in die Notlage kämen überhaupt kein Fleisch mehr zu haben. Wir würden vielleicht die momentane Erleichterung des billigen Fleisches mit der Lebenshaltung der gesamten Zukunft der deutschen Volksmasse bezahlen. Das aber wäre weder sozial noch sittlich gerechtfertigt. Niemals hat die lebende Generation das Recht eine Lebenserleichterung für sich damit zu erkaufen, daß sie die Lebensmöglichkeit späterer Generationen zertrümmert. Dieser sittliche Grundsatz des Sozialismus zwingt uns nicht unter allen Umständen nach billigstem Fleisch zu schreien. Vielmehr müssen wir sagen: Wir heute lebenden Städter wollen, daß die Fleischproduktion unter allen Umständen rentabel bleibt, damit für alle Zukunft, unabhängig von den Konjunkturen des Weltmarkts, unseren Kindern eine ausreichende Basis einer guten Lebenshaltung im eigenen Land erhalten bleibt. Darum wollen wir in der Stadt lebenden Menschen, die wir kein eigenes Fleisch produzieren sondern Fleisch vom Bauern zu kaufen gezwungen sind, denjenigen Preis gern zahlen, bei dem der Bauer bestehen und wohlhabend bestehen kann. Aber wir haben nicht den geringsten Anlaß für das Wohlsein der Viehhändler und Fleischer Opfer zu bringen. Darum müssen Organisationen geschaffen werden, sei es genossenschaftlicher, sei es kommunaler Natur, in denen der letzte Konsument in der Stadt unmittelbar mit dem ersten Produzenten auf dem Land in Verbindung tritt. Die Vieh-


verwertungsgenossenschaften auf der einen Seite, die städtische Konsumentenorganisation, sei sie nun Genossenschaft oder Gemeinde, auf der andern, müssen dazu kommen sowohl dem Bauer einen lohnenden Preis für sein Fleisch zu zahlen als auch dem Städter die unter diesen Umständen mögliche Verbilligung des Fleisches zu schaffen.

Dies wäre die aktuelle Parole für die gerade jetzt schwebenden Streitfragen zwischen Bauern und Arbeitern. Darüber hinaus aber müßte vor allen Dingen der Blick auf eine vollständige Umkehr unseres Volksschulwesens hinauslaufen. In unseren Schulen ist es die oberste Pflicht des Kindes stillzusitzen, die Hände zu falten, die Beine krampfhaft ruhig zu halten, zu schweigen und zuzuhören, was der Lehrer sich bemüht in die kleinen Köpfe hineinzumeißeln. Was wir aber wünschen müssen, ist eine Schule, die die jungen Menschen beiderlei Geschlechts fähig macht ihre Kräfte zu brauchen, sich munter zu tummeln, mit der Natur und den Produktionsgesetzen des pflanzlichen und tierischen Lebens vertraut zu werden und damit die Fähigkeit zu gewinnen sich noch mit 20 oder 25 Jahren aus der Industrie in die Landwirtschaft begeben zu können, wenn die Industrie ihnen einen lohnenden Erwerb nicht mehr bietet. Jene Amphibienschichten, die teils Kleinbauern teils Industriearbeiter sind, jene Cartenbesitzer in der Nähe der großen Städte, jene Maurer, die wochentags in der Stadt arbeiten, und deren Frauen und Kinder derweile das kleine Grundstück beackern, sie alle, die vielen heutigen Sozialdemokraten als zweifelhafte Klassengenossen erscheinen, erscheinen mir als der wünschenswerteste Typus der deutschen Arbeiterschaft überhaupt. Sie sind der Typus, den man nicht schwächen sondern befördern muß, um die Gesundung der Arbeiterschaft, die Erhöhung ihrer Lebenshaltung und ihrer Kultur nach Möglichkeit anzustreben. Freilich kann das System der deutschen Volksschule eine solche Aufgabe heute nicht lösen. Aber da erwächst uns ein Bundesgenosse in den Bestrebungen für Schulreform, die wir Sozialisten noch viel zu wenig beachtet haben. Es wird Aufgabe einer gelegentlichen besondern Erörterung sein zu untersuchen, ob und inwieweit zum Beispiel der *Bund für Schulreform* von der Arbeiterbewegung in kulturellem Interesse zu unterstützen ist.

Für heute sei es mit diesen Hinweisen genug, um die Wichtigkeit und die Bedeutung der Probleme anzudeuten, die die Einbeziehung des Agrarismus in das System des Sozialismus stellt. Eine sorgfältige, kritische Diskussion der Einzelheiten bleibt nun die nächste Aufgabe derer, die unsere Partei auf die Bahn wissenschaftlicher Erkenntnis und praktischer Politik zurückführen wollen.

XX

BALTHASAR WEINGARTZ · ÜBER DIE SOZIALE LAGE DER ENGLISCHEN UND DER DEUTSCHEN ARBEITERKLASSE

 EIT der kanadisch-amerikanische Handelsvertrag die breite Öffentlichkeit überraschte, ist die englische Schutzzollbewegung insofern in ein neues Stadium getreten als jetzt die Aufmerksamkeit des Volkes vor allem auf die Einführung von Industriezöllen gelenkt wird. Jedem, der mit den englischen Verhältnissen vertraut ist, ist es klar, daß die durch die zollpolitischen Diskussionen aufgerollten Fragen das ganze

Volksleben bis in seine Tiefen aufgewühlt haben, und daß diese nun nicht eher von der Bildfläche verschwinden werden als sie in der einen oder der andern Form ihre Lösung gefunden haben.

England lebt eben zurzeit in einem Zustand der Gärung. Seit mehreren Jahren begegnet man auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, in der Politik, in der Volkswirtschaft, einer gewissen Unsicherheit, einem Fühlen und Tasten, einem Suchen nach neuen Methoden und neuen Prinzipien, was deutlich erkennen läßt, daß sich im Leben der Nation Umwälzungen bedeutsamer Art vollziehen. Man ist mit dem Bestehenden unzufrieden. Immer wieder schickt man neue Deputationen aus allen Gesellschaftskreisen in fremde Länder, um dort die Einrichtungen des öffentlichen Lebens kennen zu lernen. Und alle diese entsandten Kommissionen kehren mit der Überzeugung in die Heimat zurück, daß *etwas faul im Staate Dänemark* ist. Gewaltige Umwandlungen haben sich gleichsam über Nacht in dem Land vollzogen, das einstmals als die Werkstatt der Welt galt. Von jeher fühlte der Engländer durchaus insular: Alles, was nicht englisch war, taugte in seinen Augen nichts, und nur mit Geringschätzung blickte er auf die *foreigners* herab. Mit eiserner Zähigkeit hielt er an dem einmal Bestehenden fest. Warum auch Neuerungen einführen, da man doch bei den alten spezifisch englischen Methoden groß und mächtig geworden war? So bildete sich im englischen Volk ein verblendeter und verblödeter Eigendünkel und Chauvinismus heraus: Wir haben die Schiffe, wir haben die Bemannung, und auch Geld haben wir genug. Vergleicht man mit diesen Auffassungen die Flottenagitation der letzten Monate, so wird man sich ungefähr ein Bild von den Wandlungen Englands machen können. Oder man vergleiche, um ein anderes Beispiel anzuführen, die allgemeinen Wahlen von 1906 mit den beiden letzten von 1910. Die Wahlkämpfe von 1906 wurden unter der Devise des Freihandels ausgefochten; mit überwältigender Majorität erklärte sich das Volk für die bestehende Handelspolitik, und man war allgemein der Ansicht, diese Frage sei nun für geraume Zeit erledigt. Und doch zeigte der Ausgang der Wahlen des letzten Jahres ein ganz anderes Bild. Als Joseph Chamberlain im Jahr 1903 die Fahne des Schutzzolls aufrollte, wurde er vom damaligen Ministerpräsidenten gezwungen von der Regierung zurückzutreten. In dem Brief, in dem er seinen Rücktritt anzeigte, sagte er: »Ich bin mit Ihnen [Balfour] einverstanden, daß das Volk bis jetzt [1903] noch nicht reif zur Annahme einer Schutzzollgesetzgebung ist. Der erste Schritt, der also unternommen werden muß, ist für die Erziehung der Massen auf diesem Gebiet Sorge zu tragen.«

Die letzten Wahlen zeigten nun, wie gesagt, mit voller Deutlichkeit das Wachstum des Schutzzollgedankens. Sicherlich aber hätte dessen Erfolg nicht so überraschend groß sein können, wenn nicht im Gesellschaftskörper Ansätze zu Erscheinungen vorhanden wären, die die herrschenden Zustände unerträglich machen.

Wie nun verhielt sich bisher der Liberalismus den aufgeworfenen Fragen gegenüber? Bis heute noch hat er kein anderes Mittel zur Verteidigung des Freihandels gefunden als immer wieder auf die angeblich tieftraurige Lage der deutschen Arbeiter hinzuweisen, die gezwungen wären zeitweilig Schwarzbrod und Pferdefleisch zu essen. Gerade das Schwarzbrod wird den englischen Arbeitern als der Inbegriff des elendesten Nahrungsmittels hingestellt, zu dessen Genuß der deutsche Arbeiter nur des herrschenden Schutzzollsystems we-

gen verurteilt sei, während der englische gutes und schön aussehendes Weißbrot haben könne. In geradezu skandalöser Weise wurde die Parole *Schwarzbrot kontra Weißbrot* bei den Wahlen zu Beginn des Jahres 1910 ausgeschlachtet; in jedem liberalen Wahllokal war ein verschimmeltes deutsches Schwarzbrot ausgestellt, und sogar in einer Parlamentssitzung wurden diese Lügen über das deutsche Schwarzbrot von dem Schatzkanzler Lloyd George mit großem Eifer wiederholt. Um diesem Unfug zu steuern, kam die Chamberlainsche Tariffreormliga auf den genialen Gedanken Arbeiterdeputationen nach Deutschland zu schicken, die sich mit den wirklichen Verhältnissen vertraut machen sollten. Ein Streit darüber, inwieweit man diesen Arbeiterdeputationen bloß die guten Seiten des deutschen Arbeiterlebens zeigte und die schlechten verborgen hielt, dürfte unfruchtbar sein. Eins aber kann bei ruhiger Überlegung nicht geleugnet werden: Diese Deputationen, deren Teilnehmer den verschiedensten politischen Parteirichtungen (sozialistischen wie konservativen) angehörten, fanden in Deutschland ganz andere Verhältnisse vor als sie nach den Schaugeschichten der liberalen Freihändler hatten erwarten dürfen. Zur Verwischung dieser Eindrücke sandte dann die Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei aus ihrer Mitte ebenfalls eine Deputation nach Deutschland, um sich nunmehr ein *wahres* Bild von den deutschen sozialen Verhältnissen machen zu können. Es hält bei objektiver Betrachtung schwer den Wert und die Notwendigkeit dieser Studienreise der Arbeiterpartei richtig zu bemessen. Damit soll nicht gesagt sein, daß die englischen Arbeiterführer nichts mehr von den deutschen wirtschaftlichen Organisationsverhältnissen lernen könnten. Ganz im Gegenteil können sie noch sehr viel lernen, und das ist ja auch längst anerkannt worden. Aber meine Zweifel richten sich gegen die Art und Weise, wie man versuchte die Resultate dieser Studienreise für einen im voraus bestimmten Zweck zu fruktifizieren. Und aus diesem Grund haben die über die deutschen Verhältnisse gemachten Beobachtungen nur einen beschränkten Wert, was in die Augen springt, wenn man einen Vergleich mit früher angestellten Beobachtungen zieht. Als besonders erwähnenswert erscheint mir in dieser Beziehung eine 1906 veröffentlichte Schrift *Brassworkers of Berlin and of Birmingham*, die das Ergebnis der Untersuchungen enthält, die drei in verschiedener Lebensstellung stehende Männer über die Lage der Metallarbeiter Berlins angestellt haben: Davies, einer der angesehensten englischen Gewerkschaftsführer der alten Schule, Sekretär der britischen Metallarbeiter, Best, ein Unternehmer, und Perks, ein Vertreter von Wohlfahrtseinrichtungen. Die in diesem Werk dargelegten Beobachtungen haben den Vorzug, daß sie gemacht wurden, ehe die Wogen der englischen Schutzzollbewegung hoch gingen. Und angesichts der dort angeführten Tatsache, daß die Bevölkerung Deutschlands unzweifelhaft besser ernährt ist als die Englands, und das soziale Leben dort im allgemeinen eine weit höhere Stufe erreicht hat, ist die Schlußfolgerung berechtigt, daß die Billigkeit der Lebensmittel nicht die einzigen Vorbedingungen für das Wohl einer Nation sind. In der erwähnten Schrift heißt es:

»Wir kamen zu der Ansicht, daß ein Teil der Lebensmittel in Deutschland entschieden teurer ist als in England; aus bestimmten Gründen aber ist die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung bedeutend besser. Die Leute haben mehr Freude an der Arbeit und sind im allgemeinen nicht so gedrückt wie das bei den Metallarbeitern von Birmingham der Fall ist.«¹⁾

¹⁾ Siehe *Brassworkers of Berlin and of Birmingham* (London 1906), pag. 23 ff.

Die Deputation der Arbeiterpartei, die im Mai 1910 Deutschland bereiste, und deren Beobachtungen in zwei verschiedenen Broschüren niedergelegt sind²⁾, kam nun, wie gesagt, zu ganz anderen Resultaten. Es wird notwendig sein, daß wir uns ein wenig näher mit diesen Berichten beschäftigen, und zwar soll dies in der Reihenfolge geschehen, in der sie der Öffentlichkeit übergeben wurden. Genosse Ramsay MacDonald, der Verfasser der einen Schrift, war eigentlich kein Mitglied der Deputation; er begleitete diese aber als Spezialkorrespondent der liberalen *Daily News*, in deren Spalten auch die MacDonaldschen Beobachtungen zuerst in Artikelform erschienen. Er begann seine Studien in Düsseldorf, wo er mit der Deputation zusammentraf. Über seine ersten Beobachtungen entwirft er folgendes Bild: Düsseldorf sei die Schaufensterstadt Deutschlands. Es habe breite Straßen, blumenreiche Gärten, imposante moderne Gebäude, Parks und Waldungen, in denen die Arbeitslosen Arbeit fänden, es sei ein Mittelpunkt katholischer Wohltätigkeit und eine Hochburg des Konservatismus. Wenn die Zufriedenheit in Deutschland nur irgendwo eine Stätte habe, so müßte dies Düsseldorf sein. Aber eine nähere Untersuchung enthülle sehr bald die bitterste Armut hinter dem äußern Schein der Wohlhabenheit und Zufriedenheit. Einer der ersten Läden, die er entdeckt habe, sei der eines Pferdemetzgers gewesen. Er stellte dann fest, daß man in dem mit dem Schutzzoll beglückten Deutschland in dem Pferdefleischhandel gar nichts Ungewöhnliches sähe. In den Spezereiwarenhandlungen würden gebrannte Getreidekörner als Kaffee verkauft. Beides sind ihm Beweise für die Armut der deutschen Arbeiterklasse. In den Bäckerläden gäbe es Brot von allen möglichen Farben, nur kein Weißbrot. Die besseren Qualitäten des braunen Brots wären zwar wohlschmeckend, aber das Brot, das die Arbeiter gewöhnlich kauften, wäre ein rauhes, schweres und widriges Gemisch. Die Arbeiter äßen es nicht, wie die englischen Tarifreformer behaupten, weil sie Geschmack daran fänden, sondern weil sie das bessere Brot nicht bezahlen könnten. Der Preis des schlechtesten Brots wäre bedeutend höher als der des besten englischen Weißbrots. Auch fast alle Hausbedarfsartikel, Geschirr, Betten, Matten, Eimer, Bürsten usw., wären teurer und von schlechterer Qualität als in England. Die Wohnungen wären alle eng, klein und stark überfüllt, die Miete sehr hoch, so daß sie mehr als ein Viertel des Gesamteinkommens ausmache. Die Häuser der ärmeren Stadtviertel wären schmutzig und übelriechend. Immer wieder höre man das selbe Lied: Die Lebensmittel würden immer teurer, und es werde immer schwieriger ein Auskommen zu finden. Die Löhne stiegen überall in weit geringerem Maß als die Preise, und in allen Fällen hätte ein Sinken der Lebenshaltung festgestellt werden können. Fleisch wäre zu einer Delikatesse geworden, und an die Stelle der echten Lebensmittel träten wohlfeile Surrogate. MacDonald faßt das Ergebnis seiner Erfahrungen in Düsseldorf vom Standpunkt der Hausfrau folgendermaßen zusammen: 1. Der Mann bringt etwas mehr Geldlohn als früher mit nach Hause, aber die Preise steigen schneller als die Löhne, 2. Die deutsche Frau versteht besser hauszuhalten als die Engländerin. 3. Sie sieht in dem Schutzzoll die wichtigste Ursache ihrer Schwierigkeiten. 4. Die englische Hausfrau würde bei gleicher Sparsamkeit mindestens einen um 20 bis 25 % bessern und bequemern Haushalt führen können als die deutsche.

²⁾ Erschienen unter den Titeln *Tariff ridden Germany* / London 1910 / und *Life and Labour in Germany* / London 1910 /.

Im Interesse der deutschen organisierten Arbeiterklasse muß nun ohne Umschweife gesagt werden, daß die hier wiedergegebenen Darlegungen nicht nur übertrieben sondern eine förmliche Umdrehung der tatsächlichen Verhältnisse sind. Freilich neigt man, wie mir nicht unbekannt ist, auch in deutschen Parteikreisen dazu die Verhältnisse im Vergleich mit dem Ausland schwärzer zu malen als sie wirklich sind, und so konnten sich in den letzten Jahren die unglaublichsten Schauernachrichten aus Deutschland in der englischen Freihandelspresse auf Zitate über Pferdefleisch und Schwarzbrot aus deutschen Parteiblättern stützen, was indes dem Eingeweihten die Sache nicht glaubwürdiger machte. Wenn nun auch nicht verkannt werden soll, daß die Schwarzmalerei insofern sittlichen Motiven entspringt als man sie nur aus dem Grund übt, weil man fürchtet, daß sonst der Kampf um höhere Lebensbedingungen gehemmt wird, so wäre es doch wirklich an der Zeit diese Neigung mehr zu unterdrücken. In England ist man nie so ängstlich gewesen: Die englischen Arbeiterführer haben stets zugegeben, daß die Lebenslage der Arbeiter sich gehoben hat. Das hat sie aber auch nie davon abgehalten stets immer mehr zu fordern. Und warum sollten sie auch nicht? Liegt es doch im Prinzip des Sozialismus begründet der Arbeiterschaft nicht nur das Recht sondern auch die Pflicht zuzugestehen einen immer höhern Anteil am Nationalreichtum zu verlangen. Aber noch ein anderer Punkt muß ins Auge gefaßt werden. Ist die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse wirklich so viel niedriger als die der englischen, so haben die deutschen Arbeiter keinen Anlaß auf ihre wirtschaftlichen und politischen Organisationen zu pochen. Man kann nicht in einem Atemzug auf die hochentwickelte deutsche Gewerkschaftsbewegung und andererseits auf die im Vergleich zu anderen Ländern niedrige Lebenshaltung der deutschen Arbeiter hinweisen. Solche Taktik könnte der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands einmal gefährlich werden.

Um jedoch auf die obigen Darlegungen zurückzukommen, möchte ich zunächst einmal einem andern Beobachter der deutschen Verhältnisse, und zwar einem Arbeiter das Wort geben, der mit einer *Tariffripper*sdeputation Deutschland hereiste.²⁾ Da heißt es über den Genuß von Pferdefleisch unter andern:

»Ich war nicht in der Lage auch nur den geringsten Beweis für die Behauptung zu erbringen, daß der Genuß von Pferdefleisch unter der deutschen Arbeiterklasse allgemein verbreitet ist. Tatsache ist; Pferdefleisch wird viel konsumiert. Aber es ist bemerkenswert, daß der Konsum sich nicht auf die ärmeren Klassen beschränkt.«

Und zu dem Punkt *Schwarzbrot* heißt es:

»Keine Lüge ist von den Freihändlern erfolgreicher angewandt worden als die von den halbverhungerten Deutschen, die gezwungen sind Leib und Seele durch den Genuß von hartem, keinerlei Nährwert enthaltenden Schwarzbrot zusammenzuhalten. Die Behauptung, daß Schwarzbrot in Deutschland von dem am Hungertuch nagenden Arbeiter gegessen wird, weil er sich kein besseres leisten kann, wird auch heute noch von schamlosen Freihändlern aufgestellt. Uns sind Fälle zu Ohren gekommen, die diese unsinnigen Behauptungen aufs schlagendste widerlegen. In einer der ärmsten Gegenden von Chemnitz besuchten wir eine Arbeiterfamilie, die eine kleine Wohnung innehatte. Wir trafen die Frau an, die uns mitteilte, daß sie sehr arm seien, und zur selben Zeit zeigte sie uns ihr Mittagmahl, das aus Weißbrötchen bestand, von denen man für 10 Pfennig 4 Stück erhält. In Arbeiterfamilien, die in bedeutend besseren Verhältnissen lebten, fanden wir, daß die Leute Schwarzbrot oder graues Roggenbrot aßen. Dies ist in jeder Beziehung mindestens ebenso gut wie Weißbrot, und der deutsche Arbeiter ißt es, weil er es dem Weißbrot vorzieht.«

²⁾ (Erschienen unter dem Titel *The German Worker* / London 1910/).

Und was den Kaffee anlangt, so heißt es da:

»Wenn man das schmutzige Gemisch betrachtet, das dem englischen Arbeiter als Kaffee verkauft wird, und das zum größten Teil aus gemahlener Zichorie besteht, und wenn man sieht, wie dem englischen Volk aufgebunden wird, der deutsche Arbeiter sei in dieser Beziehung noch schlechter dran, so muß man über die Unverfrorenheit dieser Behauptungen geradezu staunen. Es ist auch so dargestellt worden, als ob der Malzkaffee dem Publikum als eigentlicher Kaffee verkauft wird, und daß diese Art von Kaffee nur unter der ärmsten Bevölkerung zu finden ist. Das Gegenteil ist wahr. In Deutschland wird der Malzkaffee, der vorschriftsmäßig als solcher bezeichnet ist, neben dem wirklichen Kaffee verkauft; der englische Arbeiter aber wird beschwindelt, indem man ihm allerhand Gemisch von Zichorie und anderm Dreck als Kaffee verkauft.«

Ich will an die hier wiedergegebenen Beobachtungen, soweit sie Deutschland betreffen, keine weiteren Betrachtungen knüpfen sondern dies einfach dem Leser überlassen. Jeder soll für sich selber urteilen, ob diese Beobachtungen eines englischen konservativen Arbeiters übertrieben sind. Ganz entschieden unterschreiben möchte ich aber die Bemerkungen über den englischen Kaffee. Es ist unbeschreiblich, was für ein Gemisch dem englischen Volk als Kaffee angepriesen wird. Den Genossen MacDonald aber möchte ich ganz besonders auf die Schrift *Brassworkers of Berlin and of Birmingham* verweisen; dort kann er auf Seite 24 lesen:

»Kaffee wird in Deutschland allgemein dem Tee vorgezogen, dieser ist stärker und frischer als in England.«

Ferner wird dort ein Vergleich zwischen den Engrospreisen gezogen, die von dem Krankenhaus in Moabit und dem Hauptkrankenhaus in Birmingham gezahlt werden. Es heißt da über diesen Punkt:

»Die Fleischpreise pro Pfund sind in Berlin höher als in Birmingham, aber das Fleisch, das in Birmingham benutzt wird, ist meistens gefrorenes Fleisch aus Neuseeland, während das Berliner Krankenhaus bestes inländisches Fleisch verwendet.«

Über die Schwarzbrofrage noch einige Worte. Es ist geradezu unbegreiflich, wie MacDonald ein so begeisterter Anhänger des »schön aussehenden« englischen Weißbrots sein kann; hat doch die Wissenschaft seit Jahren festgestellt, daß das Weißbrot die Hauptursache der schlechten Zähne ist, die bei Hunderten und Tausenden von Schulkindern anzutreffen sind und direkt schon als eine Gefahr für die Nation bezeichnet werden. Schon ist eine Bewegung gegen das Weißbrot entstanden, und man hat eine Sorte Brot eingeführt, die schmutzig weiß aussieht, und hat dem »schön aussehenden« Weißbrot das Ende prophezeit.

Die Behauptungen MacDonalds über die Wohnungsverhältnisse sind zum mindesten stark übertrieben. Sein Urteil geht dahin, daß die Wohnungen im Vergleich zu den englischen schmutzig, schlecht ventiliert und eng seien. In der bereits angeführten kleinen Broschüre *The German Worker* heißt es hierüber:

»Die deutschen Stadtgemeinden besitzen weitgehende Machtbefugnisse zur Kontrolle der Bautätigkeit in ihren Städten, was sie instand setzt bei öffentlichen Gebäuden und in den vornehmen Vierteln einen Schönheitssinn zu entfalten, wie man ihn in keiner englischen Stadt antrifft. In den ärmeren Vierteln wird dadurch das Überhandnehmen jener sanitätswidrigen und elend überfüllten Wohnungen verhindert, die ein so übler Bestandteil unserer Großstädte sind. Man kann durch die ärmsten Stadtteile von Berlin, Essen, Düsseldorf usw. gehen, man wird nichts finden, was auch nur halbwegs einen Vergleich mit dem Elend im Osten Londons, mit dem Schottlandviertel in Liverpool oder den Arbeitervierteln von Sheffield, Leeds oder Glasgow aushält. . . Es stand uns frei die Arbeiterwohnungen zu besuchen, und

ohne Ausnahme mußten wir die Feststellung machen, daß sie äußerst reinlich und bequem waren und zum mindesten ebenso gut wie die Wohnungen der englischen Arbeiterklasse. Die Kinder waren anständig gekleidet und ihre Haare ordentlich gepflegt. [Alles Punkte, die in England viel zu wünschen übrig lassen, und die den nach London kommenden Ausländer geradezu überraschen.]«

Es wird mir wohl niemand die törichte Absicht unterstellen wollen, daß ich Deutschland als das Land schildern lasse, wo Milch und Honig in Strömen fließt, nur zu dem Zweck das englische Volk für den Schutzzoll zu gewinnen. Wogegen ich mich aber mit aller Kraft wende, ist die geradezu lächerliche Behauptung, daß die soziale Lage des englischen Arbeiters himmelhoch über der des deutschen stehe. Auch in der schon erwähnten Arbeit *Brassworkers of Berlin and of Birmingham* finden wir folgende Äußerung zur Frage des Arbeiterwohnungswesens:

»Die erste Wohnung, die wir besuchten, war die des Herrn A. aus der . . . straße. Der Verdienst dieses Mannes betrug etwa 35 bis 38 Mark pro Woche. Die Miete für die Wohnung belief sich auf wöchentlich 7 Mark, und diese liegt im 4. Stock nach der Straße zu. Die Straße selbst war so breit, und die Häuser so hoch und nett gebaut, daß wir gar nicht auf den Gedanken kamen in einem Arbeiterviertel zu sein. Das Etagensystem ist allgemein vorherrschend. Die Treppe, die von der Straße hinaufführt, und absolut sauber und hübsch mit Matten belegt ist, dient jedesmal für 2 Parteien. Ein sehr reinlicher und gut eingerichteter Abort ist gleichfalls für 2 Familien berechnet. Wir klingelten und wurden von Frau A. auf das freundlichste empfangen — obwohl ihr von unserm beabsichtigten Besuch nichts bekannt war — und in das Wohn- und Schlafzimmer geführt. Dies eine war ein großes Zimmer mit 2 Doppelfenstern. Das Schlafzimmer war gut möbliert. 2 einschläfrige Betten standen an einer Wand, und ein Kinderbett stand in der Mitte. Ganz kleine Kinder schlafen nicht mit der Mutter zusammen sondern in einem Kinderwagen, damit verhütet wird, daß sie nachts totgedrückt werden, wie das so oft in England der Fall ist. [Man nennt es *overlying*, und dies war früher eine tägliche Erscheinung, ist jedoch seit 2 Jahren strafbar.] Doppelbetten sind in Deutschland unbekannt [?]; jede Person schläft in einem separaten Bett. Wir waren erstaunt über den guten Eindruck, den die Wohnung und das Meublement machten und konnten kaum glauben, daß dies die Behausung eines Arbeiters sein sollte. Die Leute waren einige Jahre verheiratet und hatten 2 Kinder. Die Möbel waren sehr gut erhalten und sahen wie neu aus.«

Ich will hier nicht untersuchen, inwieweit ein einzelner Fall wie der angeführte als Maßstab für die allgemeine soziale Lage der deutschen Arbeiterklasse gelten kann. Auf Einzelheiten kommt es hier nicht an. Wichtig ist bei solchen Untersuchungen vor allem der allgemeine Eindruck, den der Fremde gewinnt. Und von diesem Standpunkt betrachtet ist das oben Gesagte nicht übertrieben. Im Gegenteil, immer wieder sind englische Sozialreformer und Arbeiterführer zu gleichlautenden Urteilen gekommen. Wohl ist es mir innerlich, daß das betreffende Buch in der deutschen Partei abfällig beurteilt worden ist, weil es die Lage der deutschen Arbeiter in zu rosigem Licht erscheinen ließe. Ich bin wirklich der letzte zu behaupten, daß die deutschen Arbeiter in einem Eden leben. Zieht man aber heute einen Vergleich zwischen der sozialen Lage der deutschen und der englischen Arbeiterklasse, so sind die Unterschiede sicherlich nicht so wie sie in der englischen Freihandelspresse der letzten Jahre geschildert werden. Es liegt im Interesse der deutschen Arbeiter und vor allen Dingen in dem der in England lebenden, daß das mit größtem Nachdruck ausgesprochen wird. Der Engländer ist ohnehin geneigt Ausländer geringzuschätzen, und solche unzutreffenden Äußerungen sind nur zu leicht geeignet Mißverständnisse zu erzeugen. Aus diesen Gründen muß es in der Tat auch noch besonders wundernehmen, daß Genosse MacDonald über

die soziale Lage der deutschen Arbeiter in so wenig begründeter Weise informiert worden ist. Der offizielle Bericht ist nicht so einseitig ausgefallen, und man erkennt in ihm den Versuch der Verfasser zu einem wirklichen Vergleich zwischen beiden Ländern zu kommen. Trotzdem bleibt auch diese Arbeit höchst einseitig, was schon der Hinweis auf das leidige Schwarzbrot und das Pferdefleisch klarmacht.

Will man die soziale Lage der englischen Arbeiterklasse richtig beurteilen, so ist es unumgänglich notwendig die Frage der ungelerten Arbeit (*unskilled labour*) ins Auge zu fassen. Hierüber macht der Bericht der Arbeiterpartei einige sehr charakteristische Bemerkungen. Es wird dort über die Lage der deutschen und der englischen Arbeiterschaft folgendes gesagt:

»Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Löhne der ungelerten Arbeiter in den Städten, die wir besuchten, mehr den Löhnen der gelernten Arbeiter gleichkommen als das in England der Fall ist. In bestimmten Gewerben, wo man in den Werkstätten eine perfekte Organisation antrifft und die besten arbeitssparenden Maschinen sind, erhalten die ungelerten Arbeiter nahezu den selben Lohn wie die gelernten. . . Eine andere Erscheinung, die Deutschland eigen ist, ist die, daß die Löhne der ungelerten Arbeiter im Vergleich zu den gelernten höher sind als das in England der Fall ist. Der Grund für diese ins Auge springende Verschiedenartigkeit mag in der Tatsache liegen, daß man in Deutschland für die Ärmsten der Armen mehr im Gemeinwesen tut. Es mag auch sein, daß in Deutschland das Solidaritätsgefühl weit besser entwickelt ist, oder aber, daß die ungelerten Arbeiter dort mehr mit der Landwirtschaft verbunden sind. Es ist aber auch möglich, daß dieser Unterschied darin liegt, daß der ungelerte Arbeiter sehr häufig mit dem gelernten zusammen in einer Gewerkschaft vereinigt ist. Was immer auch die Ursache, es muß die Tatsache konstatiert werden, daß der Unterschied im Lohn zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern in Deutschland geringer ist als in Großbritannien.« Ich habe schon vor Jahren in der deutschen Parteipresse auf diese Unterschiede hingewiesen. In *Brassworkers of Berlin and of Birmingham* finden wir zu diesem Punkt folgende Bemerkungen über Deutschland:

»Die Frage der Arbeitslosigkeit wird dadurch gelöst, daß man die ungelerten Arbeiter für eine höhere Stufe im Produktionsprozeß erzieht und sie mehr zur Verrichtung von qualifizierter Arbeit befähigt. Die gelernten Arbeiter, die auf einer höhern Stufe stehen, sind wiederum noch höher hinaufgekommen, um für jene Platz zu machen, die unten gestanden haben.« Solche Hebung würde in England häufig nur durch eine Verletzung der Statuten der einen oder andern Gewerkschaft möglich sein. Überhaupt hat man dort in sozialistischen Kreisen von einer solchen Hebung der Lebenslage bis heute nichts wissen wollen. Wie oft habe ich die Befürchtung aussprechen hören, daß durch die Versuche die Lage der ungelerten Arbeiter in der oben angedeuteten Weise zu verbessern der Arbeitsmarkt der höhern Schicht nur noch mehr überfüllt, und damit eine Verschlechterung der Lebensstellung der gelernten Arbeiter herbeigeführt werden würde. Glücklicherweise hat man seit der Veröffentlichung des Berichts der königlichen Kommission zur Untersuchung der englischen Armengesetzgebung diesen Standpunkt aufgeben müssen. Ein Teil der von der Kommission gemachten Vorschläge ist in der Tat auf dem deutschen System aufgebaut, geht nur etwas weiter als das bis heute in Deutschland der Fall ist. Was die sozialen Verhältnisse besonders der schlechter gestellten Arbeiterkategorien in England so unerträglich macht, ist der Umstand, daß es bis jetzt noch keine staatliche Arbeiterversicherung gibt. Diese Tatsache verleitete sogar einen Teilnehmer an der von der Tariffreunliga durch Deutschland geführten Deputation dazu folgende Ansicht zu äußern:

»Gäbe es in England ähnliche Institutionen wie staatliche Krankenkassen und Krankenhäuser, staatliche Forstwirtschaft, staatliche Eisenbahnen, so würde man dem Freihandelsland England die selben Lobspprüche darbringen wie dem Schutzzollstaat Deutschland.«

Was England nützt, sind also gerade derartige Einrichtungen. Das Fehlen kommunaler oder staatlicher Krankenhäuser bringt Hunderttausende von Familien ins Elend. So sagt MacDonalld:

»Wir wissen, daß Krankheit in England eins der stärksten Mittel zur Heraufbeschwörung von Armut ist. In Deutschland ist, wie alle Welt weiß, für den Arbeiter der Schrecken Krankheit auf ökonomischem Gebiet gemildert: 17 bis 18 Millionen Menschen sind zurzeit gegen deren Gefahren versichert, und man hat herausgefunden, daß Verhütung besser als Heilung ist. Die Invalidenfonds tragen auch die Kosten für die in angenehmen und gesunden Umgebungen angelegten Sanatorien wie für das prachtvolle Tuberkulosenheim in der Nähe von Berlin. Seit 1891 wurden nicht weniger als 1320 000 000 Mark an Invaliden- und Altersversicherungsrenten ausgezahlt. Der Einfluß, den alles dies erzeugt, ist unberechenbar. Die Arbeiter sind dadurch veranlaßt worden sich den wirtschaftlichen Verbänden anzuschließen, und die Gewerkschaftsführer sind der Ansicht, daß gerade durch diese Institutionen die Gewerkschaftsbewegung in den letzten 12 Jahren ganz erheblich gestärkt worden ist. Diese Einrichtungen haben Tausende von Familien vor dem Untergang bewahrt. Das setzt voraus, daß Tausende der Arbeit bis zur völligen Genesung fernbleiben konnten und nicht Gefahr liefen ihre Gesundheit auf immer zu untergraben.«

Auch beschreibt und lobt MacDonalld die Experimente, die in Köln, Leipzig, Mainz, Düsseldorf zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit gemacht wurden; »während der wirtschaftlichen Depression von 1908 gab es fast keine einzige Industriestadt, wo nichts getan wurde«. Die englischen Einrichtungen auf diesem Gebiet stehen dagegen heute noch auf primitivster Stufe. Man sucht vergebens nach kommunalen Einrichtungen zur Linderung der Arbeitslosigkeit. Alles, was in dieser Hinsicht besteht, basiert auf dem System der privaten Wohltätigkeit, wo, nebenbei gesagt, die Korruption ihre tollsten Orgien feiert. Man hat mit den staatlichen Arbeitsnachweishureaus erst den ersten Schritt zu einer großzügigen Sozialreform getan; mit einer staatlichen Kranken- und Invalidenversicherung soll demnächst begonnen werden.

Um jedoch auf das Problem der ungelerten Arbeit zurückzukommen, so ist das Verhältnis der ungelerten zur gelernten Arbeit heutzutage in England 3 zu 1. In 90 von 100 Fällen sind die ungelerten Arbeiter die Sklaven der gelernten, und der Lohn dieser Unglücklichen beläuft sich auf 15 bis 20 Schilling pro Woche. Die Zeiten sind längst dahin, wo die englischen Arbeiter die Lohnhöhe für die europäische Arbeiterklasse bestimmten. Während die Lebensverhältnisse der deutschen Arbeiter sich infolge des gewerkschaftlichen Kampfs ganz bedeutend gebessert haben, hat man in England nicht nur einen absoluten Stillstand auf diesem Gebiet zu verzeichnen, sondern in einer Reihe von Gewerben sogar ein Sinken der Lebenshaltung. Es soll zwar nicht bestritten werden, daß die Löhne mancher qualifizierter Arbeiterkategorien in England höher als in Deutschland sind. Zieht man aber in Betracht, daß die Löhne der ungelerten Arbeiter in gar keinem Verhältnis zu denen der gelernten stehen, so erhält man ein ganz anderes Bild. Die Sachlage ist folgende: Sind in England die Löhne der gelernten Arbeiter besser, so trifft dies in Deutschland für die der ungelerten und der Hilfsarbeiter zu, wodurch in den sozialen Verhältnissen beider Länder sehr häufig ein Ausgleich herbeigeführt wird. Sidney Webb berechnete 1907, daß in England wenigstens 8 Millionen Männer wöchentlich 20 Mark und weniger verdienten. In der Textilindustrie

verdienten im Jahr 1906, einem Prosperitätsjahr, 18,4 % der erwachsenen Arbeiter weniger als 20 Mark pro Woche, 45,6 % weniger als 25 Mark. Dabei darf nicht vergessen werden, daß in dieser Industrie in den letzten Jahren bedeutende Produktionseinschränkungen stattgefunden haben, und zwar in einem Grad, wie das in Deutschland unbekannt ist.

Was nun die Arbeitszeit anlangt, so kann nicht geleugnet werden, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo die deutschen Arbeiter einen kürzern Arbeitstag haben werden als die englischen. Überhaupt ist in vielen Fällen die längere Arbeitsdauer der deutschen Arbeiter nur aus dem Umstand zu erklären, daß sie noch nicht den freien Sonnabend Nachmittag haben.

Im großen und ganzen liefern die Untersuchungen der Arbeiterpartei wenig oder gar keine Vergleiche zwischen den Arbeitsverhältnissen in Deutschland und in England, und dies wird, wenn auch in etwas versteckter Form, anerkannt. So heißt es in *Life and Labour* über die Verhältnisse im Maschinenfach:

»Die Darstellungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maschinenbauer in den Orten, die wir besuchten, würden viel zufriedenstellender und zu Vergleichen verwendbarer sein, wenn wir auch gleichzeitig die Verhältnisse in ähnlichen Orten von Großbritannien geschildert hätten.«

Aber man hat Zeit gefunden über die Verschiedenheit von Sitz und Qualität der Kleidungsstücke, die in beiden Ländern von den Arbeitern getragen werden, Vergleiche anzustellen, und wir hören darüber folgendes:

»Als die Textilarbeiter den Heimweg aus den Fabriken antraten, gewannen wir den Eindruck, daß sie reinlicher gekleidet waren als ihre englischen Kollegen. Aber der englische Arbeiter besitzt ohne Zweifel bessere Kleidungsstücke, was den Stoff wie auch Sitz und Schnitt betrifft.

MacDonald läßt sich über diesen Punkt folgendermaßen aus:

»Aus einiger Entfernung gewinnt man den Eindruck, daß jeder [der deutschen Arbeiter] nett gekleidet ist. Sieht man aber genauer zu, so findet man, daß die Kleider minderwertiger sind als die der englischen Arbeiter. Was aber den Sitz anlangt, so könnte man von den letzteren glauben, es nähme jeder seinen Rock von einem Haufen und ziehe ihn an, ohne sich um den Sitz zu kümmern. [Dies stimmt zwar nicht mit dem obigen Urteil überein; das jedoch nur nebenbei]. Es liegt mir [Mac Donald] noch jene halbe Stunde im Gedächtnis, die in meiner Heimat dem Beginn des Glockenläutens zur Kirche vorausging. Jeder wurde sorgfältig untersucht, und jedes Fleckchen beseitigt. Die Düsseldorfer erinnerten mich an vergangene Tage, wo die Leute hinter verschlossenen Türen aufgeputzt wurden, ehe sie ausgingen, um zu sehen und gesehen zu werden.«

Den springenden Punkt hat MacDonald hier zu berühren unterlassen: Die englischen Arbeiter wechseln ihre Arbeitskleider nicht, wenn sie die Arbeitsstätte verlassen, ganz gleichgültig, ob sie in gesundheitsschädlichen Berufen tätig sind oder nicht.

Der Bericht der Arbeiterpartei äußert sich über die gesellschaftlichen Verhältnisse beider Völker mit folgenden Worten:

»Oberflächlich geschaut machen die deutschen Städte stets einen sonntäglichen Eindruck. Brillant erleuchtete Restaurants mit Musikkapellen betreiben ein gutes Geschäft bis in die Morgenstunden hinein; und ähnliche Orte, die verborgener sind und der Befriedigung widriger Gewohnheiten dienen, sind bis nach Mitternacht geöffnet. Wir sind nun nicht in der Lage zu beurteilen, welchen Einfluß solche Zustände auf das Familienleben ausüben. Fest steht, daß sie einen hochentwickelten Gemeinsinn verraten.«

Diese Ansichten legen ganz deutlich Zeugnis von dem Geist des Puritanismus ab, der, wie man sieht, auch in den Kreisen der organisierten Arbeiter-

schaft herrscht. Zu einem ganz andern Urteil über diese Verhältnisse kamen die Verfasser von *Brassworkers of Berlin and of Birmingham*:

»Nachdem wir die Laubenkolonien hinter uns hatten [die eingehend gelobt werden], kamen wir an die Biergärten, die vornehmlich von der Arbeiterbevölkerung besucht werden. Die meisten dieser Etablissements sind Eigentum der Brauereigesellschaften. Einige dieser Biergärten haben bequemen Platz für 5000 Menschen. Am Ostersonntag hatten wir Gelegenheit das arbeitende Volk Berlins in seiner Feiertagsstimmung zu sehen. In der ersten Hälfte unseres Besuchs, ungefähr von 4 bis 6 Uhr nachmittags, beobachteten wir, daß kaum ein Glas Bier verkauft wurde; angesichts der weißgedeckten Tische und der sich an Kaffee und Milch gütlich tuenden Menge fühlten wir uns zu dem Glauben verleitet, wir befänden uns in einem großen Teekränzchen. Meistens bringen die Leute ihr eigenes Essen mit, ihren gemahlten Kaffee und Zucker. Der Restaurateur liefert Geschirr, kochendes Wasser und Milch zu geringen Preisen, und Mann, Frau und Kinder amüsieren sich und genießen eine gute Mahlzeit unter freiem Himmel. So zeigt sich das Familienleben in Berlin, und selten trifft man einen verheirateten Mann ohne Frau und Kinder in diesen Biergärten.«

Demgegenüber betrachte man einmal einen Menschenhaufen an einem öffentlichen Platz Londons am Ostermontag: Rohheit, Ausgelassenheit und Trunkenheit sind die Begleiterscheinungen.

Man kann das nun als weniger wesentlich betrachten. So viel geht aber wohl auf jeden Fall aus den obigen Betrachtungen hervor, daß es weder der Wahrheit entspricht noch dem Interesse der Arbeiterklasse dient die soziale Lage des englischen Arbeiters auf Kosten des deutschen herauszustreichen. Der Unterschied in der Lebenshaltung der Arbeiter beider Nationen ist keinesfalls so wie er sich in englischen (und vielfach auch in deutschen) Köpfen malt. Das freihändlerische England hat auch nicht die mindeste Ursache in diesem Punkt auf das zollgeschützte Deutschland herabzusehen. Die englische Arbeiterklasse wird vielmehr gut daran tun durch Abstreifung alter Vorurteile die Bahn für eine weitsichtige Arbeiterpolitik frei zu machen.

XX
**PAUL KAMPPMEYER · DER SCHAFFENDE
 MENSCH UND DIE GESCHAFFENEN · PRODUK-
 TIVKRÄFTE**



EGEBEN sind in der beginnenden menschlichen Gesellschaft bestimmte menschliche Bedürfnisse und eine bestimmte natürliche Umgebungswelt. Geht man nun selbst von einer halbtierischen Entwicklungsstufe des Menschen aus, so springt die Vielgestaltigkeit der menschlichen Bedürfniswelt direkt ins Auge: Nahrungs-, Geschlechts-, Schmuck-, Spiel-, Eitelkeitsbedürfnisse usw. Wir treffen viele dieser Bedürfnisse schon auf höchster Stufe der Tierheit an. Sie sind schon vor der planmäßigen Produktion bei ganz tierischer Nahrungssuche vorhanden, und sie lassen sich daher nicht schlechtweg aus der Art der Produktion, der *Produktionsweise* ableiten. Die Produktion, das planmäßige Wirtschaften, hat sie eben nicht geschaffen; im Gegenteil, sie erzeugten erst die Produktion. Die Produktion war in diesem Fall ein sekundäres Prinzip.

Alle diese eigentlich selbstverständlichen Momente mußten hier stark unterstrichen werden, weil einseitige *Marxisten* die Schöpfungen alteingewurzelter menschlicher ästhetischer und ethischer Bedürfnisse erst aus dem Wirtschaft-

ten entspringen lassen. Und diese irrige Anschauung ist wohl mit dem Satz begründet worden: Der Mensch mußte erst essen und trinken, bevor er Kunst, Wissenschaft usw. treiben konnte. Gewiß, Essen und Trinken erhält das Dasein, und nur der existierende Mensch kann künstlerisch schaffen, aber Essen und Trinken schließt durchaus nicht planmäßiges Wirtschaften ein. Von dem Maß des Essens und Trinkens hängt ferner nicht die Kunstbetätigung schlechtweg ab. Nicht erst der gesättigte Mensch bildet künstlerisch. Selbst unter dem Druck härtester Nahrungssorgen warfen primitive Menschen bedeutende, in ihrer Art vollendete Tiergemälde auf Höhlenwände. Der Mensch aß und trank nicht erst die Kunst in sich hinein, nein, sie lag als Anlage vor aller planmäßigen Produktion in ihm.

Nach der Psychologie einiger *Marxisten* scheint der Mensch völlig hohl gewesen zu sein. Unendlich leer wie die Welt vor dem ersten Schöpfungstag. Nur äußerliche materielle Faktoren, *Produktivkräfte*, schufen ihm erst einen geistigen Inhalt, einen Inhalt, der ihm nicht aus der nach außen gerichteten, weltbezwingenden Tätigkeit seiner eigenartigen Willens- und Erkenntnisorganisation erwuchs. In der Tat stoßen wir in der marxistischen Literatur vielfach auf die Wendung: Die Produktivkräfte bestimmen die Produktionsverhältnisse, diese aber bestimmen das ganze geistige Sein. Die Produktivkräfte spuken gleichsam als selbständige Wesen herum. Wenn wir nun hinter den Spuk dieser Produktivkräfte kommen wollen, so dient uns als trefflicher Führer der an geistvollen Anregungen und historischen Bemerkungen so reiche Abschnitt *Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis* im Marxschen *Kapital*. Marx charakterisiert hier den Arbeitsprozeß, dem die Waren ihre Existenz verdanken. Die Menschen produzieren Gebrauchsgegenstände innerhalb bestimmter Zeitspannen und verleiben ihnen gewisse Arbeitsmengen ein. Diese durch gesellschaftliche Arbeit erzeugten Gebrauchsgegenstände, die nicht die Bedürfnisse der Produzenten sondern die ihrer Nebenmenschen, der *Gesellschaft*, sättigen, erhalten auf dem Arbeitsmarkt einen bestimmten Wert. Sie tauschen sich gegen einander direkt aus, Warenmengen gegen Warenmengen, oder Warenmengen gegen Geldmengen. Der Wert dieser Waren scheint nun an den Gegenständen selbst zu kleben. Die Menschen erheben den Wert zu einer Natureigenschaft des Gegenstands und vergessen, daß die Waren ihren Wert einem gesellschaftlichen Produktions- und Austauschprozeß verdanken. Räumlich getrennt von einander produzieren die Menschen die Gebrauchsgegenstände. Der gesellschaftliche Charakter ihrer Arbeiten tritt erst im Austauschprozeß hervor. Hier erweisen sich alle diese Arbeiten als Glieder der gesellschaftlichen Gesamtarbeit. In den bestimmten Mengenverhältnissen der ausgetauschten Waren stellen sich die gesellschaftlichen Verhältnisse der Produzenten dar. Das Geheimnisvolle der Warenform besteht nun nach Marx darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaft dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten als ein außer ihnen existierendes Verhältnis von Gegenständen. Ein bestimmtes Verhältnis der Menschen selbst nimmt die »phantasmagorische Form von Dingen« an. Wie in der religiösen Welt die Produkte des menschlichen Kopfes zu mächtigen, mit eigenem Leben begabten Gestalten, zu spukhaften Götzen werden, so werden in der Warenwelt die Produkte der menschlichen Hand zu selbständigen Wesen.

Die populäre marxistische Literatur scheint nun ebenfalls zu vergessen, daß die Produktivkräfte nur ganz bestimmte menschlich-gesellschaftliche Verhältnisse zum Ausdruck bringen. Produktivkräfte sind menschlichen Zwecken dienende, schaffende Kräfte. In der besondern Form ihres Wirkens verdanken sie gerade wie die Ware, die der Mensch nur durch Veränderung der Stoffe vermittelt gesellschaftlicher Arbeit gewinnt, ihr Dasein dem gesellschaftlichen Menschen. Das, was der gesellschaftlich schaffende Mensch den Produktivkräften verleiht: die dienende, zweckvolle Tätigkeit der Kräfte für den Menschen, wird gleichsam zu einer Eigenschaft von Naturkräften gestempelt. Die Produktivkräfte werden radikal entmenschlicht und brutal versachlicht. Es sind nun reine *Sachen*, materielle Dinge, aber Dinge mit spukhaften, dämonischen Kräften, sie werden gleichsam zur selbstschaffenden Materie, und der kraftbegabte Stoff baut nun eine ganze Welt auf.

Stehen die *materiellen Produktivkräfte* erst einmal auf eigenen Füßen, so arbeiten sie bald wuchtig in die menschlich-geistige Welt hinein. Materielles erzeugt da Ethisches, raumfüllender, eigenartig gestalteter Stoff produziert im Innern des Menschen bestimmte raumlose ethische Ideen und Gefühle. Ein wunderbarer, in sich widerspruchsvoller Vorgang, der aber seine Existenz nur verschwommenen Vorstellungen von dem Wirtschaften als von einer rein materiellen Tätigkeit verdankt. Wirtschaften, planmäßiges Wirken der Produktivkräfte ist ebenso gut geistiges, vernünftiges Schaffen wie Malen, Reimen und Musizieren. Auch diese *rein geistigen* Vorgänge sind von außen betrachtet materielle Bewegungserscheinungen: Bewegungen des Lichts und der Luft. Die Verse fließen in den Federkiel und werden dann in schwarzen Grund- und Haarstrichen äußerlich auf weißen Papierstoff geworfen. Räumlich geschaut, ein sehr *materieller* Vorgang. Aber wenn die Verse auch nur dem Mund entströmen, so bleiben sie immer noch materielle Dinge; raumfüllende, bewegte Luftteilchen. Und ist das Produktionsmittel zunächst etwas anderes als ein raumfüllendes Ding? Ein Ding, das vom Schmied kommt, aber vielleicht mehr geistige Kraft in sich aufgespeichert hat als die luftigen Verse des Reimschmieds. In irgendeinem materiellen Produktionsmittel steckt vielleicht schöpferischer Ingenieurgeist und wohlüberlegte, sorgfältige, gewissenhafte Tätigkeit zahlreicher Arbeiter. Unendlich viel an Geist und moralischer Tüchtigkeit kann das kleinste *materielle* Produktionsmittel enthalten. Und das Geheimnis, weshalb materiell-ökonomische Verhältnisse auf geistig-sittliche Menschen wirken können, besteht eben darin, daß diese Verhältnisse geistigen und sittlichen Ursprungs sind.

Der Mensch braucht bei jeder Wirtschaftsarbeit geistige und sittliche Qualitäten auf. Von dem Augenblick seines bewußten Schaffens an wertet er seine eigene und die Handlungen seiner Mitmenschen als gut oder schlecht und ebenso seine Arbeiten. Im Interesse der Lebenserhaltung wird er schon zu dieser Wertung und zu dem Kampf gegen die schlechten, die lebensschädigenden Handlungen und Arbeiten gedrängt. Werten ist eine durch den menschlichen Lebenswillen selbst bedingte, daher lebensnotwendige Tätigkeit. Der Mensch wertet immer, wenn sich auch seine Werturteile ändern. Er redet stets von Tugenden und Lastern, auch wenn er seine ethischen Urteile über diese wechselt. Eine Ableitung der ethischen und intellektuellen Wandlungen aus den bloßen Veränderungen der *materiellen Produktivkräfte* ist ein Unding, weil in diesen *materiellen* Kräften durchweg zahlreiche intellektuelle und ethische

Momente stecken. An der sehr bekannten Stelle des *Kommunistischen Manifests*, an der Marx die von der Bourgeoisie geschaffenen Produktivkräfte hervorhebt, zählt er zu diesen Kräften auch die Unterjochung der Naturkräfte, die Maschinerie, die Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, die elektrischen Telegraphen, kurz, er bezieht die angewandten Wissenschaften in die Produktivkräfte ein. In der Tat, schaltet man die durch die technischen Wissenschaften erschlossenen Kräfte und Arbeitsmethoden aus den Produktivkräften aus, so wirft man damit die wirksamsten direkt in der menschlichen Wirtschaft zweckvoll arbeitenden Kräfte heraus. Man sieht wieder, daß man die Produktivkräfte durchaus nicht als nur materielle ansprechen kann. In den Produktivkräften geben sich eben zahllose geistige Energieen aus, wirkt sich ein großer Bruchteil des ganzen geistigen Seins aus.

Gegen die verbreitete, aber oft widerlegte Anschauung, daß der Marxismus den gesellschaftlichen Werdeprozeß mechanisiere, erhebt gerade Mehring in seiner *Lessinglegende* den entschiedensten Einspruch. Der historische Materialismus leugnet nach Mehring durchaus nicht alle ideellen Mächte, macht keineswegs die Menschheit zu einem widerstandslosen Spielball einer mechanischen Entwicklung. Mehring unterstreicht namentlich stark folgende Sätze Friedrich Engels': »Von allem, was in der Natur geschieht, geschieht nichts als gewollter, bewußter Zweck. Dagegen in der Geschichte der Gesellschaft sind die Handelnden lauter mit Bewußtsein begabte, mit Überlegung oder Bewußtsein handelnde, auf bestimmte Zwecke hinarbeitende Menschen; nichts geschieht ohne bewußte Absicht, ohne gewolltes Ziel Der Wille wird bestimmt durch Überlegung oder Leidenschaft. Aber die Hebel, die wieder die Leidenschaft oder die Überlegung bestimmen, sind sehr verschiedener Art. Teils ideelle Beweggründe, Ehrgeiz, Begeisterung für Wahrheit und Recht, persönlicher Haß oder auch rein individuelle Schrullen aller Art.«¹⁾

Das Gebiet der Geschichte, das Reich des wirtschaftenden, klassenbildenden Menschen ist das Gebiet zwecksetzender, moralisch oder unmoralisch, vernünftig oder unvernünftig handelnder Menschen. Hier bringen sie Produktivkräfte zur Entfaltung, hier sprengen sie veraltete Produktionsverhältnisse, Eigentumsformen. Hier mögen sich die menschlichen Willensbestrebungen wohl oft durchkreuzen und ein ungewolltes Geschichtsereignis zutage fördern, immer aber liegen bewußte Willenshandlungen diesem Ereignis zugrunde. Gerade Marx hat sich immer von einer fetischistischen Betrachtung der Produktivkräfte ferngehalten. Sein helles, durchdringendes Auge sah stets hinter den Wirtschaftsvorgängen, hinter der Entfaltung der Produktivkräfte bewußt handelnde Menschen, von besonders geartetem ethisch-sozialen Charakter. Der Zug gewissenloser, grausamer Ausbeutung, der sich im ganzen Wesen des modernen Kapitalismus ausprägt, tritt nicht ungewollt in die Erscheinung, er ist eigentlich nur eine Zusammenfassung der raffigen, brutalen Leidenschaften, die sich in den großen Kapitalistengruppen ungezügelt austoben. Versenken wir uns in die Marxsche Geschichte der sogenannten *ursprünglichen Akkumulation des Kapitals*, so sehen wir auf jeder Seite des *Kapitals* schmutzige menschliche Passionen am Werk der Begründung des Kapitalismus. Der Mordwirtschaft der Konquistadoren folgen die gewissenlosen, von bestimmten Kapitalistengruppen geschürten Handelskriege auf dem Fuß. Die Geschichte der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, die Geschichte der Enteignung der Produzenten von

¹⁾ Siehe Mehring *Die Lessinglegende* / Stuttgart 1893 f., pag. 450.

LUDWIG QUESSEL · DER RASSESELBSTMORD IN DEN VEREINIGTEN STAATEN



THEODORE Roosevelt hat das sensationelle Schlagwort *Rassenselbstmord* für eine Erscheinung geprägt, die in der Tat von den vielen Merkwürdigkeiten, die das soziale Leben der Neuen Welt aufweist, eine der erstaunlichsten ist. Wie alle großen Vorgänge im Völkerleben hat auch der Rassenselbstmord leise, fast unhörbar seinen Einzug in die Geschichte gehalten. Lange hat es gedauert, bis die Erkenntnis sich Bahn brach, daß man es hier mit einer neuen, im großen umgestaltenden Erscheinung zu tun hat, die in ihrem Schoß die Keime welthistorischer Umwandlungen trägt. Allerdings schenkt man auch heute noch dieser sozialen Erscheinung außerhalb der Vereinigten Staaten nur geringe Aufmerksamkeit. In unseren sozialpolitischen Handwörterbüchern wird der Wißbegierige vergebens Auskunft über diese Frage suchen, und selbst in umfangreichen Darstellungen der Bevölkerungslehre kann man darüber nur kurze Andeutungen finden. Und doch handelt es sich hier um ein Phänomen von so weittragender, so aufregender Natur, daß daneben viele andere Dinge, die geräuschvoll die öffentliche Meinung beschäftigen, in wesenslosen Schein versinken. Denn wäre es nicht ein Vorgang von gewaltiger Bedeutung, wenn das in Nordamerika eingewanderte Herrenvolk, das die eingeborene Rasse der Indianer vernichtete und das eroberte Land der Erschlagenen der europäischen Kultur erschloß, jetzt in den vom Osten und Süden Europas gewaltig daherrauschenden Völkerströmen versinken würde? Auch derjenige, der sich frei von allen Rassenvorurteilen weiß, wird den drohenden Untergang der angloamerikanischen Rasse nicht als belanglos für die Geschichte der neuen Welt ansehen können. Wer kann heute sagen, ob nicht das Vordringen von Polen, Tschechen, Russen, Slowaken, Slowenen, Finnen, Griechen, Italienern und Ungarn die angloamerikanische Kultur in ähnlicher Weise bedroht wie einst das Eindringen germanischer Völkerschaften in Italien die römische Kultur in ihren Grundlagen erschütterte? Auch wenn man zugibt, daß der Kulturzustand eines Volkes weit wichtiger ist als seine Rassenzugehörigkeit, und daß Nationen, die dem selben Kulturkreis angehören, sich auch bei tiefgehender Rassenverschiedenheit näher stehen als solche, die zwar die selben Rassenmerkmale aufweisen, aber eine ganz andere Kultur repräsentieren, wird man doch die historische Tragweite des angloamerikanischen Rassenselbstmords nicht gering einschätzen dürfen, weil sie aus der Vermischung slawischer magyarischer und romanischer Volksstämme hervorgehende neue Rasse, die den Platz der andern einzunehmen sich anschickt, auch in kultureller Hinsicht wesentliche Unterschiede aufweist.

Der Rassenselbstmord in den Vereinigten Staaten steht im engsten Konnex mit der Rassenfrage. In keinem Land der Welt spielt das Rassenproblem eine so ausschlaggebende Rolle wie in der Sternbannerrepublik. Alle Beobachter des amerikanischen Lebens stimmen darin überein, daß die sozialen Gegensätze vielfach verblassen gegenüber den Rassengegensätzen, die sich in der transatlantischen Demokratie jedem auf Schritt und Tritt aufdrängen. Wer die Schilderungen über das bunte italienische Viertel in New York gelesen hat, dessen Seitenstraßen ebenso an Neapel erinnern wie dessen Maffia an Sizi-

lien, wer die Beschreibung des New Yorker Ghettos kennt, in dem sich das ost-europäische Judentum in seiner grenzenlosen Armut zusammenstaut, wer das grauenhafte Gemälde, das alle Reisenden von der unheimlichen Chinesenstadt in San Francisco entworfen, hat auf sich wirken lassen, wird über die Rolle, die das Rassenproblem im amerikanischen Leben spielt, nicht im Zweifel sein. Es ist daher auch nur möglich die Bevölkerungerscheinung, die man als *Rassenselbstmord* zu bezeichnen pflegt, im Zusammenhang mit der Rassenfrage zu behandeln. Eine oberflächliche Betrachtung der Rassengegensätze der Neuen Welt kann allerdings leicht den Eindruck erwecken, als ob die Auffassung des historischen Materialismus, daß der Inhalt aller geschriebenen Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen ist, für Amerika keine Geltung habe, da hier die Rassengegensätze weit mehr als die Gegensätze der Klassen den Gang der historischen Entwicklung zu bestimmen scheinen. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich aber, daß auch der Kampf der weißen Rasse gegen die mongolische und afrikanische insoweit zweifellos einen Klassenkampf darstellt als der Träger dieses Kampfes eine soziale Klasse, nämlich das weiße Proletariat ist, deren Bewegung gegen die gelbe und schwarze Arbeiterschaft sich von den sozialen Kämpfen der europäischen Arbeiterschaft freilich wesentlich dadurch unterscheidet, daß bei ihr das sittliche Ideal der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen keine Rolle spielt. Als das amerikanische Kapital sich von Sonnenuntergang her, über den Stillen Ozean herüber, die gelben Lohndrucker kommen ließ, griff das weiße Proletariat sofort zur Selbsthilfe. Denis Kearney predigte offenen Aufruhr, und weiße Proletarier erschlugen die verhaßten Konkurrenten. Was die Arbeiter Kaliforniens begonnen hatten, setzten mit gesetzlichen Mitteln die Arbeiterorganisationen der übrigen Staaten fort. Ihre systematische Agitation zielte auf Austreibung aller Gelben und auf das Verbot ihrer Einwanderung ab. Im Jahr 1885 endete dieser Klassenkampf des weißen Proletariats gegen die mongolische Arbeiterschaft mit der Annahme des Antichinesengesetzes, das die Einführung mongolischer Arbeitskräfte verbot. Genau durchgeführt wird dieses Verbot freilich nur für die gelben Arbeiterinnen, weil das amerikanische Kapital die gelben Arbeiter für gewisse gesundheitsschädliche und schmutzige Arbeiten, zu denen sich weiße Arbeiter nur ungern hergeben, nicht entbehren kann. Für die Bevölkerungsbewegung der Union hat die strenge Durchführung des Verbots der Einfuhr gelber Frauen die in ethnischer Hinsicht hochbedeutsame Wirkung die Fortpflanzung der gelben Rasse auf amerikanischem Boden zu unterbinden. Um sich der *gelben Gefahr* zu erwehren, hat die transatlantische Demokratie also zu einem Mittel gegriffen, das auch der antiken Demokratie nicht unbekannt war. Diese schloß die rassenfremden Sklaven zumeist von der Fortpflanzung aus, indem sie die Geschlechter gewaltsam auseinanderriß. Wie nun der Selbstmord den Lebensprozeß des Individuums zum Abschluß bringt, so zerreißt Unfruchtbarkeit den Lebensfaden der Rasse. Es wäre daher nicht so unrichtig auch diesen Vorgang als *Rassenselbstmord* zu bezeichnen, wobei freilich nicht übersehen werden darf, daß der Selbstmord, den die in der Union ansässige gelbe Rasse begeht, kein freiwilliger ist sondern ihr gewaltsam von dem weißen Proletariat auferlegt wird. Oberflächliche Beobachter haben sich nicht wenig über die unbeschreibliche Lasterhaftigkeit der gelben Bevölkerung entrüstet, und noch heute spielen in der populären Agitation gegen die Gelben deren *widernatürliche* Laster eine große Rolle. Dabei wird natürlich ver-

schwiegen, daß diese Lasterhaftigkeit eine direkte Folge des Verbots der Einfuhr gelber Frauen ist. Wo die Mongolen ihren Sexualtrieb normal befriedigen können, erfährt unter ihnen sowohl die Päderastie wie auch der Opiumgenuß eine wesentliche Einschränkung. Daß die erzwungene Ehelosigkeit diese Laster in unheimlicher Weise steigert, ist ganz natürlich, und nur eine oberflächliche Betrachtung kann darin ein spezifisches Rassenmerkmal der Mongolen und ein Zeichen ihrer Minderwertigkeit sehen.

Wenn wir von der in erzwungen unnatürlichen Verhältnissen lebenden mongolischen Arbeiterschaft der Union absehen, finden wir auf der untersten Stufe der sozialen Leiter, losgelöst und abgesondert von allen übrigen Klassen, die Neger und Mulatten, das *farbige Volk*, dem der echte Amerikaner gern bei jeder passenden Gelegenheit seine tiefste Verachtung ins Gesicht speit. Die Tatsache, daß der verachtete *Nigger* nur in den untersten Berufen zu finden ist, hat europäische Reisende veranlaßt die Schwarzen als einen untergeordneten Typus hinzustellen. »Der *Nigger*«, schreibt von Polenz, »hat in der jahrzehntelangen Freiheit, die er nun genießt, dargetan, daß er bei vielen guten und sympathischen Eigenschaften ein untergeordneter Typus ist und bleibt.«¹⁾ Man braucht nun durchaus noch nicht in das entgegengesetzte Extrem zu verfallen und die intellektuelle und moralische Gleichheit der Neger und Mulatten mit der angloamerikanischen Rasse zu proklamieren, um sich beispielsweise doch sehr darüber zu wundern, daß die Neger überall da, wo eine konkurrierende weiße Arbeiterschaft vorhanden ist, in keinem gelernten Beruf vertreten sind. Schriftsteller, die auch die Untergründe des amerikanischen Lebens kennen, sind denn auch weit davon entfernt, den Umstand, daß die gelernten Berufe in der transatlantischen Republik fast ausschließlich von Weißen besetzt sind, auf den »untergeordneten Typus« der Negerbevölkerung zurückzuführen. In Wahrheit sind es die weißen Arbeiter, die dem Neger und Mulatten jeden sozialen Aufstieg gewaltsam versperrern, indem sie sich weigern mit Farbigen an der selben Maschine oder in der selben Werkstatt zu arbeiten. Dabei macht der weiße amerikanische Arbeiter keinen Unterschied in der Behandlung von Vollblutnegern und Mulatten irgend eines Grades. Wer auch nur einen Tropfen Negerblut in seinen Adern hat, ist ein *Nigger*. Mit sicherem Blick entdeckt er in der Form und Farbe des Haares, der Ohren, der Füße usw. die Negercharakteristik und behandelt den *gelben Nigger* mit der selben Verachtung wie den *schwarzen Nigger*. Diese Haltung der weißen Arbeiterschaft zwingt auch den tüchtigsten gelernten Neger ungelernete Arbeit zu verrichten. Nur zu der niedrigsten Handarbeit wird er zugelassen. Er kann Austräger werden, aber nicht Verkäufer in einem Laden, Portier und Treppenreiniger, aber nicht Schreiber oder Angestellter in einem Bureau, Gepäckträger, aber nicht Schaffner bei der Eisenbahn, Steinträger und Mörtelkutscher, aber nicht Maurer und Tischler beim Neubau. Genau so liegen die Dinge für die Negerrinnen, denen Posten als Verkäuferinnen oder Schreibmaschinenmädchen in den Betrieben Weißer absolut unzugänglich sind. Die von vielen Schilderern des amerikanischen Lebens vorgetragene Anschauung, daß die Neger nur als Kellner, Kutscher Lasträger, Hausknechte usw. zu gebrauchen seien, ist vollständig hinfällig. Nicht ihre intellektuelle und moralische Inferiorität, sondern die starke Faust des weißen Proletariats ist die Ursache, daß die Neger in ge-

¹⁾ Siehe von Polenz *Das Land der Zukunft*, Berlin 1903, pag. 148.

lernten oder sozial höherstehenden Berufen so spärlich vertreten sind. Der ununterbrochene, bald offene bald versteckte Klassenkampf, den das weiße Proletariat der Union gegen die farbige Arbeiterklasse führt, macht eben jeden sozialen Aufstieg der Neger unmöglich. Seine brutalsten Formen nimmt dieser Kampf in den Südstaaten der Union an, wo das farbige Element besonders stark vertreten ist. Dort hat die weiße Bevölkerung die Neger nicht bloß politisch rechtlos gemacht sondern sie auch in eine soziale Stellung gebracht, die tatsächlich ein striktes Kastenwesen darstellt, wie es ausgeprägter kaum in Indien gefunden werden könnte. Es ist den Negern verboten in dem selben Eisenbahnwagen und in den selben Abteilen der Straßenbahn zu fahren wie die Weißen. Kein Neger wird je mit dem Prädikat *Herr*, *Frau* oder *Fräulein* von einem Weißen angedredet. Nicht nur zu Theateraufführungen und Konzerten, auch zu gottesdienstlichen Veranstaltungen in den Kirchen, die von Weißen besucht werden, darf er nicht zugelassen werden. Auf Schritt und Tritt wird dem Neger klargemacht, daß er der minderwertigen, der gehorchenden Rasse angehört, daß er ein Paria ist, und die herrschende Rasse von ihm Gehorsam und Unterwürfigkeit verlangt.²⁾

Vor etwa 20 Jahren sprach Friedrich Ratzel die Befürchtung aus, daß die afrikanische Bevölkerung der Union vermöge größerer Fruchtbarkeit schneller anwachsen werde als die weiße, womit eine ernste Gefahr für die Vorherrschaft der angloamerikanischen Rasse entstehen könne. Damals schien solche Befürchtung nicht unbegründet. In dem halben Jahrhundert von 1830 bis 1880 hatte sich die weiße Bevölkerung der Union durch zwei Faktoren, Einwanderung und natürliche Fruchtbarkeit, von 10,5 auf 43,4 Millionen vermehrt, während die Neger sich allein durch natürliche Fruchtbarkeit im selben Zeitraum vervierfacht hatten. Kein Wunder, daß Ratzel befürchtete, das Verebben der weißen Einwandererflut werde ein »neues Afrika« auf amerikanischem Boden entstehen lassen. Die Entwicklung, die seitdem die afrikanische und weiße Bevölkerungszahl der Union genommen, hat Ratzels Befürchtungen nicht bestätigt. Der europäische Einwandererstrom ist nicht nur nicht verebht sondern hat an Ausdehnung noch gewonnen. Andererseits ist der rücksichtslose Kampf des weißen Proletariats gegen die Neger auch nicht ohne Einfluß auf deren Bevölkerungsbewegung geblieben. Zum Rassenselbstmord durch Verbot der Einwanderung schwarzer Frauen konnte die weiße Arbeiterschaft die Neger freilich nicht verurteilen, weil die Zahl der amerikanischen Negerinnen hinreichend groß ist, um jedem Neger die Eingehung einer Ehe zu ermöglichen, und die menschenfreundliche Hoffnung, die Lungenschwindsucht werde das *verdammte farbige Volk* ausrotten, ist auch nicht in Erfüllung gegangen; wohl aber hat der Umstand, daß die weißen Proletarier die Neger von jedem sozialen Aufstieg gewaltsam zurückhielten und sie in Lebenssphären bannten, die sich durch niedrige Entlohnung und unsanitäre Verhältnisse auszeichnen, wesentlich dazu beigetragen den Bevölkerungszuwachs der Farbigen zu vermindern. In welchem erschreckendem Maß die Sterbeziffer der farbigen Bevölkerung die der weißen übertrifft, zeigt die Bevölkerungsstatistik der 45 Städte der Union, die beim letzten Zensus 10 % und mehr Todesfälle (auf 1000 Einwohner) farbiger Bevölkerung aufwiesen.³⁾

²⁾ Siehe Fiedler *Die Negerfrage in den Vereinigten Staaten von Amerika in den Preußischen Jahrbüchern*, 1904, pag. 96 ff.

³⁾ Siehe *Statistical Abstract of the United States*, 1910, pag. 83.

Todesfälle (auf 1000 Einwohner)	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908
bei der weißen Bevölkerung	18,8	17,5	17,1	17,1	17,9	17,5	17,2	18,1	16,5
bei der farbigen Bevölkerung	32,5	29,3	28,8	27,8	29,2	28,3	28,1	29,0	26,2

Die Zahl der Todesfälle stellt sich also bei der farbigen Bevölkerung um 10 bis 11 ‰ höher als bei den Weißen. Dies ist natürlich nicht auf die stärkere Lebenskraft der weißen Rasse zurückzuführen sondern lediglich dem Umstand zuzuschreiben, daß die armen schwarzen Teufel die schwerste und niedrigst entlohnte Arbeit verrichten müssen. Die dadurch bedingte schlechte Lebenshaltung steigert die Sterblichkeit und namentlich die Kindersterblichkeit der schwarzen Bevölkerung. Während die gelehrten weißen Arbeiter zumeist in gesunden, villenartigen Einfamilienhäusern wohnen, drängen sich die schwarzen Proletarier in den grauenhaften Slums zusammen, die wahre Brutstätten der Infektionskrankheiten und des Lasters bilden. Die große Sterblichkeit innerhalb der Negerbevölkerung einerseits und das Wachstum der europäischen Einwanderung andererseits haben bewirkt, daß der Anteil der Neger an der Gesamtbevölkerung zurückgegangen ist. Von 1880 bis 1900 gestaltete sich die Zunahme der Weißen und Neger wie folgt:

Jahr	Weiße		Neger	
	absolut	in ‰ der Gesamtbevölkerung	absolut	in ‰ der Gesamtbevölkerung
1880	43 402 970	86,5	6 580 793	13,1
1890	55 166 184	87,4	7 488 788	11,8
1900	66 990 788	87,7	8 840 789	11,5

Der relative Rückgang der schwarzen Bevölkerung hat also die Gefahr, die Ratzel damals bereits drohend am Horizont der Zeiten aufsteigen sah, vorläufig gebannt. Dafür ist aber der angloamerikanischen Rasse eine neue entstanden, die ihre Vorherrschaft nicht weniger bedroht. Der weiße Einwandererstrom, der sich ununterbrochen über den amerikanischen Kontinent ergießt, ist im Lauf der letzten Jahre ein anderer geworden.

Zunächst ist das keltische Element darin schwächer vertreten. Die Masseneinwanderung von Iren, die in den neunziger Jahren ihren Höhepunkt erreichte, hat wesentlich abgenommen. Die Zahl der irischen Einwanderer betrug 1881 bis 1890 655 482, 1891 bis 1900 405 496, 1901 bis 1909 309 210. Obwohl das keltische (irische) Element wesentlich zum Aufbau der angloamerikanischen Rasse beigetragen hat, wäre sein geringerer Zufluß nicht ungerne gesehen worden, weil die Iren zweifellos dasjenige Element des alten Einwandererstroms bildeten, das sich am schwersten von der herrschenden Rasse assimilieren ließ. Die Mehrzahl der Iren bewahrte auch in der Neuen Welt selbst noch im 2. und 3. Glied einen geradezu fanatischen Rassenpatriotismus. Auch nach seiner Einbürgerung fühlte sich der irische Kelt als Angehöriger einer besondern Rasse, die dem Angloamerikanertum durchaus feindlich gegenüberstand. Dieser Rassenpatriotismus der Kelten scheint seinen Ursprung in sozialen Verhältnissen zu haben. Wie bekannt, trieben die durch das räuberische Parzellenpachtsystem auf der grünen Insel hervorgerufenen Hungersnöte die irischen Bauern und Arbeiter massenhaft nach den Gestaden der Neuen Welt. Dort sahen sie sich aber bald in ihren Hoffnungen schmählich getäuscht. Der Fluch der Armut und Kulturlosigkeit, der in der Heimat auf

den Iren gelastet hatte, wich auch auf dem Boden Amerikas nicht von ihnen. Die Unterernährung in der Heimat hatte in ihnen die Kraft und den Willen zu schwerer physischer Arbeit, wie sie der amerikanische Ackerbau, die Gründung eines Farmbetriebs erfordern, gebrochen. So blieben die unglücklichen irischen Einwanderer zumeist in den Städten und füllten die *Slums*, in denen man bald alle die Szenen sich abspielen sehen konnte, die die Irländer in den Ruf einer minderwertigen Rasse brachten: Arbeitsscheu, Trunksucht bei Männern und Frauen und als Folge dann eine ununterbrochene Reihe von Familienprügeleien und nächtlichen Ruhestörungen, bei denen zerbrochenes Geschirr, eiserne Kochtöpfe, der unvermeidliche Whisky und blaugeschlagene Augen die Hauptrolle spielten.¹⁾ Kein Wunder, daß in diesem Milieu oft auch die Kinder der Einwanderer sich noch nicht zur angloamerikanischen Kultur erheben konnten, und der eingeborene Amerikaner diese Rasse von weißen Paupers mit Verachtung betrachtete, was bei den Iren wiederum den keltischen Rassenpatriotismus entfachte.

Der Rückgang der keltischen Einwanderung wäre von dem Angloamerikanertum leicht zu verschmerzen gewesen, wenn nicht auch gleichzeitig der germanische Einwandererstrom aus Deutschland, Holland, Schweden, Norwegen, der Schweiz und Dänemark eine plötzliche Abnahme erfahren hätte. Es betrug die Zahl der Einwanderer:

Auswanderungsland	1881 bis 1890	1891 bis 1900	1901 bis 1909
Deutschland	1 452 970	543 922	310 215
Holland	53 701	31 816	40 728
Schweden	{ 568 362	95 264	172 967
Norwegen		230 679	225 789
Schweiz	81 988	33 149	31 389
Dänemark	88 132	52 670	58 301
insgesamt	2 245 153	977 500	839 389

Wir sehen also, daß die Einwanderung aus den Ländern mit vorherrschend germanischer Bevölkerung in den beiden letzten Jahrzehnten noch nicht halb so groß war wie in dem Zeitraum von 1881 bis 1890. Dagegen ist der Einwandererstrom aus den ost- und südeuropäischen Ländern wie folgt angewachsen:

Auswanderungsland	1881 bis 1890	1891 bis 1900	1901 bis 1909
Österreich-Ungarn	353 719	597 047	1 886 529
Rußland	265 088	593 703	1 410 514
Griechenland	—	15 996	141 631
Italien	307 309	655 694	1 830 340
Rumänien	—	14 559	50 863
Türkei	—	10 960	157 241
insgesamt	926 116	1 887 959	5 477 118

Gegenüber den 5,4 Millionen Einwanderern aus den ost- und südeuropäischen Ländern erscheinen die 0,8 Millionen, die von 1901 bis 1909 aus den germanischen Ländern eingewandert sind, wie ein Bach neben einem gewaltigen Strom.

¹⁾ Siehe Fiedler *Das Bevölkerungsproblem in den Vereinigten Staaten von Amerika in den Preussischen Jahrbüchern*, 1904, pag. 282.

Prüft man vorurteilslos die Ziffern der Einwanderung der letzten 9 Jahre, so scheint die angloamerikanische Rasse verurteilt im slawischen Völkermeer zu versinken. Zwar wächst auch die italienische Einwanderung von Jahr zu Jahr, aber sie ist ihrer Natur nach eine andere als die slawische. Von den einwandernden Italienern läßt sich nur ein Teil dauernd in der Union nieder, der andere Teil besteht aus Wanderarbeitern, die nach einiger Zeit wieder die Rückwanderung nach Europa antreten. Wenn die Entwicklung der letzten Jahre fortschreitet, muß auf dem Boden der Neuen Welt ein neues Slawenreich erstehen, größer und gewaltiger als dasjenige, das Europa einschließt.

Der kritische Leser wird hier gewiß einwenden, daß diese Prognose doch nur unter der Voraussetzung eintreffen kann, daß die angloamerikanische Rasse sich selbst zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Denn eine lebenskräftige Rasse bedarf zu ihrer Erhaltung keiner Einwanderung stammverwandter Elemente; sie erhält sich und wächst durch natürliche Fruchtbarkeit. Darin liegt nun aber gerade die Eigenart der angloamerikanischen Bevölkerungsbewegung, daß die herrschende Rasse der Union, die die Mongolen von der Fortpflanzung ausschließt und den Bevölkerungszuwachs der Neger durch soziale Bedrückung teilweise zerstört, selbst den Willen verliert sich in dem Maß fortzupflanzen wie es für die Sicherung ihres Fortbestands unerläßlich wäre. Alle Beobachtungen und Erhebungen bieten Beweise dafür, daß die Bewegung der angloamerikanischen Bevölkerung nicht nur auf dem toten Punkt angelangt ist sondern bereits die rückläufige Richtung eingeschlagen hat. Die rohen Ziffern der amerikanischen Bevölkerungsbewegung lassen dies freilich nicht erkennen. Wenn wir hören, daß die Bevölkerung der Union in den letzten 9 Jahren von 75,6 auf 82,2 Millionen angewachsen ist, müßte man eigentlich geneigt sein an eine mächtige Reproduktionskraft des Angloamerikanertums zu glauben. Ein Bevölkerungszuwachs von 12,6 Millionen in 9 Jahren wäre in der Tat ein Beweis außerordentlicher Fruchtbarkeit, wenn er allein auf den Überschuß der Geburten zurückgeführt werden könnte. Das ist aber nicht der Fall. Im Gegensatz zum alten Europa beruht der Bevölkerungszuwachs der Union in erster Linie auf der Einwanderung. Diese brachte von 1900 bis 1909 7,7 Millionen Menschen ins Land, so daß der Geburtenüberschuß zu dem Bevölkerungszuwachs nur 4,9 Millionen beigesteuert haben kann. Will man an diesem Geburtenüberschuß der Gesamtbevölkerung den Anteil der weißen Bevölkerung feststellen, so ist es nötig zirka $1\frac{1}{4}$ Millionen abzuziehen, da diese Zahl ungefähr den Geburtenüberschuß der schwarzen Bevölkerung darstellen dürfte. Für die zirka 70 Millionen zählende weiße Bevölkerung ergibt sich also ein jährlicher Geburtenüberschuß von 370 000. Ein Vergleich mit Deutschland, das mit zirka 60 Millionen Bevölkerung einen jährlichen Geburtenüberschuß von 850 000 aufzuweisen hat, zeigt uns, daß die Reproduktionskraft der weißen Bevölkerung der Union noch nicht halb so groß ist wie die des deutschen Volks. In der Tat zeigt die Statistik derjenigen amerikanischen Staaten, die über zuverlässige Geburtenregistrierungen verfügen, daß die Geburtenziffer der weißen Bevölkerung der Union tief unter der deutschen Geburtenziffer steht.

Die folgende Tabelle enthält die Zahl der Geburten und Todesfälle auf 1000 Einwohner sowie den Geburtenüberschuß für 6 Staaten der Union und für Deutschland und Frankreich. Alle Daten beziehen sich auf die Periode 1903 bis 1908, für die das erforderliche Material vorliegt.

Land	Jahr	Geborene in ‰ der Einwohner	Gestorbene in ‰ der Einwohner	Geburten- überschuß in ‰ der Einwohner
Deutsches Reich	1908	32,0	18,0	14,0
Maine	1906	22,1	15,9	6,2
Vermont	1907	21,5	16,2	5,3
Massachusetts	1905	24,9	16,8	8,2
Rhode Island	1903	25,6	18,8	6,8
Connecticut	1907	25,3	17,1	8,2
Michigan	1905	18,2	13,5	4,7
Frankreich	1908	20,2	19,0	1,2

Die Tabelle zeigt, daß der Geburtenüberschuß in den 6 amerikanischen Staaten tief unter dem deutschen steht und sich dem Stand des Geburtenüberschusses in Frankreich bedenklich nähert. Diese Ziffern beziehen sich aber auf die Gesamtbevölkerung, von der die angloamerikanische Rasse, die aus der Vermischung angelsächsischer, germanischer und keltischer Elemente hervorgegangen ist, nur einen Teil bildet. Nun beweisen aber die Untersuchungen, die amerikanische Forscher an einzelnen Orten vorgenommen haben, daß die Geburtenhäufigkeit bei den Eingewanderten unvergleichlich größer ist als bei den eingeborenen Angloamerikanern. So hat Bushee über die Geburts- und Sterbefälle bei den verschiedenen Rassen, die die Gesamtbevölkerung von Boston ausmachen, folgende Statistik veröffentlicht:

Nation	Geburtsfälle ‰	Sterbefälle ‰	Mehr (+) oder weniger (-) Ge- borene als Ge- storbene ‰
Amerikaner	16,4	17,2	- 0,8
Schotten	40,3	15,7	+ 24,6
Engländer	41,0	14,7	+ 26,3
Iren	45,6	25,2	+ 20,4
Deutsche	48,0	15,0	+ 33,0
Juden aus Rußland	94,6	15,9	+ 78,7
Italiener	104,6	25,3	+ 79,3

Während bei den eingeborenen Familien Bostons ein Bevölkerungsrückgang zu konstatieren ist, weisen die eingewanderten Familien einen enormen Geburtenüberschuß auf, der sich zwischen 24 und 79 ‰ bewegt, was allerdings nur dadurch erklärlich ist, daß Kinder und Greise unter den Einwanderern immer sehr wenig zahlreich vertreten sind. In anderen Gebieten sind die Verhältnisse aber noch ungünstiger. In New Hampshire beispielsweise ist der Geburtenüberschuß derer, die von den Eingewanderten abstammen, 58,5 ‰, während unter der von Einheimischen abstammenden Bevölkerung die Geburten überhaupt bei weitem nicht mehr die Zahl der Todesfälle erreichen, vielmehr um 10,4 ‰ hinter den Todesfällen zurückbleiben. So kommt es denn, daß für die Gesamtheit der Neuenglandstaaten bei der weißen einheimischen Bevölkerung im engern Sinn die Todesziffer um 1,5 auf 1000 die Geburtenziffer überragt.⁵⁾

Wie ist nun aber dieser Rassenselbstmord des Angloamerikanertums zu erklären? Schon in den Reiseschilderungen vom Anfang der neunziger Jahre

⁵⁾ Siehe Münsterberg *Die Amerikaner*, 2. Band / Berlin 1904 I, pag. 291.

finden wir Angaben, daß in den höheren Bevölkerungsschichten der Union »die Kinderlosigkeit ziemlich gewöhnlich ist.«⁶⁾ Seit jener Zeit scheint aber die Neigung Geburten möglichst zu vermeiden auch in der angloamerikanischen Arbeiterschaft Geltung erlangt zu haben. Regierungsrat Kolb, der ein halbes Jahr in Chicago und San Francisco als Arbeiter unter Arbeitern lebte, erzählt uns, daß »neomalthusianische Grundsätze gerade in Arbeiterehen weite Verbreitung genießen. . . Selbstverständlich untersagt das Strafgesetz die Abtreibung. Aber das Verbot steht wie manches andere bloß auf dem Papier, und jedermann wußte Ärzte zu nennen, die von solchen Operationen leben. Ihr Honorar soll für Arbeiterfrauen 10 Dollars betragen, eine vergleichsweise geringe Summe gegen die Kosten von Wochenbett und Erziehung. Übrigens scheint diese Unsitte drüben nicht erst von gestern zu datieren. Wenigstens erwähnt Johannes Scherr in seiner *Geschichte der deutschen Frauen* eine Stelle aus dem *Medical Journal* vom Jahr 1859, worin es heißt, die New Yorkerinnen entschlossen sich zur Abtreibung leichter als zum Zahnziehen.«⁷⁾ Wahrscheinlich überschätzt Kolb den Einfluß der Abortivmittel auf den Rückgang der Geburten; von weit erheblicherer Bedeutung wird hierauf wohl der präventive Geschlechtsverkehr sein. Doch sei dem wie immer, jedenfalls steht fest, daß die geringe Geburtenziffer der angloamerikanischen Bevölkerung keine Folge natürlicher Sterilität sondern einer bewußten Minderung der Fruchtbarkeit ist.

Fragen wir nun nach den sozialen Ursachen der rapiden Abnahme des Zeugungswillens bei der angloamerikanischen Bevölkerung, so werden wir neben der hohen gesellschaftlichen Stellung der Frau auch die Unsicherheit der Existenz nennen müssen. Diese wird bei dem Arbeiterstand durch die Wirtschaftskrisen hervorgerufen, die nirgends heftiger auftreten als gerade in Nordamerika. Beim Mittelstand gesellt sich zu den Wirtschaftskrisen als weiteres Moment der Unsicherheit noch das demokratische System. Gerade diejenigen Schichten des Mittelstands, die sich in Europa in der gesichertsten Position befinden, die Beamten und Angestellten des Staates und der Gemeinden, müssen jenseits des Ozeans damit rechnen bei jedem politischen Stimmungsumschwung aufs Pflaster zu fliegen. Das demokratische System der transatlantischen Republik bringt es mit sich, daß alle Beamte in Staat und Gemeinde auf Kündigung angestellt werden, weil jede Partei, die zur Herrschaft gelangt, sämtliche Beamtenstellen mit ihren Vertrauensmännern besetzen will. Aber auch dann, wenn eine Partei sich mehrere Jahrzehnte am Ruder hält, findet häufiger Wechsel statt, weil in jeder Partei der Grundsatz gilt möglichst viele Parteigenossen, wenn auch immer nur für kurze Zeit, an die Krippe zu bringen. Dazu kommt ferner, daß in keinem Land der Welt sich die Kosten der Lebenshaltung für den Mittelstand so hoch stellen wie gerade in den Vereinigten Staaten. Alles das bewirkt zusammen eine so große Unsicherheit der Existenz, daß die Gründung einer Familie als eine Art Glücksspiel erscheint, dessen Ausgang niemand voraussehen kann. Diese Zustände haben in der Union ein System erzeugt, das man im Gegensatz zu dem in Frankreich vorherrschenden Zweikindsystem etwa als *Keinkindsystem* bezeichnen könnte. Zahlreiche Brautpaare des Mittelstands gehen die Ehe mit dem festen Entschluß ein unter allen Umständen Geburten zu vermeiden. Dementsprechend beziehen die Paare:

⁶⁾ Siehe Diercks *Kulturbilder aus den Vereinigten Staaten* / Berlin 1893 /, pag. 351.

⁷⁾ Siehe Kolb *Als Arbeiter in Amerika* / Berlin 1905 /, pag. 48.

ein Zimmer in einer mit gemeinsamen Gesellschaftsräumen und allem Komfort eingerichteten Pension, um solcherart zwar kinderlos, aber auch ohne drückende Sorgen und standesgemäß leben zu können. Daß diese Erscheinung eine große Verbreitung gefunden hat, lehrt die Tatsache, daß in Boston von 1891 bis 1895 die Zahl der Bewohner solcher Pensionen von 27 512 auf 54 442 stieg. Es wäre falsch dieses Keinkindersystem, das im amerikanischen Mittelstand ständig an Umfang gewinnt, bloß als eine Verschärfung des Zweikindersystems anzusehen. Wo das Zweikindersystem vorherrscht, wie in Frankreich, in Berlin und bei der jüdischen Bevölkerung Deutschlands, entfallen immerhin im Durchschnitt 2 bis 3 Kinder auf jede Ehe. Das Zweikindersystem stellt lediglich einen Beharrungszustand der Bevölkerung dar, zu dem alle Kulturvölker früher oder später gelangen müssen. Dagegen legt das amerikanische Ein- und Keinkindersystem die Axt an die Wurzel der Rasse; es zerstört deren Existenz mit der selben zwingenden Notwendigkeit, wie eine langsam sich vollziehende Vergiftung die Lebensfunktionen des Individuums aufhebt. Hier handelt es sich nicht mehr um eine höherer Kultur angepaßte Regulierung der Fruchtbarkeit sondern um ihre Unterdrückung. Es ist daher nicht so unrichtig diese Erscheinung als *Rassenselbstmord* zu charakterisieren.

Irgendwelche positiven Maßnahmen zur Bekämpfung des Rassenselbstmords sind bisher nicht zu verzeichnen. Rassenpatriotische Ermahnungen an die angloamerikanische Frauenwelt im Interesse der Rasse mehr Kinder zu gebären erschallen allerdings unaufhörlich von allen Ecken und Enden des Landes. Aber sie sind ganz ohne Wirkung geblieben. Daran wird sich auch in Zukunft kaum etwas ändern, da das Übel des Rassenselbstmords viel zu fest mit der angloamerikanischen Kultur verankert ist, als daß man hoffen könnte es durch Reden und Schriften zu beseitigen. Von größerer Bedeutung als die rassenpatriotischen Ermahnungen sind die sozialpolitischen Maßnahmen, die zur Bekämpfung des Rassenselbstmords vorgeschlagen worden sind. Unter diesen verdient der in der Arbeiterschaft populäre Vorschlag die ost- und südeuropäische Einwanderung zu beschränken respektive zu verbieten die größte Beachtung. Es läßt sich nicht leugnen, daß seit Beginn der neunziger Jahre die europäische Einwanderung aufgehört hat der Jungbrunnen zu sein, aus dem das Angloamerikanertum neue Kräfte ziehen konnte. Zwar schwemmt der Einwandererstrom nach wie vor gewaltige Massen neuen ethnischen Erdreichs heran, aber dessen Bestandteile sind andere geworden. Den neuen ethnischen Schichten, die der Auswandererstrom ablagert, fehlen die Nährstoffe, aus denen der mächtige Baum der angloamerikanischen Rasse seine Säfte erneuern könnte. Er muß absterben oder fremdartige Elemente in sich aufnehmen, die seine Eigenart zerstören. Bleibt also die niedrige Geburtenziffer der angloamerikanischen Rasse bestehen, so kann einzig eine Vermehrung der Einwanderung angelsächsischer und germanischer Elemente helfen die Lücken, die der Überschuß der Todesfälle in die angloamerikanische Bevölkerung reißt, wieder auszufüllen. Es ist nun nicht unwahrscheinlich, daß eine Erschwerung der Einwanderung ost- und südeuropäischer Lohndrücker den germanischen und angelsächsischen Einwandererstrom wieder anschwellen lassen würde. Natürlich läßt sich noch nicht sagen, in welchem Maß dies der Fall sein könnte. Dagegen würde ein Verbot der weißen Einwanderung überhaupt, von der viele das Heil erwarten, weil sie annehmen, daß die scharfe Konkurrenz der Einwanderer die eingeborene Bevölkerung zur Kinderlosigkeit zwingt, eine ernste Ge-

fahr für die ganze weiße Bevölkerung der Union heraufbeschwören. Die Hoffnung auf eine Steigerung der angloamerikanischen Geburtenziffer würde sich zweifellos als trügerisch erweisen. Dagegen müßte man bestimmt damit rechnen, daß die durch das Einwanderungsverbot hervorgerufene Leere auf dem Arbeitsmarkt dem Wachstum der afrikanischen Rasse mächtige Impulse geben würde. Es wäre nur nötig, daß die erschreckend hohe Sterbeziffer der Negerbevölkerung einen normalen Stand erlangt, um einen Geburtenüberschuß von 35 ‰ zu ermöglichen, womit dann folgendes Wachstum der afrikanischen Bevölkerung der Union gegeben wäre: 1910 10 Millionen, 1930 20, 1950 40, 1970 80, 1990 160 Millionen. Ein generelles Verbot der weißen Einwanderung könnte also nur die Wirkung zeitigen die Union im Verlauf von etwa 80 Jahren in einen Negerstaat zu verwandeln. Bisher hat die afrikanische Rasse den Beweis, daß sie selbständig eine höhere Kultur aufrechterhalten kann, nicht erbracht, wenn auch einzelne Neger es vermocht haben sich in den Schulen der Weißen zur Höhe westeuropäischer Kultur zu erheben. Die Zustände in der Negerrepublik Haiti lassen deshalb die Befürchtung, die Massenherrschaft der Neger würde das Ende der Kultur herbeiführen, nicht als ganz unbegründet erscheinen. Das Verbot der weißen Einwanderung könnte demnach für die transatlantische Republik eine noch weit größere Gefahr heraufbeschwören als die, die heute der Rassenselbstmord darstellt, dessen Wirkungen für den Fortbestand der zurzeit herrschenden Rasse sich höchstens durch eine weitgehende Begünstigung der angelsächsischen und germanischen Einwanderung abschwächen ließen, weil diese Rassen dem Angloamerikanertum am nächsten stehen.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

Konservative und Regierung Die Verwirrung der deutschen Parteiverhältnisse ist vorläufig noch immer im Zunehmen. Zuletzt war es eine Debatte zwischen den Konservativen und dem Reichskanzler im preussischen Abgeordnetenhaus, die mit einemmal die seltsamsten linksliberalen Illusionen wieder erwachen ließ. Herr von Heydebrand hatte, aus ziemlich durchsichtigen Gründen, Wert darauf gelegt das Opfer Preußens bei dem neuen Elsaß-Lothringen betreffenden Bundesratsbeschluß als möglichst groß und kaum erträglich hinzustellen. Herrn von Bethmann wiederum gab das (wahrscheinlich recht willkommenen) Anlaß Preußens Weitblick und Freiheit von partikularistischer Engherzigkeit auf das vorteilhafteste hervortreten zu lassen. Trotz aller, äußerlich gegen einander gekehrten Spitzen ergänzten sich beide Reden, ad maiorem gloriam des viel geschmähten Preußens,

so vortrefflich, daß man eher an ein Spiel mit vorher verteilten Rollen als an einen plötzlichen feindlichen Überfall glauben könnte. Jedenfalls ging das Redeturnier, so geschickt und männlich entschieden beide Teile ihren Standpunkt zur Geltung brachten, kaum über das gewöhnliche Maß parlamentarischer Auseinandersetzungen hinaus, wie sie bei tiefer einschneidenden Fragen selbst unter Blockgenossen mitunter unvermeidlich sind. Für die ewig nach oben schielenden, von oben herab die eigene Erlösung erwartenden Liberalen war das jedoch von neuem ein Anlaß die Erinnerungen an den Sturz des Fürsten Bülow aufzufrischen, den Reichskanzler die Fahne gegen die Ostelbier und besonders gegen den, nachgerade zu mythischer Überlebensgröße emporgedichteten Schloßherrn von Tschunkave und natürlich für die Liberalen erheben zu sehen. »Wenn sie«, schreibt ein linksnationalliberales Blatt, »die Anzeichen dafür verstärken, daß Herr von Bethmann Hollweg schon heute als kluger Staatsmann nicht an die jetzige Ma-

jorität, die nach den Ergebnissen der
 Nachwahlen kaum mehr eine solche ge-
 nannt zu werden verdient und bald zur
 Minderheit herabsinken muß, sondern an
 die Zukunftsmajorität denkt, die der
 neue Reichstag bringen wird, dann wird
 manche schwere Wolke des Mißtrauens
 und Unbehagens weichen.« Oder in
 einem andern, volksparteilichen Organ
 konnte man lesen: »Der ungekrönte Kö-
 nig hat einige Zeit keinen Kanzler zur
 Strecke gebracht. Herr von Bethmann
 Hollweg ist noch nicht lange am Ruder,
 aber Herrn von Heydebrand anscheinend
 zu lange. Hat doch der leitende Staats-
 mann ein großes Schuldkonto! . . . Man
 hat die Empfindung, wenn Herr von
 Bethmann Hollweg den Willen hätte
 das schwarzblaue, das kaudinische Joch
 von sich zu werfen, nicht bloß in den
 Ausnahmefällen, die ihm den Zorn des
 Herrn von Heydebrand eintragen: er
 brauchte nicht auf jedwede Volkstüm-
 lichkeit von vornherein zu verzichten . . .
 Herr von Heydebrand ist auf dem
 Kriegspfad, sintemalen er schon lange
 keinen Kanzler gestürzt hat. Soll nicht
 demnächst ein neuer Kalp den Wigwam
 von Klein Tschunkave schmücken, so
 wird Herr von Bethmann Hollweg des
 guten alten Wortes eingedenk sein dür-
 fen *Die beste Deckung ist der Hieb.*«
 Selbst wenn das augenblickliche günstige
 Urteil über den Reichskanzler zutreffen-
 der sein sollte als die früher beliebte ge-
 ringschätzige Behandlung von oben her-
 ab, so wirkt dieses unablässige Spähen
 nach Zwischenfällen und Stimmungsum-
 schlägen in den höheren Regionen nicht
 gerade sehr ermutigend. Das Zünglein
 der Regierungswage wird ganz von sel-
 ber mehr nach links neigen, wenn die
 Parteien der Linken für die brennend-
 sten und vernachlässigtesten Fragen der
 Gegenwart aus eigener Kraft einen ge-
 nügend einheitlichen Willen und eine
 arbeitsfähige Parlamentsmehrheit zu ent-
 wickeln vermögen. Umgekehrt wird
 selbst die widerstrebendste Regierung
 schließlich wieder Herrn von Heydebrand
 in die Arme sinken, wenn ohne die Kon-
 servativen und diesen ihren befähigtesten
 und rücksichtslosesten Führer an eine
 dauerndere gesicherte Erledigung der pa-
 rlamentarischen Geschäfte nicht zu den-
 ken ist. Die Wahlerfahrungen in Gie-
 Ben haben leider gelehrt, daß in der ein-
 zig wirksamen Richtung die Entschlos-
 senheit und Zuverlässigkeit der liberalen
 Wähler zum mindesten noch sehr viel zu
 wünschen übrig läßt.

X

X

Mandate oder Bedauerlicherweise verstär-
Stimmen? ken solche Erfahrungen immer
 wieder auch die im
 Grunde antiparlamentarische alte so-
 zialdemokratische Richtung, die bei
 Wahlen in erster Linie gar nicht
 die Schaffung einer fortschrittsfreund-
 lichen Arbeitsmehrheit in der Volks-
 vertretung erstrebt, sondern der vor-
 wiegend an der Zählung von Stim-
 men außerhalb des *hohen Hauses*
 und an den *aufklärenden* Reden zu den
 Parlamentsfenstern hinaus liegt. Wenn
 der Genosse Bebel vor seinen Hamburger
 Wählern jüngst diese alte traditionelle,
 aber innerlich doch längst tief erschüt-
 terte Anschauung wiederholte, so wird
 ihm das niemand verdenken, da er sich
 hierin stets konsequent geblieben ist.
 »Für uns sind nicht die Mandate sondern
 die Stimmen die Hauptsache. Als wir
 in den jetzigen Reichstag mit 43 Mann
 einzogen, sagte ich mir: es geht auch so
 ganz gut . . . Mir sind 4 Millionen Stim-
 men und 50 Mandate viel lieber als 3
 Millionen Stimmen und 100 Mandate.
 Eine Partei, wie die unsrige, die eine
 neue Gesellschaftsordnung schaffen, die
 ganze heutige Wirtschaft umgestalten
 will, muß, wenn sie in den Kampf geht,
 vor allem wissen, wie groß die Zahl
 derer ist, die hinter ihr stehen. Das ist
 eine Frage, die uns weit mehr interes-
 siert als die Frage nach der Zahl der
 Mandate.« Das bringt, wie gesagt, eine
 von alters her tief eingewurzelte Par-
 teiauffassung abermals zu unumwunde-
 nen Ausdruck und bleibt deshalb unter
 allen Umständen beachtenswert. Die
 Inkonzessenz liegt aber alsdann darin,
 daß wir beim besten Willen seit langen
 Jahren schon gar nicht mehr imstande
 gewesen sind die ganze Wahlagitation
 und Wahlbewegung tatsächlich auf das
 Endziel der neuen Gesellschaftsordnung
 einzustellen, daß also die für uns ge-
 zählten Stimmen in Wirklichkeit nicht
 allzuviel mit einer Zustimmung zur so-
 zialistischen Wirtschaftsumgestaltung zu
 tun haben, sondern lediglich eine wach-
 sende Unzufriedenheit mit Steuer- und
 Militärlasten, mit Zöllen, Kriegen, Kol-
 onien und Junkern bekunden. Bei unse-
 rer Wahlagitation selber, in den Zeitun-
 gen wie in den Versammlungen und
 Flugblättern, sind die nächsten politi-
 schen Aufgaben, die ganz und gar inner-
 halb des Rahmens der bürgerlichen Ge-
 sellschaft bleiben, unaufhaltsam mehr in
 den Vordergrund gerückt, während die
 spezifisch sozialistischen Zukunftsforde-
 rungen ebenso unvermeidlich mehr und
 mehr zurücktraten: in der Hamburger

Parteiversammlung sogar, den Preßberichten nach zu urteilen, bis zur vollständigen Unmerklichkeit. Das ist in unseren Augen an sich kein Vorwurf. Aber ist das nun einmal ganz unvermeidlich, einfach deshalb, weil Wahlen lediglich auf ein paar Jahre hinaus ein paar der nächstliegenden politischen Gegenwartskämpfe entscheiden sollen und vorläufig weiter nichts überhaupt zur Entscheidung bringen können, dann ist die innere Folgerichtigkeit schließlich doch wohl auf seiten derer, die den ersten Wahlaufmarsch gleichfalls nicht lediglich im Hinblick auf die vermeintliche Stimmenzählung für den Zukunftssozialismus vollzogen sehen möchten, sondern die in erster Linie auch die resultierende parlamentarische Machtgruppierung mit im Auge zu behalten raten.

Im übrigen haben alle solche Betrachtungen im Augenblick nur platonische Bedeutung. Den Großblock von Bassermann bis Bebel halten wir ebenfalls in absehbarer Zeit für aussichtslos und selbst zu bescheidensten Wahlbündnissen gehört mehr als augenblicklich auf linksliberaler wie auf sozialdemokratischer Seite dafür zu haben ist.

× **Italien: Fall Bissolati** ×
Der Widerstreit zwischen parlamentarisch - politischer und agitatorischer Betätigung hat auch unseren italienischen Parteigenossen eine klare Stellungnahme anlässlich der letzten Ministerkrisis unmöglich gemacht. Giolitti, der Nachfolger Luzzattis, suchte Bissolati — den alten Parteivorkämpfer, der den Lesern der *Sozialistischen Monatshefte* durch seine in ihnen veröffentlichten Artikel bestens bekannt ist — für den Eintritt in das Kabinett zu gewinnen. Der radikale Flügel verwahrte sich sofort auf das heftigste gegen die drohende Verletzung nicht bloß einer ungeschriebenen Parteiüberlieferung sondern sogar eines förmlichen Parteitagbeschlusses. Aber Bissolati verhandelte wenigstens, sogar mit dem König. Darauf bezeichnete der *Avanti* diesen Schritt seines frühern Chefredakteurs als einen persönlichen Akt, durch den Bissolati der Partei verloren ginge. Eine Korrespondenz für deutsche Blätter bedauerte es, daß Bissolati es versäumt hat der römischen Parteisektion, bei der er organisiert ist, seinen Austritt aus der Partei anzuzeigen ... Es heißt, daß Bissolati zunächst eine Wahlrechtserweiterung, die fast dem allgemeinen Wahlrecht gleich-

kommen soll, gefordert hat, weiter eine Abgabenreform und die Durchführung der obligatorischen Krankenversicherung. Es ist kaum zu verkennen, daß die Verwirklichung dieser Forderungen einen Vorteil, und zwar einen bedeutenden Vorteil, für die Arbeiterschaft darstellen würde. Wer kann aber im Ernst glauben, daß diese Reformen, wenn die Kräfte zu ihrer Durchführung tatsächlich vorhanden wären, durch Bissolatis Eintritt in ein Ministerium verwirklicht werden müßten? Hat das Proletariat die Kraft sie zu erzwingen, sie durch seinen direkten oder indirekten Druck durchzusetzen, so braucht es dazu keinen Sozialisten im Kabinett; hat es sie nicht, will man ihm all diese schönen Dinge als ein Geschenk in den Schoß werfen, so werden in der Praxis sich die tatsächlichen Machtverhältnisse gegenüber den formalen Rechtsverhältnissen zur Geltung bringen und dem Proletariat von den Reformen nur den Nutzen lassen, den es zu erringen vermag. Das ist Binsenweisheit. Wie hat ein Mann von der intellektuellen Bedeutung Bissolatis sie vergessen können? Das Ende vom Lied scheint zu sein, daß Bissolati, da eine Ministerwirksamkeit ohne Parteiunterstützung natürlich ein Unding ist, die Aufforderung Giolittis ablehnt, daß aber — die Parteiunterstützung dem Ministerium Giolitti für das gleiche bestimmte Programm nicht versagt bleiben soll. Ob damit nun gerade ein Stein der Weisen gefunden sein mag? Oder ob nicht lediglich die demokratische Kinderkrankheit dekorativen Äußerlichkeiten eine maßlos übertriebene Bedeutung beizumessen, eine neue drastische Beleuchtung erhält?

× **Kurze Chronik** ×
Der deutsche Reichstag soll nach Absicht der Regierung nochmals zu einer Herbstsession zusammentreten, so daß die Neuwahlen im Januar 1912 zu erwarten wären. × Die mecklenburgische Verfassungsreform ist vorläufig wieder gescheitert. Die Landschaft, das heißt die Bürgermeister, hatte sich für Herabsetzung des Zensus und für die geheime statt der öffentlichen Wahl erklärt, während die Vertreter der Städte Rostock und Wismar die Regierungsvorlage glattweg ablehnten, und die Ritterschaft, bei grundsätzlichem Eintreten für eine lediglich ständische Grundlage, mit unerfüllbaren Abänderungsforderungen nicht kargte. Die Regierung verzichtete darauf auf Weiterberatung, und manche Kreise rechnen

schon mit der Oktroyierung einer neuen Verfassung. X Nach der Vertagung und Auflösung des Reichsrats steht Österreich abermals vor einer schweren innern Krisis: Auf Grund des § 14 der Verfassung wird von der Regierung das vom Parlament verweigerte Budgetprovisorium zum Gesetz erhoben, ebenso die 75 Millionen Kronen-Anleihe. X Der dänische Reichstag hat endgültig die Aufhebung der Prügelstrafe beschlossen.

X
Literatur Die bevorstehenden Wahlen machen sich immer stärker in der Vermehrung der parteipolitischen Werbe- und Aufklärungsliteratur bemerkbar. Als Führer durch die nationalliberale Politik ist das vom Zentralbureau der Partei herausgegebene *Politische Handbuch der nationalliberalen Partei* seit langem bekannt; es hat auch sonst durch seine gutverarbeiteten Materialienübersichten seine unbestreitbaren Vorzüge. Kürzlich erschien der 1. *Nachtrag 1910 /Berlin, Nationalliberale Partei/*. X Ferner hat, auf Anregung Naumanns, Oskar Klein-Hattingen eine *Geschichte des deutschen Liberalismus* zu veröffentlichen begonnen */Berlin, Hilfe/*. Der erschienene 1. Band des »Hausbuchs für alle, die staatsbürgerliche Bildung suchen, des Handbuchs für alle, die sich beruflich mit Politik befassen.« reicht bis 1871. Leider sind mehr die Personen und äußerlichen Betätigungen und Kundgebungen des Liberalismus als die tieferen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der großen umgestaltenden politischen Kämpfe seit dem Beginn des vorigen Jahrhunderts zur Darstellung gelangt. Aber durch diese Art der Zusammenstellung und Aneinanderreihung eröffnet sich eine reichhaltige Fundgrube für die Historiker und Politiker. X *Die Programme der politischen Parteien in Deutschland* hat in dankenswerter Weise Dr. Karl Mahler in einem kleinen, billigen Buch zusammengestellt */Leipzig, Gräcklauer/*.

Wirtschaft / Rudolf Wissel

Bankberichte Die Berichte unserer Großbanken spiegeln nicht nur recht getreu die wirtschaftliche Lage wieder sondern bieten auch Ausblicke auf die kommende wirtschaftliche Entwicklung. Bei ihren so vielfachen und weitverzweigten Beziehungen zur Industrie und zu allen Kreisen des Handels und Verkehrs vermögen die

Bankleitungen die Aussichten der Wirtschaftsverhältnisse in den meisten Fällen zutreffend zu beurteilen. Nach den jetzt vorliegenden Berichten scheinen diese durchgehends sehr günstig zu sein. Das Wesentlichste aus diesen Berichten, die sich auch mit der Frage der Aufnahme fremder Wertpapiere befassen, die in den letzten Monaten ja der Gegenstand lebhafter Erörterungen war, sei hier kurz geschildert.

Die *Deutsche Bank* sagt, daß die gute Getreideernte und die steigenden Absatzmöglichkeiten für die deutschen Erzeugnisse auf fremden Märkten die wirtschaftliche Tätigkeit gefördert haben, wenn auch die meisten Warenpreise nur einen bescheidenen Nutzen zugelassen hätten. Der Kapitalreichtum Deutschlands sei allerdings noch nicht so groß wie der Großbritanniens und Frankreichs, aber das deutsche Nationaleinkommen stehe in Europa nur noch dem englischen nach. Auch die Ersparnisse hätten Summen erreicht, an die die vorige Generation nicht einmal zu denken gewagt habe. Seit 1875 hätten sich die Sparkasseneinlagen verachtfacht und betragen jetzt zwischen 15 bis 16 Milliarden Mark. Der deutsche Effektenmarkt nehme jährlich für erheblich mehr als 3 Milliarden neue Werte auf, darunter 10 bis 15 % ausländische. Diese ausländischen Anlagen seien für die deutsche Volkswirtschaft eine Notwendigkeit geworden. Sie dienten häufig und gerade in Zeiten hoher Zinssätze zur Ausgleichung der deutschen Zahlungsbilanz. Trotz einiger bedauerlicher Verluste vor mehr als 20 Jahren sei das durchschnittliche Ergebnis deutscher Anlagen in ausländischen Werten überaus erfreulich und habe das Nationalvermögen um viele Hunderte von Millionen vermehrt.

Die *Dresdener Bank* bezeichnet das verflossene Jahr als ein solches ruhiger und gesunder Fortentwicklung. Es habe optimistische Hoffnungen auf das baldige Einsetzen einer neuen Hochkonjunktur weder im Inland noch im Ausland erfüllt, aber sein Verlauf rechtfertige die Erwartung, daß das neue Jahr eine weitere allmähliche Verkehrssteigerung ohne die Gefahr eines nahen Rückschlags bringen werde. Die guten Ernten hätten die Kaufkraft des Inlands wesentlich gehoben. Wenn auch manche Branchen unter den starken Preisschwankungen der Rohmaterialien zu leiden gehabt hätten, so sei doch der Gesamtaußenhandel

im ganzen recht befriedigend gewesen. Insbesondere sei unsere Schwerindustrie in der Lage gewesen einen den Inlandsbedarf übersteigenden Teil ihrer Produktion mit Hilfe ihrer Verbandsorganisation ins Ausland abzustößen. In der Hauptsache sei der günstige Saldo der Zahlungsbilanz den Summen, die das Ausland unserm Zwischenhandel, unserer Schifffahrt und unseren sonstigen Verkehrsanstalten schuldig geworden, und vor allem den Revenuen zu verdanken, die Deutschland aus seinem Besitz an ausländischen Wertpapieren beziehe. Wenn demgegenüber neuerdings über eine *Überschwemmung* Deutschlands mit ausländischen Werten geklagt, und die Forderung aufgestellt werde, wir dürften nur in Zeiten der Geldfülle und geringer Ansprüche des inländischen Marktes Kapital nach dem Ausland geben, so sei zwar zuzugestehen, daß es ein idealer Zustand wäre, wenn Deutschland die Vorteile einer einflußreichen Position im Weltverkehr ohne deren Nachteile einheimen und eine Ausnahme von der Regel bilden könne, daß, wer nehmen wolle, auch geben müsse. Sobald auch nur entfernte Anzeichen dafür bemerkbar würden, daß auf Deutschlands Hilfe zur Befriedigung der Kreditbedürfnisse der ihm befreundeten Länder weniger Verlaß sei als auf die stete Hilfsbereitschaft Englands, Frankreichs und vielfach auch Nordamerikas, so würde Deutschlands politischer und wirtschaftlicher Einfluß einen großen Schaden erleiden.

Der Bericht der *Diskontogesellschaft* lautet ähnlich. Wenn auch die Fortschritte der gewerblichen Produktion den hochgespannten Erwartungen der Spekulation nicht entsprochen hätten, so seien sie doch sehr bedeutend gewesen, wie unter anderem die Zunahme des Wertes der deutschen Ausfuhr um 873 Millionen Mark beweise. Da die Einfuhr nur eine Wertzunahme von 83 Millionen zeige, so habe die Handelsbilanz eine bemerkenswerte Verbesserung erfahren, zu der, wie der durchschnittliche Stand der Wechselkurse erkennen lasse, auch die günstige Gestaltung unserer Zahlungsbilanz sich geselle. Wenn trotz der erzielten Erfolge die Gesamtlage der deutschen Montanindustrie vielfach als nicht befriedigend bezeichnet und ihrer Entwicklung mit einiger Sorge entgegen gesehen werde, so liege das in der Hauptsache an der Ungewißheit über die künftige Gestaltung ihrer Organisation nach Ablauf der jetzt geltenden Syndikatsverträge. Im Hinblick auf die Ka-

lindustrie gibt der Bericht ersten Sorgen für die Zukunft Ausdruck. Der jedem Kaliwerk gesetzlich zustehende Anspruch auf Anteil am Gesamtabsatz habe die Lust zu Neugründungen gefördert, deren übergroße Zahl die Rentabilität der einzelnen Unternehmungen beeinträchtigen müsse und einen Teil des Nationalvermögens zu gefährden drohe. Über die Erwerbung ausländischer Fonds sagt der Bericht, daß ein Verzicht hierauf mit dem Verzicht auf die politische und wirtschaftliche Geltung Deutschlands als Weltmacht gleichbedeutend wäre.

Die *Kommers- und Diskontobank* findet in der regen Exporttätigkeit und der wieder zufriedenstellenden Ernte, die die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung erhöht habe, eine erwähnenswerte Unterstützung der Aufwärtsbewegung des deutschen Wirtschaftslebens. Die allgemeine Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes sei allerdings noch nicht entsprechend gewesen, weil die besseren Verdienste der städtischen Bevölkerung nur eben ausgereicht hätten, um die Erhöhung der durch die neuen Steuern usw. vermehrten Ausgaben wieder auszugleichen. Die *Nationalbank* sieht ebenfalls in der abermaligen guten Ernte eine Unterstützung des Aufschwungs in den meisten Zweigen unserer Volkswirtschaft.

Auch die Reichsbank, deren Bericht zum Schluß noch kurz erwähnt sei, spricht von einem ziemlich allgemeinen, wenn auch nicht überall gleichmäßigen Erstarren der Geschäftstätigkeit. Der hieraus hervorgehende Mehrbedarf an Zahlungsmitteln finde in den an die Reichsbank gestellten Ansprüchen deutlichen Ausdruck.

Die Geschäftsergebnisse der Großbanken sind denn auch ebenso zufriedenstellend, wie in den Berichten die Wirtschaftslage bezeichnet wird. Sie waren, in Millionen Mark, wie folgt:

Bank	Bei einem nominalen Aktienkapital von	Bei Re- serve von	Erziel- ter Reinge- winn
<i>Deutsche Bank</i>	200	107,78	32,55
<i>Dresdener Bank</i>	200	61,00	25,10
<i>Diskontogesellschaft</i>	170	61,00	23,58
<i>Dormstädter Bank</i>	160	32,00	11,78
<i>Schaaffhausenscher Bankverein</i>	145	34,15	14,57
<i>Berliner Handelsgesellschaft</i>	110	34,50	13,16
<i>Kommers- und Dis- kontobank</i>	85	13,20	6,22
<i>Nationalbank</i>	80	14,22	8,68

Das finanzielle Ergebnis ist also sehr gut, und die Aktionäre der Banken werden keinen Anlaß zu Klagen haben.

X **Schiffahrt** X

Die beiden größten deutschen Schiffahrtsunternehmen, der *Norddeutsche Lloyd* und die *Hamburg-Amerika-Linie* haben ihre Geschäftsberichte für 1910 erscheinen lassen. Der *Norddeutsche Lloyd* kann nach 2 dividendenlosen Jahren wieder eine Dividende verteilen, wengleich sie nur 3 % beträgt. Bei einem Betriebsüberschuß von 38,150 Millionen Mark und nach Abschreibungen von 20,439 Millionen verbleibt ein Überschuß von 3,858 Millionen. Im Vorjahr war kein Überschuß und im Jahr 1908 ein Verlust von 17,652 Millionen Mark zu verzeichnen. Zur Deckung dieses Verlustes hatten der Reservefonds und der Erneuerungsfonds im Betrag von 8,128 Millionen und 9,524 Millionen aufgelöst werden müssen. Zum erstenmal sind diesen beiden Fonds wieder Zuwendungen gemacht worden.

Wie seit langen Jahren stets ist der Abschluß des andern Unternehmens viel günstiger. Die *Hamburg-Amerika-Linie* erzielte ein Bruttoerträgnis von 42 741 812 Millionen Mark. Nach Abschreibungen von zirka 19 Millionen verbleibt ein Reingewinn von 10,187 Millionen Mark, aus dem eine Dividende von 8 % vorgesehen ist.

Zu diesen Geschäftsergebnissen hat die Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, die allen Linien der Gesellschaften erhöhten Güter- und Passagierverkehr zuführte, in der Hauptsache beigetragen.

Die Schiffahrtssubventionen sind auf dem 3. deutschen Schiffahrtstag Ende März Gegenstand der Erörterungen gewesen. Was der Referent, der Generalsekretär der *Hamburg-Amerika-Linie* B. Huldermann, dessen das gleiche Thema behandelnde Schrift seinerzeit in dieser Rundschau (1910, 1. Band, pag. 453) besprochen worden ist, zu diesem Punkt ausführte, ist recht lesenswert. Selbst unter Berücksichtigung des Umstands, daß hier ein Interessent die Dinge behandelt und sie vielleicht in einem zu trüben Licht sieht, und daß diesen Ausführungen — wenn dies auch nicht direkt in Worten gesagt wird — doch wohl die Absicht zugrunde liegen mag für noch größere Subventionen

Propaganda zu machen, so ist es doch Pflicht des Wirtschaftschronisten auf die in dem Referat enthaltenen Tatsachen wenigstens kurz hinzuweisen. Zu einer eingehenden Erörterung gebietet es hier an Raum. In zahlreichen Ländern sind wieder neue Schiffahrtslinien eingerichtet worden, die nur mit Hilfe erheblicher Staatssubventionen aufrechterhalten werden können, und die den deutschen Linien zum Teil beträchtliche Konkurrenz machen. Zu diesen Neuschaffungen und immer größeren Subventionen — Huldermann spricht von einem »Subventionsfieber« — treten nun noch die Bestrebungen der Nachbarstaaten den aus Deutschland kommenden Verkehr oder den nach den deutschen Häfen führenden natürlichen Weg von da fort zu ihren Häfen zu leiten. Für die außerordentlich starke Schiffahrt Deutschlands, die nur noch von England übertroffen wird, handelt es sich hier um eine wichtige Frage.

X **Kurze Chronik** X

Nach den vorliegenden Berichten ist die Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt in der letzten Zeit ganz erheblich gewesen. X Die Bank von England hat am 15. Februar ihren Diskontsatz auf $3\frac{1}{4}$ % ermäßigt, die deutsche Reichsbank am 18. Februar auf 4 %. X Nach vorläufigen Ermittlungen des statistischen Amtes stellte sich die gesamte Steinkohlenförderung Deutschlands 1910 auf 152 827 777 Tonnen im Wert von 1 526 689 000 Mark, gegen 148 788 050 Tonnen in 1909 im Wert von 1 519 222 000 Mark. X Die Verhandlungen über die Verlängerung der Stabeisenkonvention sind am 7. März ergebnislos abgebrochen worden. X Der Hamburger Senat genehmigte die Errichtung einer Metallbörse in Hamburg. X Das Warenhaus Tietz schlägt der Generalversammlung eine Erhöhung des Aktienkapitals von 12,5 auf 17,5 Millionen Mark vor. X Mit Rücksicht auf die zunehmende Geschäftsausdehnung beabsichtigt die *Nationalbank* eine Erhöhung ihres Aktienkapitals von 80 auf 90 Millionen Mark. X Die *Diskontogesellschaft* will das Geschäftskapital von 170 auf 200 Millionen Mark erhöhen; damit würde das 3. Bankinstitut über ein eigenes Kapital von 200 Millionen verfügen.

X

X

Literatur In den *Schriften des Vereins für Sozialpolitik* /Leipzig, Duncker & Humblot/ ist eine Studie Dr. Julius Deutsch' über die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse der Wiener *Siemens-Schuckert-Werke* erschienen. Namentlich die Behandlung der sozialen Verhältnisse ist recht eindrucksvoll. Nur ein Satz über das Arbeiterleben sei hier wiedergegeben: »Die ganze Woche ist ein ständiges Hoffen, ein Zählen der Tage und Stunden auf den ersehnten Ruhetag. Mit dem Sonntag ist fast alles verknüpft, was an Erholung, ruhevollen Genuß und an Vergnügungen im Leben des Arbeiters Raum findet.« X In einer nach einem Vortrag verfaßten Broschüre *Die Organisation der Welt* /Basel, Weltspracheverein Ido/ macht Professor Dr. W. Ostwald für die Einführung der Hilfssprache Ido Propaganda. X Mitten ins Getriebe der Börse führt uns Dr. W. Prion mit seinem Buch *Die Preisbildung an der Wertpapierbörse insbesondere auf dem Industrieaktienmarkt der Berliner Börse* /Leipzig, Duncker & Humblot/. Er schildert die persönlichen, börsentechnischen und wirtschaftlichen Faktoren der Preisbildung und untersucht den tatsächlichen Verlauf der Preisbildung an der Hand graphischer Darstellungen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen stehen, wie Prion selbst sagt, mit fast allen Urteilen über die Preisbildung in der Literatur in mehr oder minder schroffem Widerspruch. Am Schluß des Buches werden Reformgedanken präzisiert. Den Hauptwert aller Reformen sieht Prion in der Aufklärung und Erziehung des großen, den Börsenvorgängen fernerstehenden Publikums. Er schließt sich den Ausführungen eines Kommissionsmitglieds der jüngsten Bankenquete an, daß nicht nur in den höheren Schulen sondern auch in den Volksschulen, den Fortbildungsschulen usw. die grundlegenden Begriffe von Geld, Kapital, Verzinsung, Anlage, Kredit usw. den jungen Leuten mit auf den Lebensweg zu geben sind. Volkswirtschaftslehre steht leider bisher noch in keinem Schulplan.

Staatssozialismus / Wilhelm Schröder

Wohnungsbauten für Staatsarbeiter Das preußische Abgeordnetehaus hatte am 11. Februar über den sogenannten *Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung*

weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten zu beraten. Die Regierung forderte für das neue Etatsjahr 12 Millionen Mark, die in der 3. Lesung am 14. Februar gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt wurden. Im ganzen sind seit dem Bestehen des Gesetzes 132 Millionen Mark für derartige Wohnungszwecke hergegeben worden, und zwar fast ausschließlich an Baugenossenschaften; an Einzeldarlehen gab der Staat nur etwas über 1 Million her. Der konservative Abgeordnete Freiherr von Maltzan und der Zentrumsabgeordnete Dr. König fanden für diese ungleiche Verteilung Worte des Tadels. Es habe, so führte Herr von Maltzan an, für die Selbsthaftmachung der Arbeiter einen »unendlichen Wert«, wenn sie mit solchen Einzeldarlehen unterstützt würden, und ebenso meinte Dr. König, wenn die Staatsregierung die Darlehen erst den Baugenossenschaften gebe, und diese sie dann wieder an den Arbeiter überweise, so sei damit eine unzweckmäßige Zwischeninstanz geschaffen. Denn die Baugenossenschaften verfolgten ja ganz andere Zwecke als den kleine Häuser bauen zu lassen; sie wollten baugenossenschaftliche Häuser zum Vermieten an Beamte und Arbeiter errichten. Sie würden also die Bestrebungen der Arbeiter auf Erbauung eigener Häuser nicht begünstigen, und es würden sich immer Mittel und Wege finden, um die Darlehen ablehnen zu können. Diese dringende Empfehlung des Eigenbesitzes war schon vorher durch ein anderes Mitglied des Zentrums, den Abgeordneten Bartscher, gestützt worden. Herrn Bartscher war bei dieser Gelegenheit vor allem noch um den Schutz des Mittelstands zu tun. Er äußerte sich wie folgt: »In allen Fällen aber, wo der Staat Mittel zur Verfügung stellt, sei es für die Beamtenwohnungsvereine sei es für die privaten Baugesellschaften, muß vorher die Frage sorgfältigst geprüft werden, ob an dem betreffenden Ort auch wirklich ein Bedürfnis für den Wohnungsbau vorhanden ist; denn der Mittelstand ringt heute hart genug um seine Existenz. Wo kein Bedürfnis vorliegt, wo also die private Bautätigkeit am Ort ausreicht, da darf unter keinen Umständen dem freien Baugewerbe in der Bautätigkeit staatlicherseits Konkurrenz gemacht werden.« In den Aus-

führungen der hier genannten Redner tritt ein stark individualistischer, von Mißtrauen gegen den Zusammenschluß bestimmter Personenmehrheiten getragener Zug hervor. Sie lassen die Genossenschaften für die Beamten hingehen und führen in dieser Hinsicht an, daß es sich hier um Personen handle, die bald hierhin bald dorthin versetzt würden. Der Arbeiter soll aber zum individualistischen Eigenbesitz angehalten werden. Daß dies unter den heute in den Industrievieren noch vielfach bestehenden Verhältnissen zu argen Mißständen führt, hat unter anderem im vorigen Jahr noch der Zentrumsabgeordnete Brust bezeugt. Er erzählte damals von einem Mitglied des christlichen Gewerkvereins in den staatlichen Rheinabenschichten in Bottrop, dem nach 7jähriger Arbeitsdauer Arbeit und Wohnung gekündigt worden waren, nachdem man ihn zum Gemeinderatsmitglied gewählt hatte. Desgleichen erwähnte er von der selben Arbeitsstätte, daß alle Arbeiter, die sich in einer Versammlung an der Diskussion beteiligt hatten, aus der Arbeit und der Wohnstätte vertrieben wurden, obgleich sich die von ihnen kritisierten Mißstände als wahr herausgestellt hätten.

Die Arbeiterschaft sieht an diesen Beispielen, wie stark sich noch ihr Einfluß auf die politischen Zustände Preußens vermehren muß, bis sie derartige mißbräuchliche Ausnutzungen solcher Gesetze, die ihrem Wesen nach durchaus zu billigen sind, unmöglich machen kann.

× **Bergwerke** Eine Gesetzesvorlage, mit der sich auch der Redner der sozialdemokratischen

Partei einverstanden erklärte, wurde am 11. Februar vom preußischen Abgeordnetenhaus beraten. Es handelte sich um eine Anleihe zur Erweiterung der Anlagen der Staatsbergverwaltung. Die Regierung forderte 14,5 Millionen Mark, wovon 7,5 Millionen für Erweiterung des Steinkohlenbergwerks Knurów in Oberschlesien, 4 Millionen Mark für eine Doppelschachtanlage des Kalibergwerks Klein Bodungen in Sachsen und 3 Millionen Mark für die Ersetzung des Bernsteintiefbaus bei Palmnicken durch Tagebau verwandt werden sollen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann führte hierzu aus: »Unser prinzipieller Standpunkt ist der, daß nur die Gesamtheit, nur der Staat als solcher ein Recht haben sollte die Naturerschätze un-

seres Vaterlands auszunutzen und für die Gesamtheit zu verwenden. Wir verlangen allerdings Garantien für die Freiheit der Arbeiter und der Beamten, Garantien für anständige Besoldung und Behandlung, Schutz für Leben und Gesundheit. Wir sind auch der Meinung, daß die Regierung, daß der Staat die Aufgabe hat zeitig Vorsorge zu treffen, damit genügend weitere Felder für den staatlichen Bergbau vorhanden sind, damit man nicht, wenn es nachher auf den Nägeln brennt, wenn man kaufen muß, schließlich von Privatleuten, vom Privatkapital über den Löffel barbiert wird, wie es etwa von dem Konzern der Privatbahngesellschaften im Norden Westfalens geschehen ist, wo man dem Staat die wertlosen Felder aufgehängt hat, wodurch man gewissermaßen zwei Fliegen mit einer Klappe schlägt. Einmal hängt man dem Staat für schweres Geld die schlechtesten und wertlosesten Felder auf, und dann hat man es hier bequem den Nachweis zu führen, daß der Bergbau für den Staat sich nicht lohne, daß der Staat es nicht verstehe Bergbau zu treiben.«

Das Abgeordnetenhaus verwies die Vorlage an die Budgetkommission.

× **Kurze Chronik** Im badischen Amtsbezirk

Staufen sind nach einer Mitteilung, die die *Karlsruher Zeitung* Mitte Februar verbreitete, Kalisalzlager aufgefunden worden. Die Erwartung, daß für den Abbau der badische Staat als Unternehmer in Betracht kommen werde, hat sich nicht erfüllt; denn die badische Regierung hat bereits im Dezember 1910 mit dem Konzessionär Dr. Eltzbacher in Berlin einen Vertrag abgeschlossen, wonach diesem Herrn das 3000 Hektar umfassende Gebiet zur Ausbeutung zu überlassen ist. Der Staat beansprucht eine Grundgebühre von 15 000 Mark, für die ersten 5 Jahre eine Beteiligung an dem Unternehmen zu 10 % sowie vom Reingewinn des Bergbaus und der dazugehörigen Fabriken einen Anteil von 12 %. Mit vollem Recht erhebt die badische Sozialdemokratie gegen die Regierung den Vorwurf, daß sie durch Überweisung des Bergbaus an das Privatkapital der Gesamtheit Schaden zugefügt habe. × Eine umfassende Reform des französischen Staatsbahnwesens hat sich als dringend notwendig erwiesen. Das Westbahnnetz ist dem Staat in einem arg vernachlässigten Zustand

übergeben worden, und jahrelang hat die Cliquenwirtschaft in der französischen Regierung das Übel verschärfen helfen. Im Februar sind nun der Generaldirektor der Staatsbahnen und sein erster Beirat ihrer Untauglichkeit halber vom Amt enthoben worden. Eine Anzahl Vereinfachungen in der Verwaltung soll die Grundlage bilden, auf der sich der neue, dem Publikum und den Staatsfinanzen heilsame Betrieb der Westbahn aufbauen wird.

× **Literatur** ×
Das neue Ausnahmegesetz genannt Reichswertzuwachssteuer nennt sich eine Broschüre des Haus- und Grundstücksmaeklers Theodor Lorentzen /Kiel, Lipsius & Tischer/. Mit kühnem Elan verteidigt der Verfasser den Terrainspekulanten gegen den bekannten Steuergezetzentwurf. »Mit der Einführung der Reichswertzuwachssteuer,« so klagt er, »beginnt die kalte Revolution.« »Wie lange,« so fragt er weiter, »wird es dauern, bis wir die blutige Revolution haben?« Besonders packt Herr Lorentzen die Konservativen beim Gemüt: »Wenn für die konservative Partei nach der Erklärung ihres Führers ihre ablehnende Haltung gegenüber der Besitzsteuervorlage des letzten Jahres der Grund ausschlaggebend war, daß man die Entscheidung nicht in den Schoß eines durch das allgemeine Wahlrecht geschaffenen Reichstags legen kann, so darf man auch jetzt die Reichswertzuwachssteuer nicht einem Reichstag ausliefern, in dem die Bodenreformer das große Wort haben.« × Eine für den Steuerpolitiker überaus beachtenswerte Arbeit hat Bürgermeister H. Weissenborn in Halberstadt in dem Buch *Die Besteuerung nach dem Wertzuwachs, insbesondere die direkte Wertzuwachssteuer* /Berlin, Springer/ geleistet. Das Werk hat den Zweck in die Einzelfragen der Wertzuwachssteuerordnungen etwas tiefer und etwas wissenschaftlicher einzudringen als es die Literatur über die Wertzuwachssteuer bisher getan hat. Sodann soll es eine neue Bahn für die Entwicklung des alten Grundgedankens dieser Steuer erschließen. Diese neue Bahn sieht der Verfasser in der direkten Wertzuwachssteuer, die alljährlich von jedem Tausend des gemeinen Wertes der einzelnen Grundstücke nach einem besonders, gleichfalls für jedes Steuerjahr festzusetzenden Tarif zu erheben wäre. Der Wertzuwachs soll ermittelt werden, indem von dem Unterschied zwischen

dem gemeinen Wert zur Zeit der Veranlagung und demjenigen Wert, der 3 Jahre vorher bei der Veranlagung zur Grundsteuer festgesetzt worden ist, die innerhalb dieser 3 Jahre entstandenen eigenen Aufwendungen im beschränkten Maß abgezogen werden. Während, so meint der Verfasser, bei der indirekten Wertzuwachssteuer alle diejenigen Schwierigkeiten, die für jede an bestimmte Rechtsvorgänge sich anschließende indirekte Steuer bestehen, in besonderem Maß zu finden waren, nämlich bei der Abgrenzung derjenigen Rechtsvorgänge, an die sich eine Steuerpflicht anschließen sollte, so fallen diese Schwierigkeiten bei der direkten Wertzuwachssteuer ohne weiteres fort, da sie infolge ihrer realen Form allen und jeden Wertzuwachs, der überhaupt nachgewiesen werden kann, erfaßt. Vielleicht ebenso sehr wie wegen der Erläuterung dieses Vorschlags interessiert das Werk des Herrn Weissenborn wegen seiner Stellung gegen die von Adolf Wagner in der *Finanzwissenschaft* bekundeten Anschauungen über Steuerfragen. Sehr glücklich ist der Nachweis, daß die Wertzuwachssteuer den Gemeinden zugute kommen müsse, weil diese es sind, die durch ihre Einrichtungen vorzugsweise den Wert des Grund und Bodens erhöhen. Wir können das Buch jedem empfehlen, der in die Frage der Zuwachssteuer eindringen will. × Als 150. Abhandlung hat die *Fabian Society* aus der Feder von Emil Davies eine Broschüre *State Purchase of Railways* erscheinen lassen. Der Verfasser glaubt von der Erläuterung des deutschen Beispiels der Eisenbahnverstaatlichung absehen zu müssen, weil dieses zeitlich zu weit zurückliegt. Er führt dafür an, was in der letzten Zeit in Frankreich und in der Schweiz für die Verstaatlichung geschehen ist. Hoffentlich fördert das 24 Seiten starke Heft den Verstaatlichungsgedanken in England. Fallen in diesem Land mit seiner einflußreichen und organisatorisch gefestigten Arbeiterschaft doch viele der Bedenken weg, die ihm seinerzeit in Deutschland entgegenstanden. × *Die Bodenreform* Adolf Damaskhes, jene vor 11 Jahren zuerst herausgegebene Streitschrift, ist in 5. Auflage erschienen /Jena, G. Fischer/. Ein solcher Erfolg will bei einem sozialpolitischen Werk immerhin etwas bedeuten, und im vorliegenden Fall kann man ihn ruhig als Zeichen des Fortschreitens sozialistischer Sinnesrichtung in der Schaar

derer hinnehmen, die aus welchen Gründen immer Bedenken tragen müssen sich offen als Sozialisten zu bekennen. Etwas sonderbar ist denn auch die Auseinandersetzung des Herrn Damaschke mit dem Sozialismus: »Wir müssen nicht in den Kommunismus hinein, denn das Gesetz der kapitalistischen Akkumulation ist falsch. Wir wollen nicht in den Kommunismus hinein, denn die Freiheit der Persönlichkeit findet in ihm keinen Platz.« Solche Argumente gegen den Kommunismus aber gehören zu den ältesten Ladenhütern der manchesterlichen Liberalen und scheinen dem Verfasser selbst nicht mehr ganz geheuer zu sein. »Wäre der Boden«, so meint er, »mit allen seinen Schätzen jedem frei zugänglich, der auf und von ihm leben will, und käme die Rente, die Bodeneigentum ohne Arbeit gewährt, der Gesamtheit zugute, so könnte allem unverschuldeten Elend ein Ende bereitet und jedem die beste Ausbildung seiner Kräfte gewährleistet werden. Wie aber die Arbeit in einem wahrhaft gebildeten, notlosen Volk sich in freier und genossenschaftlicher Tätigkeit gestalten mag, welche neuen Formen dadurch in organischer Entwicklung, im Produktionsprozeß geschaffen werden mögen, es wird jedem jederzeit möglich sein in voller Freiheit seine Kräfte zu entfalten.« Der Sozialist von heute verschmäht es bekanntlich durchweg derartig unsichere Wechsel auf die Zukunft auszustellen. Er sieht in der ökonomischen Entwicklung und in deren Einwirkung auf Sinnesrichtung und Willen der Menschen genug Wegweiser zum *Zukunftsstaat*. Man braucht nun Herrn Damaschke nicht böse zu sein. In ihrer Einseitigkeit liegt ein Stück des Erfolgs der Bodenreformer, und die von ihnen erstrebte Sozialisierung des Grund und Bodens kommt schließlich ja vollauf eben dem *Kommunismus* zugute, der eben in freier und genossenschaftlicher Arbeit des wahrhaft gebildeten, notlosen Volkes sein *Endziel* verwirklicht sehen wird. X Der *Ansiedlungsverein Groß Berlin*, eine mit bodenreformerischen Tendenzen arbeitende Gesellschaft, hat im eigenen Verlag ein Büchlein *Tempelhofer Feld und Volkswohl* herausgegeben. Die Broschüre hält, was sie verspricht. Sie bringt eine zusammenfassende und kritische Betrachtung, und kann daher jedem, der sich für die bekannte militärfiskalische Leistung interessiert, empfohlen werden.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Kantische Ethik und Sozialismus Kant und Marx, ein Beitrag zur Philosophie des Sozialismus / Tübingen,

Mohr/ nennt sich ein vor kurzem veröffentlichtes Buch Karl Vorländer's, in dem der durch seine klar zusammenfassende *Geschichte der Philosophie* weiten Kreisen bekannte Autor seine früheren, in Broschüren und Aufsätzen verstreuten literarhistorischen Darstellungen zu dieser Frage ergänzt und fortführt. Ein freiheitlicher, vor keinen behördlich unliebsamen Konsequenzen zurückschreckender Geist und aufrichtiges Bemühen all den verschiedenen Richtungen und Standpunkten, auf die sich seine Übersicht erstreckt, in der Wiedergabe gerecht zu werden, drücken der Arbeit ihr Gepräge auf. Auch wenn man des Verfassers Ansichten in wesentlichen Stücken nicht zu teilen vermag, folgt man ihm überall mit Interesse und mit Sympathie. Die 3 ersten Abschnitte skizzieren Kants geschichtsphilosophische und politische Ansichten, den philosophischen Entwicklungsgang Marx' und Engels' und die idealistischen Nebenströmungen in dem modernen Sozialismus (Lassalle, Dietzen, Lawrow, Jaurès), die beiden letzten behandeln in ausführlichen Einzeldarstellungen auf 150 Seiten die Stellungnahme einzelner Revisionisten und Marxisten zu der Kantischen Philosophie. Den Mittelpunkt des Ganzen bildet im 4. Kapitel die Darstellung dessen, was Vorländer die *Sozialphilosophie des Neukritizismus* nennt: einer Richtung, die, durch Cohen, Natorp, Stammer, Staudinger vertreten, auf der Fortbildung von Kants erkenntniskritischer Methode fußend von hier aus eine Verbindung mit dem sozialistischen Gedankenkreis oder eine prinzipielle Auseinandersetzung mit diesem anstrebt. Es ist die Richtung, der auch Vorländer selbst zugehört. Der von dieser Gruppe, vor allem von Cohen und Natorp, eingeschlagene Weg methodisch-ethischen Philosophierens ist nach Vorländer von fundamentalem Wert für eine konsequente und umfassende Fortentwicklung der sozialistischen Ideenwelt. Der einer Aufdeckung der kausal bedingten gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer Bewegung nachspürenden ökonomistischen Geschichtsauffassung wolle jene Richtung ihr Recht in keiner Weise streitig machen.

Der ethische Idealismus schließe eine realistisch nüchterne Einsicht in das historische soziale Getriebe und die gewaltige Rolle, die hier der blinde Kampf der Egoisten spielt, nicht antagonistisch aus, verlange sie vielmehr, wofern er nicht in die Ausspinnung blutlos utopistischer Chimären verlaufen soll, zu seiner eigenen notwendigen Ergänzung. Aber keine Einsicht in das Geschehen und auch keine Berufung auf bloße, aus der geschichtlich jeweils gegebenen Konstellation herauswachsende Klasseninteressen ergebe, an und für sich schon, einen Maßstab, nach dem sich das historische Seiende und werdende im Hinblick auf ein allgemeines, in seinem Wert selber evident erscheinendes Ziel, beurteilen lasse. Und diesen Maßstab, den ein von den Klassenvorurteilen und Klasseninteressen, in die es hineingeboren wurde, sich emanzipierendes Denken fordern müßte, um danach seine eigene Stellungnahme zu den gegebenen sozialen Bewegungen und Tendenzen zu bestimmen, den könne nur eine philosophische, methodisch auf die Nachforschung nach einem solchen höchsten Maßstab gerichtete Ethik eruiieren. Indes, die Betonung ethischer Gesichtspunkte — wenn auch nicht gerade in jener Form, die den sozialphilosophischen Überlegungen jener Gruppe ihre besondere Färbung gibt — hat auch in der sozialistischen Bewegung immer eine große Rolle gespielt. Der Appell an das Klasseninteresse des Proletariats trat überall mehr oder weniger klar mit dem Bewußtsein auf, daß die Befreiung dieser Klasse der Tendenz nach zugleich die Realisierung einer gerechten Gesellschaftsordnung in sich schließe, einer solchen, in der nach der Beseitigung der Ausbeutung für die Entwicklung aller in gleicher Weise freie Bahn geschaffen sei, und die nach ihrem Wesen auf freie Zustimmung ihrer Mitglieder werde rechnen dürfen. Nicht der Glaube an ein soziales Ideal und die Begeisterung für dieses, nur der Wunderglaube, als könne bloße Aufklärung, der bloße gute Wille, losgelöst von den historischen Bedingungen, von mächtigen Klasseninteressen, denen durch den Zwang der Verhältnisse die Richtung ihres Strebens vorgeschrieben ist, das Große schaffen, ist vom Marxismus über Bord geworfen.

Aber freilich, so eng die sozialistischen Ideen mit ethischen Vorstellungen von dem, was sein sollte, mit dem Gedanken

einer dem allgemeinen menschlichen Gesellschafts- und Gattungsinteresse angepaßten sozialen Lebensform zusammenhängen, etwas anderes ist die Frage, ob denn gerade, wie jene *Neukritizisten* meinen, speziell der Kantischen Moralphilosophie eine für das soziale und das sozialistische Denken bahnbrechende Sonderbedeutung zukommt, ob auf dieser Basis eine neue, wissenschaftlich gesicherte Position für den sozialen Idealismus gefunden werden könne. Ich habe das vor Jahren in einem Artikel *Sozialismus und Ethik* (in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1900, pag. 322 ff.), auf den Vorländer in dem Kapitel *Kant und der Revisionismus* ausführlich eingelt, bestritten und stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, den ich, die dort versuchte Argumentation ergänzend, hier nochmals zu begründen suche.

Eine prinzipielle Beurteilung der Kantischen Ethik wird immer von dem prinzipiellen Gegensatz, in dem Kant seine Ableitung der Moral zu jeder Art vor Eudämonismus, — auch zum sozialen Eudämonismus, der auf das Interesse der Gesellschaft und der Gattung als die letzte Instanz sittlichen Wertens zurückweist — den Ausgang nehmen müssen. Während jeder Blick auf die Geschichte zeigt, wie gesellschaftliche Bedürfnisse und Interessen die Form von sittlichen Geboten und Verboten annehmen, und wie die dem überkommenen Recht und der überkommenen Sittlichkeit polemisch gegenüber tretende moralische Kritik — etwa von dem Herinspielen religiöser Glaubensvorstellungen abgesehen — ebenfalls wieder aus Bedürfnissen und Interessen von Gesellschaftsschichten, im besten Fall der Gesamtheit, ihre Forderungen schöpft, meint Kant das letzte Fundament moralischen Urteilens in einem rein logisch formalen Generalisationsverfahren entdeckt zu haben, durch das geprüft wird, ob der Grundsatz, die Maxime einer Handlungsweise sich ohne Widerspruch verallgemeinern lasse. Alle anderen Gebote, denen sich der Wille unterwerfe, hätten hypothetischen Charakter, seien Gebote, die nur unter der Voraussetzung gewisser Zwecke Geltung besäßen. Wohingegen jene von ihm präzierte Forderung, weil rein formal und unabhängig von jeder besondern Zwecksetzung, den Charakter eines kategorisch unbedingt gebietenden, untrennbar mit dem Wesen menschlicher Vernunft zugleich gegebenen Imperativs besitze.

Nicht die Absicht, der Zweck, um dessen willen Handlungen geschehen, auch nicht der Zweck des Gemeinwohls bildet nach ihm den Prüfstein für die Güte der Gesinnung, sondern die von jedem Interesse an irgend welchem Erfolg freie Unterwerfung unter jenes oberste Postulat, daß nach Maximen gehandelt werden soll, die ein allgemeingültiges und notwendiges Gesetz für alle vernünftigen Wesen bilden können. Und Kant behauptet, daß er mit seiner Formulierung im Grunde nur das allgemeine Wesen jener Urteilsakte, durch die jedermann im gewöhnlichen Leben sein eigenes Handeln und das anderer moralisch beurteile, beschrieben, in seinem Kern dargelegt habe. »Wer wollte auch«, sagt er an einer von Vorländer polemisch gegen mich zitierten Stelle, »einen neuen Grundsatz aller Sittlichkeit einführen und diese gleichsam zuerst erfinden? Gleich als ob vor ihm die Welt in dem, was Pflicht sei, unwissend oder in durchgängigem Irrtum gewesen wäre. Wer aber weiß, was dem Mathematiker eine Formel bedeutet, die das, was zu tun sei, um eine Aufgabe zu befolgen, ganz genau bestimmt und nicht verfehlen läßt, wird eine Formel, welche dies in Ansehung aller Pflicht überhaupt tut, nicht für etwas Unbedeutendes und Entbehrliches halten.«

Wie steht es aber — das ist die Hauptfrage — mit diesem von Kant für sein Grundgesetz erhobenen Anspruch, daß er damit nur das im wirklichen moralischen Urteil befolgte Verfahren ins Bewußtsein hebe und verdeutliche, daß er also, weit entfernt Chimärisches zu fordern, Tatsachen aufzeige, die jede analysierend nachprüfende Kontrolle als Realitäten anerkennen muß? Es zeigt sich da sofort, daß, wenn man bei der Beurteilung von Grundsätzen des Handelns im Ernst von den Folgen absehe, die ihre allgemeine Befolgung in der Gesellschaft für die Gesellschaft, das Wohl dieser, nach sich ziehen müßte, daß dann so gut wie alle Grundsätze, ganz gleich ob moralisch oder nicht, sich ohne logischen Widerspruch verallgemeinern und als Gesetz des Handelns denken lassen. Einer solchen rein logischen ideellen Verallgemeinerung würde, wie schon Lotze schlagend einwendet, die Maxime jedem das Seinige zu nehmen ebenso gut wie die entgegengesetzte jedem das Seinige zu lassen, fähig sein. Freilich müßte die erste lauter Unordnung und Unglück im gesellschaftlichen

Konnex hervorbringen, während die andere im Sinn der Ordnung und sozialen Selbsterhaltung wirkte.

Die Kantische Beobachtung, daß moralische Beurteilung, mehr oder weniger bewußt, ein Moment des Generalisierens einschließt, durch das man sich die zu beurteilenden Handlungen, respektive die diesen zugrunde liegenden Maximen, verallgemeinert denkt, trifft sicher etwas Richtiges. Aber diese Verallgemeinerung, bei der von jeder Erwägung der nützlichen oder schädlichen Folgen, die die Einhaltung eines Grundsatzes im gegebenen konkreten Fall für das Eigeninteresse des Handelnden haben möchte, ganz abgesehen wird, hat nur den Sinn, daß man als Mitglied der Gesellschaft vom Standpunkt des allgemeinen dauernden Gesellschaftsinteresses aus die Folgen sich vergegenwärtigt, die eine als allgemein supponierte praktische Geltung des Grundsatzes für die Gesamtheit haben würde. Nicht ob ich einen Grundsatz, nach dem ich handle, logisch überhaupt generalisieren, als allgemeines Gesetz des Handelns denken kann, entscheidet also in Wahrheit darüber, ob ich diesen und damit mein eigenes ihm gemäßes Handeln moralisch zu billigen vermag; denn ohne Widerspruch generalisieren läßt sich alles. Sondern entscheidend ist, ob ich als Mitglied der Gesellschaft die Folgen, die eine allgemeine Betätigung dieses Grundsatzes für die Gesellschaft, der ich angehöre, tendenziell bewirken würde, wollen kann. Indem Kant sein ursprüngliches Kriterium, daß man die Maxime seines Handelns als allgemeines Gesetz müsse denken können — weil sich hiermit nichts anfangen läßt — in die Formel umprägt, man müsse die Maxime seines Handelns als allgemeines Gesetz auch wollen können, muß er implizite die eudämonistisch utilitaristische Begründung der Moral, die er bekämpft, im Grund doch wieder anerkennen, kommt er auf einem Umweg dahin zurück. Denn fragen, ob man die Maxime seines Handelns als allgemeines Gesetz wird wollen können, heißt schlechterdings nichts anderes als fragen, ob man die Folgen, die aus der Erhebung des betreffenden Grundsatzes zu einem allgemeinen Gesetz der Tendenz nach resultieren würden, wollen kann; heißt ans soziale Bewußtsein der Gesellschaftsglieder, als das ganz natürlich herangebildete Organ, durch das das soziale Interesse zu den Mitgliedern des Ganzen spricht, appellie-

ren, heißt mithin den angeblich kategorischen Imperativ wieder in einen hypothetischen, der seine Gebote aus einem Interesse, dem gesellschaftlichen, und aus der Beurteilung der Folgen bestimmter Handlungsweise vom Standpunkt dieses Interesses schöpft, verwandeln.

So angesehen läuft die Kantische Ethik, die entgegen jedem eudämonistisch utilitarischen Prinzip die Moral auf einer neuen Basis, unabhängig von aller äußern Bedingtheit des Wollens gründend wollte, der Sache nach zuguterletzt auf eine Um- und Fortbildung, freilich eine bedeutsam vertiefende, des sozial utilitarischen Prinzips hinaus. Auch die bekannteste Fassung, die dieser unter allerhand schwankenden Ausdrucksformen auftretende Utilitarismus gefunden hat: der Leitstern eines richtigen ethischen Verhaltens im gesellschaftlichen Leben sei das möglichst große Glück der möglichst großen Anzahl stimmt mit den Antrieben moralischen Handelns und mit der Art moralischer Beurteilung, wie man sie faktisch findet, aus naheliegenden Gründen noch nicht ohne weiteres überein. Jeder einzelne ist nur verschwindendes Atom, hat, wie er immer handelt, doch auf das Ganze nur unendlich wenig Einfluß, wie er andrerseits auch die realen Folgen seines Handelns im Einzelfall nur zum kleinsten Teil voraussagen kann. Für Leistungen in dieser Hinsicht gibt es da keine Wage, und wenn es eine gäbe, auch dann könnte nicht der schließliche Effekt, sondern offenbar nur die im Handeln zum Ausdruck kommende Gesinnung und Willensbestimmung unmittelbarer Gegenstand moralischer Werturteile sein. Jenes Verhältnis des einzelnen zum Ganzen, jene Unter- und Einordnung, durch die der Wille sich über die enge Sphäre des zufälligen Einzel- und Gruppeninteresses erhebt, vollzieht sich faktisch und kann sich auch naturgemäß zum größten Teil gar nicht anders vollziehen als auf dem Weg jener perspektivischen Betrachtungsweise, bei der der einzelne, ohne den Erfolg seiner Einzelhandlung sozial-utilitarisch auszukalkulieren, die Grundsätze des eigenen Verhaltens mit dem, was er von anderen verlangt, dem, was er als Mitglied der Gesellschaft vom Standpunkt des Gesellschaftsinteresses als allgemeine Regel wollen würde, vergleicht und diesen Maßstab als verpflichtend für sich anerkennt. Das ist das Mittelglied, die Denkform, in der das gesellschaftliche

Interesse indirekt als regulierendes Agens auf das individuelle Verhalten einwirkt: eine Form, die ohne den Zusammenhang mit diesem Interesse völlig unverständlich wäre, und die auch keineswegs, in keinem Grad der Annäherung, wie das Kant an der oben zitierten Stelle behauptet, die Eindeutigkeit einer mathematischen Formel besitzt, »die das, was zu tun sei, um eine Aufgabe zu befolgen, ganz genau bestimmt und nicht verfehlen läßt«. Mit stringenten Deduktionen, die von allerhand subjektiven Voraussetzungen absehen, kommt man da nicht weit.

Nimmt man der Kantischen Ethik ihr philosophisches Spezifikum, daß nämlich eine logische Qualität gewisser Maximen, ihre Fähigkeit ohne Widerspruch sich im Denken verallgemeinern zu lassen die sittliche Verpflichtung kategorisch begründet, streift man ihr damit den Charakter einer rein rationalen Autonomie ab und gliedert sie in der hier angedeuteten Art einer sozial utilitarischen Grundanschauung ein, so verträgt sich ihr so transformiertes Wesen mit dem Sozialismus, der die Gesellschaft im Hinblick auf das allgemeine Wohl und die Entwicklungsmöglichkeiten all ihrer Glieder zweckmäßig utilitarisch ordnen will, natürlich ganz vortrefflich. Dann, aber auch nur dann, hat Vorländer mit seiner Versicherung, daß sie von allen metaphysischen Voraussetzungen frei sei, recht. Aber wo bleibt dann, wenn nicht die bloße Verallgemeinerungsfähigkeit von Maximen, sondern der Hinblick auf soziale Folgen, die deren Verallgemeinerung erwarten läßt, das anschlaggebende Moment für die moralische Billigung von Grundsätzen darstellt, der doch gerade von jenen Neukantianern immer wieder als unverlierbare Kantische Errungenschaft gepriesene rein formale Charakter der Ethik, wo bleibt der Parallelismus der theoretischen und praktischen Vernunft im Kantischen System, das apriorische Moment des Ethischen und die erkenntniskritische Methode, die jene Neukantianer auf dem Gebiet der Ethik und der Politik weiter führen wollen? Indem die Erkenntniskritik, auf die Urteilsakte moralischer Wertung angewandt, zu der Erkenntnis führt, daß diese Werturteile schlechterdings jedes Maßstabs, jeder Direktive entbehren, sobald von den erwünschten oder unheilvollen Folgen abgesehen wird, die eine in Gedanken supponierte Verallgemeine-

rung gewisser Handlungsweisen und Maximen für die Gesamtheit impliziert, hat die Erkenntniskritik eben damit ihre Rolle auf ethischem Gebiet ausgespielt, räumt sie ihren Platz einer empiristisch orientierten Betrachtung. Desgleichen ist nicht abzusehen, wie das von Natop unter Berufung auf die Kantische Kritik formulierte Postulat, daß alle von einem vernünftigen Wesen gesetzten Zwecke widerspruchlos in formaler Einheit zusammenstimmen sollen, diese Umformulierung des kategorischen Imperativs zu einem irgend tragfähigen Deduktionsprinzip, nach dem methodisch einleuchtend Recht und Unrecht zu scheiden wären, entwickelt werden könnte. Ethik ist keine demonstrierende Wissenschaft, wird durch alle rationalistischen Versuche nicht in eine solche zu verwandeln sein. Und vollends stehen die darauf hinizielenden Abstraktionen dem Gefühl der mitten in den Lebenskampf gestellten Massen, dem Kollektivbewußtsein einer Massenbewegung wie sie der Sozialismus darstellt, fern.

× **Kurze Chronik** Von dem gelehrten Werk des Russen Maxim Kowalewskij *Die ökonomische Entwicklung Europas bis zum Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsform* /Berlin, Prager/ ist jetzt der 5. Band deutsch erschienen. Er handelt in der Hauptsache von der hofrechtlichen Verfassung des Gewerbes, der Entstehung des Zunftwesens und von den wirtschaftlichen Folgen des schwarzen Todes, der großen Pestseuche im 14. Jahrhundert in den europäischen Kulturländern. Es fehlt der Übersetzung jetzt nur noch der letzte, 6. Band. × In einem Buch *Der Kollektivismus und die soziale Monarchie* /Dresden, Lincke/ beschäftigt sich Dr. von Neupauer, ein Österreicher, mit detaillierten Anweisungen für den *Zukunftsstaat*. Er unterstellt vollständige Beseitigung jeder Warenproduktion, also naturalwirtschaftliche Kollektiverzeugung und Verteilung des Gesamtprodukts unter Leitung des über alle Produktionsmittel als Eigentum verfügenden Staates, doch ohne auf irgendeine methodische Untersuchung über die Möglichkeiten eines solchen Wirtschaftsorganismus einzugehen. Der einzige Punkt, der dabei theoretisch hätte interessieren können. × In seiner Abhandlung *Arbeit und Armut*, ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte

sozialer Ideen /Freiburg, Herder/ sucht der Schweizer Professor Anton von Kostanecki mit Belegen aus der englischen Literatur die Änderungen, die sich in der Auffassung des Verhältnisses von Arbeit und Armut, von Arbeit und Armenpflege seit dem Mittelalter vollzogen hätten, darzulegen. × In dem 50. Bändchen der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/ *Die Bevölkerungslehre* gibt Professor Haushofer einen kurzen Überblick über die hauptsächlichsten Gegenstände und Fragen dieser Disziplin.

KUNST

Musik / Hugo Leichtentritt

Orchester-
musik Unter den zahlreichen Orchesterkompositionen, die im neuen Jahr zum erstmaligen

Berlin aufgeführt worden sind, ragt Gustav Mahlers 7. Symphonie besonders hervor, die uns Oskar Fried vermittelte. Das gigantische Opus hat erst wenige Aufführungen, in Prag, München, Wien, Amsterdam, erlebt, obschon Mahler selbst es schon im Herbst 1907 aus der Taufe hob. Die Symphonie aufzuföhren ist eben ein Wagnis, auf das sich nur wenige Dirigenten einlassen wollen. Auch hier, wie in fast allen der früheren Symphonien Mahlers, offenbart sich die Zwiespältigkeit der Mahlerschen Kunst in krasser Weise. Hier Stücke von einer entzückenden Wohligkeit des Klanges, von größter Klarheit und Eingänglichkeit, von schönster Rundung der Form, daneben wahre Ungetüme an Gestalt, riesenhafte Gebilde von einer abstoßenden Schroffheit der Ausdrucksweise, einer Unwirschheit des Klanges, die wenig Gefallen erregen kann. Das Endergebnis: Man steht vor diesen Mahlerschen Gebilden ratlos da.

Des beliebten Dvorak 4. Symphonie, die schon über 20 Jahre alt ist, wurde merkwürdigerweise erst 1911 zum erstenmal in Berlin gehört. Ein nicht gerade bedeutendes, aber liebenswürdiges, klares Werk, kunstvoll und doch ohne Präntention.

Künstlich und präntiös, dabei aber wenig interessant erschien mir die 2. Symphonie des Brucknerschülers Max von Oberleithner. Die vorzügliche thematische Arbeit darin kann keinen genügenden Ersatz für die unpersonliche Erfindung leisten.

Wenig Glück hatte James Simon mit einer symphonischen Tondichtung, *Impedokles* betitelt, die ihn als guten

Musiker, aber noch nicht sehr erfahrenen Orchestertechniker zeigt. Das Ergebnis der ersten 10 Wochen des neuen Jahres war also recht dürftig.

× **Lieder** 11 Gedichte mit Musik für eine Singstimme und Klavier veröffentlicht Hermann Wetzel /Berlin, Selbstverlag/. Was diese Lieder besonders auszeichnet, ist eben, daß sie ausgewachsene, wirkliche Lieder sind, nicht sogenannte Lieder, wie sie zu Hunderten Monat für Monat erscheinen. In der Verkenennung des echten Liedstils sind die meisten neueren Komponisten schon so weit vom Weg abgekommen, daß eine gewisse Reaktion nur als sehr zeitgemäß erscheint, um von den Übertreibungen der Deklamation, der Harmonik, der Tonmalerei im Klavier, von der Mißhandlung des stimmlichen Teils wieder auf eine vernünftige, sachgemäße Basis zurückzuführen. Wetzel zeigt, wie man in Form und Charakter sehr liedmäßig sein kann, sangbar schreiben kann und dabei doch interessant und geistvoll, im guten Sinn modern. Ich halte den von ihm eingeschlagenen Weg für einen, der aus dem Dilemma herausführt, in das gegenwärtig das Kunstlied durch zu starke Betonung des rein Artistischen, des Modernen, gelangt ist. Schließlich hat jede Kunstgattung ihre ausgeprägten Umrisse. Es kommt nicht darauf an diese immer mehr zu verwischen sondern deutlich herauszuarbeiten, wenn anders man auf Stil überhaupt Anspruch erhebt. Wer nun wirklich stilvolle Lieder sucht, möge zu den Wetzelschen greifen. Sie empfehlen sich durch ihre Feinheit, ihre schlichte Vornehmheit von selbst.

× **Kurze Chronik** Das große musikalische Ereignis der letzten Monate war die erste Aufführung des *Rosenkavaliers* im Dresdener Hoftheater am 26. Januar. Über das Werk von Hofmannsthal und Richard Strauß und die Aufführung haben sämtliche Tageszeitungen und Zeitschriften in breitester Ausführlichkeit berichtet. Begeistert zustimmende, schroff ablehnende, kühl abwägende Beurteilungen stehen in großer Fülle einander gegenüber. Den Ausschlag wird erst das Verhalten des Publikums geben, nachdem die Zeit der Sensation vorbei ist, wenn auch die Extrazüge nicht mehr recht ziehen. Jedenfalls wird die gegenwärtige günstige Konjunktur voll ausgenutzt. Der *Rosenkavalier* hat ein Vermögen einge-

bracht, auch wenn er sich schließlich als ein Fehlgriff erweisen sollte. × Um von jetzt ab die Oberleitung der Hamburger Oper zu übernehmen, hat sich Felix Weingartner von der Wiener Hofoper akadiemiedet. × Von der Berliner Akademie der Künste sind Max Schillings und Giovanni Sgambati zu auswärtigen Mitgliedern ernannt worden. × Der Nachfolger Wilhelm Steinbachs als Dirigent der Meininger Hofkapelle, Wilhelm Berger, ist, noch nicht 50 Jahre alt, in Jena gestorben. Berger, der jahrzehntlang in Berlin wirkte, hat sich als Komponist, Dirigent, Lehrer eines großen Ansehens erfreut.

× **Literatur** Josef Seiling gibt einen *Illustrierten Tonkünstlerkalender* heraus /Leutkirch, Bernklau/. Das für 3 Jahre eingerichtete, ziemlich umfangreiche Buch bietet in recht übersichtlicher Form eine Fülle zuverlässiger Daten aus dem Leben bedeutender Tonkünstler, berichtet über Erstaufführungen bedeutender Werke aus Vergangenheit und Gegenwart und dergleichen mehr. Als ausführliches, verlässliches Nachschlagebuch ist dieser Kalender besonders für Redaktionen von Zeitungen und Zeitschriften, für Schriftsteller zu empfehlen. Aber auch praktische Musiker und Musikfreunde werden ihn mit Nutzen gebrauchen können. × Sehr brauchbar zum Nachschlagen ist auch die *Kleine Zeitafel der Musikgeschichte* von P. M. Gubi /Hamburg, Gubi/. Eine Fülle von gewissenhafter Arbeit steckt in den etwa 40 Seiten dieses Bümchleins, das weiter nichts enthält als Jahreszahlen, chronologisch geordnet, die gesamte Musikgeschichte vom Altertum an umfassend, und Namen von Künstlern. Für Musikfreunde dürfte das Bümchlein beim Vorbereiten für Examina besonders nützlich sein. Einen sehr beachtenswerten Beitrag zum Schulgesangunterricht bietet der selbe P. M. Gubi in seinen *283 Treffübungen* /Hamburg, Gubi/. Schulgesanglehrern sei die kleine Schrift, die mit ausführlichen Gebrauchsanweisungen versehen ist, empfohlen. × Ein überaus lustiges Buch hat Ernst Heinemann verfaßt. Es führt den erschrecklichen Titel *Richard Wagner und das Ende der Musik* /Berlin, Brüning & Hörhold/. Darin will Herr Heinemann in einer tief sinnigen, philosophischen Beweisführung unwiderleglich dartun, wie Wagner der böse Geist sei, und daß seine Kunst eigentlich ein Schandfleck sei. In der Einleitung berichtet der Verfasser, daß er von

Wagners Musikdramen niemals auch nur ein einziges gehört habe, nur am 2. Dezember 1903 (ewig denkwürdiger Tag!) hat er im Berliner Opernhaus 2 Akte der *Meistersinger* über sich ergehen lassen, war aber dann ob dieser ruchlosen Musik so von Entsetzen gepackt, daß er fliehen mußte. Verschwor sich heilig nie wieder eine Note von Wagner zu hören, ging hin und schrieb sein Buch, um Wagner zu vernichten. Da er dem Feind nun von seiten der Musik nicht beikommen konnte, so nahm er die kunsttheoretischen Schriften Wagners vor und zerfetzte sie in grausamer Weise, so daß auch nicht ein Partikelchen davon heil zurückbleibt. Das Komische an dem Buch ist der grimmige Ernst, mit dem ein in Sachen der Musik ahnungsloser Dilettant mit dem schweren Rüstzeug der Philosophie um sich schlägt. Doch da er von dem Gegenstand seines Hasses, der Wagnerschen Musik, keine Ahnung hat, so ist sein ganzes Gerede über Wagner vollkommen haltlos, und man kann darüber ohne Versuch der Widerlegung zur Tagesordnung übergehen. X Die Riesenliteratur über Richard Wagner vermehrt Max Seiling um ein neues Buch *Richard Wagner, der Künstler und Mensch, der Denker und Kulturträger* /Leipzig, Xenienverlag/. Wie der Titel besagt, kommt es dem Verfasser nicht so sehr auf den Musiker Wagner an als auf die künstlerische Gesamterscheinung. Etwas wesentlich Neues finde ich in dem Buch nicht. Doch ist es dem Verfasser gelungen sein Thema in leichtverständlicher, klarer Fassung zu behandeln, so daß zahlreiche Lehrer, die nach einem solchen Buch suchen, hier finden können, was sie brauchen.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Schutz gegen Erdströme Seit langem ist die Beobachtung gemacht worden, daß Gas- und Wasserleitungsrohre durch vagabundierende Erdströme, die hauptsächlich von der Elektrizitätsrückleitung in den Schienen der elektrischen Bahnen herrühren, elektrolytisch stark angegriffen und häufig sogar vollständig zerstört werden. Die Klagen der Gas- und Wasserfachleute gegen die heimtückische Elektrizität wollten deshalb auch nicht verstummen. In den letzten Jahren sind nun eingehende Versuche gemacht worden, um die eisernen Rohrleitungen

gegen vagabundierende Ströme zu schützen. Besondern Erfolg haben die in dieser Richtung in Karlsruhe angestellten Versuche gehabt, und es ist interessant, daß sich die Elektrizität selbst als bestes Schutzmittel erwiesen hat. Die Korrosion der eisernen Rohrleitungen findet statt, wenn durch elektrolytische Zersetzung der Bodenfeuchtigkeit an den Rohren Sauerstoff oder Säuren ausgeschieden werden. Das ist dann der Fall, wenn die Rohrleitungen die Anode in einem geschlossenen Stromkreis sind. Ist dagegen die Rohrleitung die Kathode, so scheidet sich an den Rohrleitungen Wasserstoff oder Metall etc. ab, die Rohrleitungen werden durch elektrolytische Einflüsse nicht korrodiert. Auf dieser Erkenntnis beruhen die elektrischen Schutzmaßnahmen gegen vagabundierende Erdströme. Das Verfahren besteht darin, daß in der Nähe der gefährdeten Rohrleitungen Elektroden versenkt werden, die mit dem positiven Pol einer Stromquelle von niedriger Spannung (Akkumulatoren, Dynamo) verbunden, während die zu schützenden Rohre an den negativen Pol angelegt werden. Bei genügender Spannung der Stromquelle überwiegt der Einfluß des entgegengerichteten Schutzstroms über die Wirkungen der vagabundierenden Ströme, so daß nur die Schutzelektroden, nicht aber die Rohrleitungen angegriffen werden. In Karlsruhe werden nach diesem Verfahren in der Nähe des Straßenbahnkraftwerks rund 100 Meter Wasserrohr von 250 Millimeter Durchmesser, 20 Meter Gasrohr von 300 Millimeter Durchmesser und 70 Meter Gasrohr von 150 Millimeter Durchmesser geschützt, wobei der Stromverbrauch rund 11 Ampere bei 10 Volt Spannung beträgt. Ein nach diesem Verfahren geschütztes Gasrohr von 300 Millimeter Durchmesser wurde nach 15monatiger Versuchsdauer vollständig intakt befunden, während früher ein an gleicher Stelle verlegtes Gasrohr schon nach 10monatigem Betrieb vollständig angefressen war.

X **Eisenerzvor- räte der Welt** Die ganze moderne Kultur ist auf die Verwendung des Eisens gestellt. Aus diesem Grund liegt das brennendste Interesse vor festzustellen, wie lange noch die vorhandenen Eisenerzvorrate der Welt reichen können, wenn der Eisenverbrauch in dem gleichen Maß wie bisher ansteigt. Unter Mitarbeit der verschiede-

nen Länder ist nun zunächst auf dem 11. internationalen geologischen Kongreß in Stockholm der Umfang der zurzeit als abbauwürdig geltenden Eisenerzvorräte ermittelt worden. Danach sind rund 22,4 Milliarden Tonnen mit einem Eisengehalt von rund 10 Milliarden Tonnen vorhanden. Auf Europa entfallen hiervon 12, auf Amerika 9,9 Milliarden, auf Asien 260, Afrika 125 und Australien 130 Millionen Tonnen. Unter den europäischen Ländern stehen Deutschland mit 3,6 und Frankreich mit 3,3 Milliarden Tonnen an der Spitze. Unter Zugrundelegung dieser Daten kann die Dauer der vorhandenen Eisenerzvorräte nur noch auf zirka 60 Jahre geschätzt werden. Hierbei sind allerdings die möglicherweise noch an unerforschten Stellen der Erde vorhandenen Erzvorräte nicht mit in den Kreis der Betrachtung gezogen worden. Insbesondere in Brasilien wird auf ein reiches Erzvorkommen gerechnet, dort werden Forschungen angestellt. Trotz der zu erwartenden Resultate bei der Durchforschung bisher noch nicht in den Kreis der Betrachtung gezogenen Länder sind aber die Aussichten für unsere Nachkommenschaft nicht besonders günstig, und Technik und Wissenschaft werden energische Anstrengungen machen müssen die geringwertigeren Eisenerze, deren Verhüttung gegenwärtig wirtschaftlich nicht lohnt, zu erschließen. Diese Vorräte werden insgesamt auf 123,4 Milliarden Tonnen mit zirka 53 Milliarden Tonnen Eisen geschätzt, wovon auf Europa 41, auf Amerika 81 Milliarden Tonnen entfallen.

×
Drahtlose Telegraphie im Erdinnern ×
 Von Dr. Gotthelf Leimbach in Göttingen und Dr. Löwy sind Versuche mit drahtloser Telegraphie zur Durchforschung des Erdinnern angestellt worden, die zunächst zwar nur wissenschaftliches Interesse haben, deren weittragende technische Bedeutung aber leicht überblickt werden kann. Theorie und Experiment haben ergeben, daß elektrische Wellen trockenes Gestein respektive Erdreich ohne erhebliche Schwächung passieren. Hieraus ergibt sich dann die notwendige Folgerung, daß solche Stoffe, deren elektrische Leitfähigkeit oder Dielektrizitätskonstante von den entsprechenden Werten der Umgebung stark abweicht, die elektrischen Wellen beeinflussen müssen, so daß umgekehrt aus der Beeinflussung der in das Erdinnere geleiteten elektrischen Wellen auf das Vorhandensein eingelagerter Metallmassen oder dergleichen geschlossen werden kann.

Von den genannten Forschern werden zur Durchforschung des Erdinnern mit elektrischen Wellen 2 verschiedene Methoden vorgeschlagen. Die erste besteht darin, daß die Sendungsantennen und die Empfangsantennen um bestimmte Winkel gegen einander geneigt werden. Es entstehen dann bei der Wellenübertragung 2 scharf von einander getrennte Maxima, von denen das eine von der direkten Übertragung durch die Luft berührt, während das andere auf Reflexion im Erdinnern an irgend einer ausgezeichneten Stelle, etwa an einem Grundwasserspiegel, zurückzuführen ist. Aus der Neigung der Antennen kann die Tiefe der reflektierenden Schicht mit genügender Genauigkeit festgestellt werden. Diese Methode dürfte insbesondere für die Auffindung von unterirdischen Wasserläufen von bedeutendem Wert werden. Die zweite Methode beruht auf der Absorption elektrischer Wellen durch leitfähige Massen. Zu diesem Zweck werden beispielsweise in 3 Bohrlöchern Antennen angeordnet, in dem einen Senderantennen, in den beiden anderen, gleich weit entfernten Empfängerantennen. Erhält man in dem einen Empfänger Zeichen, in dem andern nicht, so kann man mit Sicherheit darauf schließen, daß in dem Strahlenweg zu dem letztern leitfähige Massen eingebettet sind. Nach längeren Vorversuchen im Rammsberg bei Goslar und dem Kalisalzwerk *Hercynia* bei Vienenburg wurden endlich im Januar dieses Jahres ausgezeichnete gelungene Versuche zwischen den Kalischächten *Ronnenberg* und *Deutschland* in Weetzen bei Hannover auf 1,3 respektive 1,8 Kilometer Entfernung angestellt, bei denen sich eine tadellose Verständigung in rund 500 Meter Tiefe ergab. Der drahtlosen Telegraphie ist damit ein weites, neues Anwendungsgebiet erschlossen worden.

×
Drehbank ×
 Die moderne Präzisionstechnik beruht ganz ausschließlich auf der Anwendung der Drehbank, die aus dem Fiedelbogendrehstock des primitiven Holzdrehslers hervorgegangen ist. Dadurch, daß das abzudrehende Werkstück in dauernde, gleichmäßige Umdrehung versetzt und gleichzeitig noch zum Halten und Führen des Werkzeugs der in 2 oder 3 Richtungen verstellbare Support hinzukam, wurde die Drehbank erst zu der für den Bau von Dampfmaschinen, Spinnmaschinen, mechanischen Webstühlen und den tausend anderen Umformmaschinen unumgänglich notwendigen Werkzeugmaschine.

Mit der Ausgestaltung der mechanischen Drehbank, etwa in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts, gelangte die Maschinenteknik sofort auf eine höhere Stufe, wurde der Maschinenbau aus dem handwerksmäßigen Betrieb zur Großindustrie emporgehoben. Die Drehbank von heute, wie sie in Maschinenfabriken, in Mechanikerwerkstätten, in Uhrenfabriken etc. angewandt wird, ist ein wahres Wunderwerk der Präzisionstechnik, besonders in der Form der automatisch arbeitenden Revolverdrehbank, bei der der Arbeiter nur noch die Arbeit des Einstellens und der gelegentlichen Materialzuführung hat. Trotzdem wird ein Monstrum von Drehbank, wie es soeben die Werkzeugmaschinenfabrik von Ernst Schieß in Düsseldorf verlassen hat, auch in Fachkreisen das größte Aufsehen erregen. Diese Drehbank hat eine Bettlänge von 24 Meter. Die Spitzenweite beträgt 16 Meter. Die normale Spitzenhöhe ist 1,5 Meter, läßt sich aber auf 3 Meter erhöhen. Die Drehbank ist imstande Werkstücke von 150 Tonnen aufzunehmen. Der Reitstock kann durch einen besondern Motor von 20 Pferdestärken angetrieben werden, wenn man nicht zwischen Spitzen drehen will. Die ganze Bank zerfällt dann in 2 von einander unabhängige Plandrehbänke, wodurch die Ausnutzbarkeit der Drehbank natürlich wesentlich erhöht wird. Die aus bestem Stahl angefertigte Hauptspindel wird durch einen 80pferdigen Gleichstrommotor angetrieben, dessen Umlaufzahl in 15 Stufen reguliert werden kann. Das Doppelbett der Drehbank trägt 2 Supports, auf denen mit Geländern versehene Stände für den Maschinisten vorgesehen sind. Von den Ständen aus können die Motoren direkt betätigt werden. Die Planscheiben der Riesendrehbank haben 4 Meter Durchmesser. Das Gewicht der Bank beträgt 350 Tonnen.

Lenkballon Das Luftschiff der *Siemens-Schuckert-Werke* ist am 23. Januar zum erstenmal aufgestiegen. Seitdem haben wiederholt Probeflüge um Berlin herum und über Berlin selbst stattgefunden. Das Luftschiff ist das größte von unstarrer Bauart. Es ist 118 Meter lang, hat 13,5 Meter Durchmesser und zirka 13 000 Kubikmeter Inhalt. Es besitzt 3 Gondeln, von denen die mittlere als Führergondel dient und gleichzeitig 2 Benzinmotoren von 24 Pferdestärken zum Antrieb der Turbinengebläse für die Luftsäcke enthält. Die vordere und hintere Gondel sind reine Maschinengondeln und tragen je 2

Deimlermotoren von 125 Pferdestärken. In beiden Gondeln treibt der vordere Motor 2 seitlich angeordnete, der hintere eine mittlere Schraube. Die Gondeln sind nicht an Stahlseilen sondern an Stoffbahnen aufgehängt, die sich fast über die ganze Länge des Luftschiffs hinziehen.

Kurze Chronik Die 110 000 Volt-Kraftübertragungsanlage Lauchhammer-Gröditz-Riesa wird gegenwärtig von der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft* fertiggestellt. Sie ist die erste Anlage in Europa mit einer so riesigen Spannung. × Das erste Fernheizwerk mit Warmwasserbetrieb ist für die städtischen Krankenanstalten in Essen errichtet worden. Die Gesamtleistung beträgt rund 5,6 Millionen Kalorien. × 20 000 Kilowatt-Turbodynamos werden an Stelle von 4 älteren Kolbendampfmaschinen von der *New York Edison Company* aufgestellt. Es sind dies die leistungsfähigsten Maschinen ihrer Art und werden als einzelne Maschinensätze nicht einmal von den größten Schiffsturbinen an Leistung übertroffen. × Die Wasserwerke Italiens haben sich in den letzten 5 Jahren um je fast 100 000 Pferdestärken vermehrt. × Die größte liegende Dieselmachine der Welt ist von der Maschinenfabrik *Augsburg-Nürnberg* für das Elektrizitätswerk Halle gebaut worden. Die doppelt wirkende Zwillingsstandmaschine arbeitet im Viertakt und leistet 1600 bis 2000 Pferdestärken. Die Maschine wird hauptsächlich als Aushilfsmaschine bei plötzlich gesteigertem Elektrizitätsbedarf Verwendung finden, da sie in wenigen Minuten betriebsbereit ist. × In London werden Versuche mit beweglichen Treppen für Untergrundbahnhöfe gemacht. Die verwandte Konstruktion ist imstande zirka 9000 Personen stündlich zu befördern. × Zur Staubekämpfung auf den Berliner Straßen hat die Berliner Straßenreinigung im Jahr 1909 große Versuche angestellt, über die in dieser Rundschau (1910, 1. Band, pag. 466 ff.) bereits berichtet worden ist. Zur Verwendung kam eine verdünnte Emulsion von Westrumitöl. Im ganzen sind 2,8 Millionen Quadratmeter 5½mal im Jahr besprengt worden. × Automatische Straßenbeleuchtung hat das Dorf Zarkau bei Glogau eingeführt. × Die englische Admiralität läßt versuchsweise ein Schlachtschiff mit Gasmaschinen ausrüsten.